

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
 sechs oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerblich-reklamatorische
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 28. November 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Bezugs-Einladung.

Mit dem 1. Dezember eröffnen wir ein neues Abonnement
 auf den

„Vorwärts“

mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden
 Unterhaltungsblatt
 und der Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren
 sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum
 monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für Deutschland und Oesterreich-Ungarn nehmen sämtliche
 Postanstalten Bestellungen zum Preise von

1 Mark 10 Pfennig für den Monat Dezember

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste
 unter Nr. 7971.)

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der
 „Vorwärts“ pro Monat 2 Mark innerhalb Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn, im Ausland 3 Mark pränumerando.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Stimmenbriefe.

Die Offiziellen setzen jetzt alle Hebel in Bewegung, um den
 Eindruck der Stimmenbriefe zu verwischen. Eine Korrespondenz ver-
 öffentlicht jetzt den folgenden Befehl, den das deutsche Ober-
 kommando am 12. Oktober in Tientsin erlassen hat. Er lautet:

„Der Herr Feldmarschall hat rücksichtsloses Vor-
 gehen gegen alle Vorgesetzten und feindselig auftretenden Einwohner
 unter Schonung der Person und des Eigentums
 der friedfertigen Bevölkerung angeordnet; um die
 letzteren vor dem Terrorismus ihrer eignen aufrührerischen Lands-
 leute zu schützen, soll außerdem durch Entsendung kleiner beweg-
 licher Kolonnen in verschiedene Richtungen für die Sicherheit der
 Bewohner des schon besetzten Gebietes vor den Vögern und für die
 Aufrechterhaltung der Ordnung gesorgt werden.“

Dieser Erlaß ist natürlich nicht geeignet, irgend welche Stimmen-
 thaten zu verhüten, denn es ist durchaus möglich, jeden Chinesen
 als einen verkleideten Vögel zu behandeln. Im übrigen ist diese
 Scheidung zwischen den Bösen, gegen die alles erlaubt sein soll, und
 den Guten, die geschont werden sollen, seit jeher üblich. Das hat
 auch das famose Manifest gesagt, mit dem der Herzog von Braun-
 schweig den französischen Revolutionären die fürchterlichste Rache
 androhte — jenes Manifest, das in seinen Wirkungen Preußen nach
 Jena führte.

Wenn also nun die „Berliner Neuesten Nachrichten“
 und die „Post“ und andre Blätter aus dieser Verordnung folgern
 zu können vorgeben, daß damit die Unwahrheit oder gar die Unrech-
 tigkeit der Stimmenbriefe erwiesen sei, so ist das ein bewußter
 Schwindel, denn die Blätter wissen sehr gut, daß sich die Angaben
 der bisher veröffentlichten Feldpostbriefe durchweg auf Ereignisse
 beziehen, die älter sind als jener Befehl, der also gar nichts
 beweist für die Art der früheren Kriegsführung, wem nicht gar aus
 ihm zu schließen ist, daß vordem niemand und nichts
 geschont ist.

Ein Garnisonbefehl für die deutsche Truppe in Tientsin bestätigt
 übrigens, daß die Militärbehörde die Unterdrückung der un-
 bequemen Mitteilungen versucht. Es wird in diesem Befehl
 die Veröffentlichung von Privatbriefen über Kriegereignisse“ aus-
 drücklich untersagt und hinzugefügt:

„Die Briefschreiber haben dafür Sorge zu tragen, daß die
 Empfänger der Briefe hiergegen nicht verstoßen, und werden
 bei Zuwiderhandlungen zur Rechenschaft gezogen
 werden.“

Der Lagerkommandant,
 gez. v. Kettler, Generalmajor.“

Die Kriegsführung scheint alle Begriffe verwirrt haben. Jetzt
 sollen sogar die Briefschreiber dafür die Verantwortung tragen, wenn
 die Briefempfänger, was jene gar nicht verhindern können, die
 Schreiben veröffentlichen. Die Soldaten sollen also be-
 strafte werden für Durcheinander erlaubte Handlungen,
 die andre, auf die sie keinen Einfluß haben, be-
 gehen. Das ist ein Stellvertretungssystem in der Rechtspflege, das
 selbst in China als unerhört gelten dürfte.

Wenn man in der China-Affaire sich nicht hätte gewöhnen
 müssen, gerade das Unlaublichste für das Allwahrstimmlichste zu
 halten, so möchte man die Echtheit dieses Garnisonbefehls be-
 zweifeln, während die Echtheit der Stimmenbriefe — trotz aller
 Räuber- und Räufel der Vernehmungsgenossen, die von der Stern-
 bergerei gelernt zu haben scheinen — außer allem Zweifel
 steht!

Die folgenden Zeilen stammen von einem Seefoldaten der
 4. Compagnie II. Ostasiatischen Seebataillons und sind Ende Sep-
 tember aus Peking abgegangen und am 16. d. M. an ihrem deutschen
 Bestimmungsort (in zwei Conventen) postamtlich abgestempelt und be-
 stellt. Sie haben uns im Original (auf chinesischem Papier)
 vorgelegt; irgend ein Zweifel an ihrer Echtheit ist aus-
 geschlossen. Wir geben sie in originaler Orthographie und Inter-
 punktion hier wieder.

„Peking d. 24. September.“

Lieber Freund!
 Deine Karte erhalten am 22. sonst haben
 wir die letzte Nachricht in Wilhelmshafen kommen. Eine schwere
 Zeit haben wir bis jetzt erlebt, auf dem Schiff haben's
 wir nicht gut. Aber am Land geht's noch viel schlechter.
 Am 15. August kamen wir in Tsaku an wurden von
 einem großen Regen empfangen. Am nächsten Tage fuhren
 wir mit der Bahn nach Tientsin
 was mit der Bahn vom Schiffe kam aus geladen eine schwere
 Arbeit die Brücke über dem Vahha war zerbrochen und Wagen
 waren nicht da. Tientsin war früher eine schöne Stadt gewesen
 und jetzt ist es ein Schutthaufen alles nieder gebrand und
 erschossen zu essen gab es überhaupt nichts
 von hier nach Peking hätten wir uns am liebsten das
 Leben genommen.

Wo wir hinlamen war alles nieder gebrand
 einen Chinesen sah man sehr selten ein Weib
 haben wir bis Peking nicht gesehen
 den 31. August kamen wir in Peking an.
 suchten wir uns ein großes Haus jagten die
 Chinesen heraus und zogen ein. Alles was nur hier
 in China ist gehört unsere, Gold ist nicht da aber
 Silber und Seide wir gehen in die Häuser mit Gewehr
 nehmen was uns gefällt und gehen wieder, brummt der
 Chinesen so bekommt er noch eine mit dem Kolben auf den
 Palsch das er undwegen in 24 Stunden stirbt.

Am 11. September haben wir das östliche Fort von Peking
 erklammert, von uns sind 30 Mann gefallen aber die
 Wunde hatte über 700 Tote, was wir gefangen
 haben wurde gleich erschossen. Die Feindlichen Kugeln flogen
 wie ein Hagel über uns hinweg (!! Red.) mein Nebenmann
 fiel einen haben Schritt von mir aber sie habend schwer
 gebüßt alle Fenster wurden in Brand gesteckt und alles was vor
 den Lauf kam erschossen. Lieber Otto wünscht euch keinen
 Krieg denn alles was dem Feinde ist gehört dem
 Sieger. Wenn wir Arbeiter brauchen gehen wir auf die Straße
 wer kommt ist als Arbeiter angestellt.

Große Strabagen und großer Hunger ist unsere
 Lösung.

Meinen Brief hatte ich beendet da und wollte in wegschicken
 da kam der Befehl das 5000 Vocher auf dem amarsch auf
 Peking seien wir marschirten am 25. morgens 3 Uhr weg und
 kamen Abends 6 Uhr ins Gefecht 2 Mann habe ich mit
 dem Baonett erschossen, den die Wunde als sic
 sahen das wir keinen Spaß machten legten sich als
 tot auf die Erde wieviel Angel dah von mir getroffen haben
 weß ich nicht.

Lieber Freund vergiß nicht wenn ihr fröhlich beim
 Bier sitzt ein haar Glas mit für mich zu trinken denn
 hier bekommt man weiter nichts wie Wasser welches In-
 gehalten ist. Wir brauchen bald keine Gewehre
 mehr wir ich schon 50 m gegen den Wind.

Uebrigens werden auch bereits Venteskilde in die Heimat
 geschickt. So lag einem andren Brief, der uns zur Verfügung ge-
 stellt worden ist, ein großes Stück hochst kunstfertig gestickte
 Seide bei.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. November.

Der Reichstag

vertwies am Dienstag die Seemanns-Ordnung an eine Kom-
 mission von 21 Mitgliedern. Die Generaldebatte war noch
 sehr lebhaft und schloß erst gegen 7 Uhr, obwohl sie vor ganz
 leeren Bänken stattfand. Die Ansichten gingen noch ebensoweit
 auseinander wie im März dieses Jahres. Dabei gönnte sich
 die freisinnige Volkspartei den Luxus zweier Anschauungen,
 die durch den Rechtsanwalt Penzmann und den Antisemit
 Borgmann vertreten wurden. Herr Penzmann hielt an
 dem alten manchesterlichen Standpunkt der möglichst geringen
 Einmischung des Staats in den freien Arbeitsvertrag fest,
 während Herr Borgmann schon mit Rücksicht auf
 seine Oldenburger Wählerchaft viel socialreformerischer
 austrat und in einer Reihe von Fragen unsren Standpunkt
 teilte. Dieser unser Standpunkt wurde von unserm sach-
 kundigen Genossen Schwarz aus Lübeck eindringlich
 begründet. Die großen Redner hätten im Sommer ihre
 „schweren Bedenken“ über die Beschlüsse der Kommission
 offenbart und da sei denn richtig die alte Vorlage wieder
 von der Regierung eingebracht worden. Unser Redner
 kritisierte die an mittelalterliche Zustände erinnernden Straf-
 bestimmungen, forderte Koalitionsfreiheit für die Seeleute im
 Hafen, verlangte die Einführung von Seemannsämtern und
 trat für die Tiefadelinie ein. Diefelbe Forderung erhob auch
 der Antisemit Raab, der vor kurzem ein offenbar von
 sachkundiger Seite inspiriertes Buch: „Die Notfrage weht“
 veröffentlicht hat.

Dies Buch scheint den Hamburger Reedern sehr un-
 angenehm zu sein. Der hamburgische Bevollmächtigte zum
 Bundesrat Herr Dr. Durcharb polemisierte nicht gerade
 glücklich gegen die Angaben des Buchs. Auch Graf Posa-
 dowsky fand die Sprache wieder, um die See-Berufs-
 genossenschaft in Schutz zu nehmen und sich zu behaupten,
 daß dieser Reederkrieg bisher in der Ueberwachung der
 Schiffe durchaus seine Pflicht gethan hätte. Er reizte dadurch
 Herrn Raab dazu, mit seinen Kenntnissen auszusprechen und

recht erbauliche Dinge kamen zu Tage. Zunächst
 stellte der antisemitische Redner fest, daß der bekannte
 Reeder Schiff aus Eisfleeth, der Urheber der berühmten De-
 pesche: „Mannschaft leider gerettet“, im Vorstände der See-
 Berufsgenossenschaft sitzt. Dann aber hatte er noch eine be-
 sondere Bombe bereit. Zu seiner Kenntnis ist ein Schreiben
 des Vorstands dieser Berufsgenossenschaft an die Mitglieder
 gekommen, worin mit halber Schamlosigkeit der Grundsat
 aufgestellt wird, daß die Welt betrogen werden will. Es heißt
 darin, die Unfallverhütungs-Vorschriften dienen nur zur
 Deforation, jede auftauchende Frage solle sofort mit
 einer hübschen Unfallverhütungs-Vorschrift erledigt werden,
 und je harmloser sie sei, desto besser wäre es. Graf Posa-
 dowsky meinte sehr kleinlaut, die Echtheit des Schreibens
 stehe noch nicht fest. Aber die Erinnerung an den Bued-
 Brief nahm diesem Einwand viel von seiner Wirkung. Viele
 Zwischenrufe, die von unsren Bänken kamen, gaben dem
 Staatssekretär den Rat, sich doch einmal die Kopierbücher
 dieser musterhaften Berufsgenossenschaft anzusehen, denn in
 den Akten der Gesellschaft wird dies kompromittierende
 Schreiben wohl von heute ab nicht mehr zu finden sein.

Morgen geht das Präsidium zu Hofe und die Sitzung
 fällt daher aus. Am Donnerstag steht das Gesetz über die
 Privat-Versicherungs-Gesellschaften auf der Tagesordnung.
 Außerdem soll über die Denkschrift debattiert werden, die von
 den Reichsanleihen seit 1875 berichtet. Es ist bei dieser Ge-
 legenheit eine sehr ausführliche Diskussion über die Aufnahme
 der 50 Millionen-Anleihe in Amerika zu erwarten.

Liberales Renegatentum.

Das von der Socialdemokratie eingebrachte Ministerverantwor-
 tlichkeits-Gesetz wird von der liberalen „National-Zeitung“ abermals
 weitläufig und entschieden belämpft. Unser Hinweis, daß es sich
 um eine fundamentale Forderung des bürgerlichen Liberalismus
 handelt, die ein Geis und ein Demutigen für eine
 nationale Lebensfrage erklärt haben, wird mit der Bemerkung
 erledigt, daß das schon lange her sei, der Liberalismus habe seit
 „damals“ seine Meinung einigermaßen geändert. Gewiß, das hat
 der Liberalismus. Er hat seine Meinung so sehr geändert, daß er
 überhaupt keine Meinung mehr hat, sondern nur noch die Fizierung
 von Tagesinteressen betreibt, wie sie die jeweilige Situation und die
 politisch-wirtschaftliche Prositnähe erfordert. Nicht weil jene liberale
 Meinung sich als falsch erwiesen hat, verdrängt der Liberalismus auf
 ihre Durchsetzung, sondern weil er es mit der herrschenden Stimmung
 der Arzene nicht verderben will — also aus Charakterlofer, spekulativer
 Feigheit. Die „National-Ztg.“ hat es denn auch verdrängt, daß die
 „Kreuz-Zeitung“, das Organ also, das gegündet wurde, um
 jedes bürgerliche konstitutionelle Leben überhaupt
 zu belämpfen, „in der angenehmen Lage“ ist, ihr „in allem wesent-
 lichen zustimmen zu können“.

Nur sollte sich die „National-Ztg.“ hüten, ihr Renegatentum in
 so alderner und lächerlich albertdiebener Weise zu äußern, die über-
 dies ihre Unwissenheit bloßstellt. Das Blatt behauptet, daß unser
 Vorschlag im Geiste des französischen Convents und Wohlfahrts-
 ausschusses“ abgefaßt sei. Wir machen dem Blatt die ganz ergebene
 Mitteilung, daß unser Entwurf in nichts hinausgeht über die
 liberalen Verfassungen, die nicht nur im Auslande, sondern auch in
 einer größeren Anzahl von deutschen Bundes-
 staaten bereits Rechte sind. Wir fordern nur für das Reich,
 was in Bayern und andren Staaten längst Gesetz ist, wo also das
 rote Gespenst, das die „National-Zeitung“ citiert, lebhaftig umgeht.

Deutsches Reich.

Die parlamentarische Kritik der Kaiserreden findet — nach
 einigen Tagen der Ueberlegung — die „Post“ denn doch sehr be-
 denklich. Sie warnt davor, daß man diesen Brauch, den der Reichs-
 langler und der Kriegsminister ja selbst sanktioniert haben, zu einem
 Gewohnheitsrecht werden lasse. Die „Post“ spricht von einer
 „staatsrechtlichen Ungehörigkeit“ und wehrt sich gegen die Forderung,
 daß der Kaiser nur nach dem Concept eines verantwortlichen
 Ministers öffentlich reden dürfe:

„Ob der Monarch einen solchen Modus wählen will, ist
 reine Temperamentsache, aber ihn zur Notwendigkeit humpeln,
 heißt die persönliche Freiheit des Herrschers willkürlich einschränken.
 Das preuhische und deutsche Volk kann und will seinem Kaiser die
 persönliche Initiative nicht wehren, am allerwenigsten nach der
 eben erst gemachten Erfahrung, was für einen wertvollen Schatz
 es an der kraftvollen Initiative Wilhelms II. besitzt.“

Die „Post“ schließlich plädiert aus Gründen der Gerechtigkeit für die
 Unterlassung der parlamentarischen Kritik kaiserlicher Handlungen:
 „Denn wie die Sache jetzt gehandhabt wird, kommt die
 Verjon Sr. Majestät sogar zu kurz in ihrem Rechte.
 Se. Majestät wird persönlich angegriffen, aber eine
 persönliche Verteidigung ist unmöglich, der Kaiser
 kann nicht im Reichstag das Wort ergreifen.“

Abgesehen davon, daß der Reichstag — wenigstens so weit wir
 in Betracht kommen — herzlich gern bereit sein wird, in eine Ver-
 fassungsänderung zu willigen, die dem Kaiser das Reden im Reichs-
 tag ermöglicht, so bedeutet das Gerechtigkeits-Argument der „Post“
 eine Verhinderung kaiserlicher Reden überhaupt; denn auch das Volk
 und die Parteien sind nicht in der Lage, wenn der Kaiser sie in
 einer Rede angreift, sich persönlich zu verantworten; der Kaiser müßte
 also auf das Reden überhaupt verzichten, wenn nicht gerade in der
 parlamentarischen Kritik bis zu einem gewissen Grade ein Akt aus-
 gleichender Gerechtigkeit zu finden wäre.

Die Spargelhel. Die vom preuhischen Eisenbahn-Minister in
 den Etat für 1901 eingestellten 660 neuen Eisenbahn-Sekretärstellen
 sind, so wird uns berichtet, auch in diesem Jahre bis auf die
 beträchtliche Anzahl von 170 vom Finanzminister gestrichen.

Man hat eben nur Geld — für China. In Beamtenkreisen wird dieses Verfahren die weltpolitische Schwärmerie außerordentlich steigern. Der Fall beweist aber auch wieder, daß trotz aller offiziellen Ablehnungen der despotischen Allein herrscher in allen Ressorts Herr v. Miquel der Spornminister ist.

Die **journalistische Wilow-Garde** arbeitet in einer Weise, die genau der kleinasiatischen und dörflichen Melasse für Schmierensombrantien nachgeahmt ist. In Berlin wird das Lobeschema festgesetzt — dann wird es hinans und wieder zurücktelegraphiert: Depeschen mit bezahlter Rückantwort. Was irgend ein Pariser nationalisiertes Blätterblatt aus Wut über das französische Ministerium Böliches an Bernhard Wilow entdeckt, wird mit offizieller Feierlichkeit nach Berlin gedruckt. Selbst die „Reinisch-Westfälische Zeitung“ spottet über die Anpruchslosigkeit und Bescheidenheit in Bezug auf die Beurteilung des ersten Reichsbeamten.

Wang besonders lompisch spreizt sich das Berliner Offiziösium in der österreichisch-ungarischen Presse. Wenn man diese „Beschlimmen“ liest, so verwundert man sich, daß unsre Rachbar nicht so geistreich sind, uns den genialen Kanzler anzumieten, der wäre doch sicherlich fähig, die inneren Wirren der habsburgischen Monarchie ohne Apparate und doppelten Boden wegzuführen.

Anerkennenswert ist die Geschäftigkeit, mit der die Wilow-Garde jede unglückliche Auslandsstimmung über den eleganten Ceremonienmeister unterschlägt. Auch nicht das winzigste Tadelvotum vermag zu passieren. Und doch schwelgt man draußen durchaus nicht allgemein in bernhardinischen Hymnen. So finden wir z. B. im „Budapester Tageblatt“ die folgenden Ausführungen:

„Da mühen alle schöngezeichneten Phrasen und geistreichen Aporos nicht, Deutschland repräsentiert in China den andren Mächten gegenüber die Politik der Gewalt. Mag Graf Wilow noch so eifrig die These verteidigen, daß nicht die „Erwerbung“ von Kiautschou durch die Deutschen den Ausgangspunkt der belagerten Wirren in China bildet, mag er dieselbe noch so sehr durch die Wegnahme von Port Arthur durch die Russen, von Tschai-hai-wei durch die Engländer, von Indo-China durch die Franzosen begründen, so bleibt es doch wahr, daß die civilisierten Nationen sich gegen China in einer Weise benommen haben, gegen welche die Zaiarengrenel in Europa Ankerungen des Fortschritts bilden. Von dem Augenblick an, wo China sich in dem Krieg gegen Japan als schwach erwies, war es die freie Beute jedes venturistischen Staats.“

Der Artikel des Budapester Blatts schließt:

„Deutschland, so sagte Graf Wilow ferner, will sich nicht von andren Völkern als Vligableiter gebrauchen lassen; das ist nur recht und billig, aber die andren Völker haben hinwieder das Recht, von Deutschland zu verlangen, daß es nicht den zündenden Vlig entsende, der eine furchtbare Mine zur Explosion bringen kann, welche die ganze gebildete Welt mit der Gefahr einer furchtbaren Erschütterung bedroht. Graf Wilow leugnet das Vorhandensein einer Absicht der Eroberung bei Deutschland, des Wunsch, daß es zur Teilung Chinas komme; allein das Verhalten Walders des ist ganz danach angethan, das Gegenteil der Worte des deutschen Reichskanzlers glauben zu machen. Diefem Mann ging schon von früher her der Ruf eines „Kellame“-Generals voraus, eines Generals, dem es vor allem darum zu thun ist, sich bei der Bewältigung von Schwierigkeiten hervor-zutun, die an sich wenig bedeutend sind, aber in der Ferne zu großer dekorativer Wirkung gebracht werden können. Solche Männer taugen nicht auf einem Boden, wie es derjenige des gegenwärtigen China ist. Nicht Berge von Leichen, nicht Ströme Blut, nicht die Greuel eines Vernichtungskriegs gegen China können dem deutschen Namen Ruhm bringen, sondern nur die möglichste Schonung, die größte Milde, das versöhnendste Entgegenkommen sind einer großen und gebildeten Nation, wie es die deutsche ist, würdig und wenn es auch übertrieben ist, was der Sozialistenführer Rebel gestern in seiner Rede gegen Wilow bemerkte, daß man sich angesichts der Nachrichten über die von Deutschen verübten Grausamkeiten, welche jetzt durch die Welt gehen, schämen müsse, den deutschen Namen zu tragen, so ist dieser Anspruch doch geeignet, selbst bei solchen Deutschen Bedenken zu erregen, welche die „Politik von Blut und Eisen“ in China bisher nicht in ihrer ganzen Verwerflichkeit betrachtet und nicht die Gefahr erkannt haben, welche in ihr für Deutschland, wie für die ganze civilisierte Welt liegt, die sie mit unabsehbaren Blutopfern, mit Seuchen und mit finanziellen Katastrophen bedroht, von welsch letzteren namentlich dieselbe schon bisher einen sehr bitteren Vorgegeschmack erhalten hat.“

Das ist so eine von den bürgerlichen Auslandsstimmen, welche von den Wilow'schen Frehaganten unterschlagen werden!

Die **Freiheit der Religionsübung** im Deutschen Reiche will der Antrag Liebers, den wir bereits auszugswiese mitgeteilt haben, herbeiführen. Das Centrum, als Kämpferin der Freiheit, noch dazu auf dem Gebiete der Religion — das klingt zunächst etwas sonderbar. Die „Germania“ nennt den Antrag den Antrag der „Toleranz“ und die „Kölnische Volkszeitung“ hält ihn für den wichtigsten unter der „List von Anträgen“.

Der Antrag redet in allen seinen einzelnen Paragraphen nur von „anerkannten“ Religionsgemeinschaften, auf die staatlich nicht anerkannten Gemeinden (wie freireligiöse usw.) und auf die Dissidenten erstreckt sich die liberale Toleranz nicht.

Der Verleher der anerkannten Religionsgemeinschaften mit ihren Oberen soll ein ungehindertes sein. Die Vorschriften der anerkannten Religionsgemeinschaften, welche sich auf die Religionsübung beziehen, sollen nach dem Antrag zu ihrer Gültigkeit weder einer Mitteilung noch einer Genehmigung seitens der Staatsbehörde bedürfen.

Gegen die freie, von keiner staatlichen Autorität abhängige Verhängung religiöser Bedürfnisse wäre an sich nichts einzuwenden, wenn die bezüglichen Anträge nur nicht viel zu eng gehalten wären. Warum will man diese Freiheit nur den anerkannten Gemeinschaften und nur Religionsgemeinschaften zugesprechen? Andren als religiösen Gemeinschaften ist die behördliche Bevormundung noch weit weniger dienlich.

Es ist denn auch nicht der Drang nach Freiheit und Gerechtigkeit, der dem Centrum diesen Antrag diktiert hat, sondern ihm kommt es darauf an, die katholische Kirche von lästigen Fesseln zu befreien. Die katholischen Orden und Religionsgemeinschaften wollen für sich vollkommenste Freiheit haben, damit sie gegen einzelne Anhänger im gegebenen Fall um so rigorosere vorgehen können. Nicht die Freiheit des Glaubens, der Heberzeugung will der Centrumsantrag, sondern der Religionsübung.

Schau! Die „Kölnische Zeitung“ giebt zu, daß man die Humangenel nicht mit dem Christentum vergleichen könne. Man müsse also ein andres Argument wählen:

„Theoretischen Angriffen der Socialdemokratie auf das Heer als solches aber halte man einfach entgegen: **Es ist eine Notwendigkeit. Der Tag ist einfach und nicht zu widerlegen im Gegenjag zu mißlichen Rechtfertigungsversuchen.**“

Damit ist das Geheimnis eines für alle Fälle passenden Generalbeweises entdeckt. Nichts mehr von langwierigen Deduktionen, von Vernunftgründen, Erfahrungsbefunden. Wenn man etwas haben will, so erklärt man es für notwendig — basta!

Gottes Vorsehung und das antike Schicksal sind gegenüber dieser kölnischen allernehmenden Notwendigkeit recht schwächliche Instanzen.

Die **Ausführungsbefimmungen** betreffend das Verfahren vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung sinden sich in der Dienststammnummer des „Reichs-Anzeigers“ veröffentlicht. Die Schiedsgerichte treten, wie durch eine weitere laienliche Verordnung in derselben Nummer des Blatts bekannt gegeben wird, mit dem 1. Januar 1901 in Kraft.

Die **Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik** betreffend die Besserung der Arbeitsverhältnisse im Gast-wirtschaftsbetriebe bilden zur Zeit Gegenstand von Verhandlungen zwischen den verschiedenen Ressorts der Regierung.

Der preussische Staat als Arbeitgeber.

Aus Dortmund wird uns unter dem 26. November geschrieben:

In dem hiesigen Amtsblatt, der „Dortmunder Zeitung“ und dem Centralorgan „Trenonia“ erschienen im Oktober bezw. November 1899 zwei Artikel, in denen die Arbeitsverhältnisse der hiesigen Lokomotivführer besprochen wurden. In dem Artikel der „D. Z.“ hieß es unter andrem, daß die Sonntagbräse in der Zeit ganz aufgehoben sei, daß die Lokomotivführer bis 870 Stunden monatlich Dienst hätten, daß ihnen hohe Geldstrafen auferlegt würden, daß man den Bestrauten nicht einmal vernehme. Und besonders wurde über die Behandlung der Führer seitens des Werkmeisters Plate geklagt. Worte wie „Lumpen“ und „Lämmel“ sollen nicht selten von ihm gebraucht worden sein.

Gegen die beiden Blätter stellten nun die beleidigten Eisenbahn-Behörden Strafantrag. Die Verhandlung fand am Montag, den 26. d. M. vor der zweiten Dortmunder Straf-kammer statt.

Die Beweisaufnahme entrollt ein Bild der Arbeitsverhältnisse der hiesigen Lokomotivführer, wie es trauriger nicht gedacht werden kann. Nicht die angeklagten Redacteure — sondern die offiziellen Kläger wurden durch die Verhandlung gerichtet.

Ein Zeuge sagt aus: „Nach einer 18 stündigen Dienstzeit sind mir manchmal die Augen zugefallen. Der Werkmeister Plate hat mich eines Tags „gemeiner Flegel“ genannt, als ich mich dienstlich beschwerte. Als ich dagegen protestierte, warf er mich hinaus. Ich verstauchte mir den Fuß und war zehn Tage arbeits-unfähig.“

Ein andrer Zeuge ist von demselben Werkmeister bei einer dienstlichen Angelegenheiten aufgefordert worden, die Mühe abzunehmen. Er hatte schmutzige Hände und konnte es nicht thun. Daraufhin wurde er aus dem Bureau hinausgeworfen. Dann rief ihn Plate zurück. Er sagt nicht und erhielt einen kräftigen Stoß mit der Wahrung: „Wenn das noch einmal vorkommt, dann werde ich Ihnen die Knochen entwei brechen.“ Der Zeuge wollte gegen Plate gerichtlich vorgehen, erhielt aber die behördliche Erlaubnis hierzu nicht.

Ein dritter Zeuge hat in einem Monat 440 Dienststunden gehabt. Die nächsten Zeugen sind gleichfalls von dem Werkmeister Plate mit „Lämmel“ oder mit einem „Ich zerbreche Ihnen die Knochen“ behandelt worden.

Auf die wiederholte Frage des Gerichtsvorsitzenden an die Zeugen, warum sie sich nicht beschwert haben, antworteten diese übereinstimmend: „Was bekommt doch kein Recht.“

Ein Heizer erzählt, daß er auf einer benachbarten Station aussteigen und nach Dortmund zurückfahren mußte, da er vor Ermüdung nicht mehr fahren konnte.

Der veruommene Eisenbahn-Direktor Dthegebraten, in dessen Namen der Strafantrag gestellt war, mußte zugeben, daß die Dienstzeiten monatlich 370 Stunden monatlich betragen, bei größeren Betriebsstörungen auch bis 440 Stunden. Ueber den durch die Verhandlung zur Genüge charakterisierten Werkmeister Plate spricht er sich äußerst günstig aus!!

Das Gericht verurteilte die angeklagten Redacteure zu 75 bezw. 90 M. Geldstrafe. In dem Urteil wird ausgeführt, daß die Angaben des Artikels über die Länge der Dienstzeit und die schlechte Behandlung seitens des Werkmeisters Plate durch die Beweisaufnahme erwiesen seien. Nicht erwiesen seien die Angaben, die das Straffsystem des Direktors Dthegebraten und eine Verurteilung in der Prüfungskommission für Führer und Heizer betrafen. Die Verurteilung hatte angeblich alle Führer der Verlogenheit bezichtigt.

Schärf bemerktenswert war das Plaidoyer des Vertreters der Staatsanwaltschaft, des Assessors Engelhard. Er sagt u. a. wörtlich: „Wenn auch der Werkmeister Plate die Worte Lump und Lämmel gebraucht haben sollte — so war das keine Beleidigung, sondern nur eine scharfe Kritik des Vorgesetzten über die Untergebenen.“

Dieser Prozeß wirkt ein großes Schlaglicht auf die Verhältnisse in Thielens Reich. Er liefert auch wertvolle Beiträge zu dem Kapitel „Eisenbahnunfälle“.

Der **Kanzler der Weltpolitik** ist bereits das Ziel eines agrarischen Angriffs in der „Deutschen Agrarcorrespondenz“ geworden. Seine Scherze hätten zwar, erklärt das Organ, der „neudeutschen Weltpolitik“ einen Sieg erringen, allein diese Weltpolitik verdiene doch ein wenig analysiert zu werden. Und da ergebe sich, daß diese Weltpolitik, für die der Reichskanzler die Verantwortung übernehme, keineswegs eine so schöne Sache sei. So habe das deutsch-englische Abkommen nur den Sturz Deutschlands zum Sturz-bod Englands in China zu machen, trotz der Versicherung Wilows: „Wir lassen uns von keiner fremden Macht als Vligableiter benutzen.“ Unter dieser englandfreundlichen Politik litten die vitalsten deutschen Interessen in Afrika. Und wenn Herr v. Wilow ferner erklärt habe, die Zukunft Deutschlands liegt in Europa, liegt in der Heimatspolitik, so sei doch die Thatsache zu konstatieren, daß alle Handlungen der Regierung von dem Grundjag geleitet würden, daß Deutschlands Zukunft auf dem Wasser liege.

Herr v. Wilow wird also erst durch Thaten das Mißtrauen der Agrarier beschwichtigen müssen. Macht Herr v. Wilow Kaniz-Politik, so bewilligen die Junker trotz ihrer Wasserfurch auch ferner alle Rähne.

Die genannte Korrespondenz führt sodann auch noch einen ermunternden Gieb nach Posadowsky und Miquel. Diese Herren machten zwar auch sehr glatte und sehr schöne Reden, sachlich habe sich aber in den 6 Jahren seit der Vera Caprioi-Marschall nichts verändert.

Dies unwürdige Schmalen ist wohl im Grunde nicht allzuernst gemeint. Die Agrarier setzen augenscheinlich gewisse Hoffnungen auf den neuen Mann. Der Angriff Wangenheims gegen die Hintertreppenspolitik verrät freilich die Verjorgung vor dem unlauteren Wettbewerb des Heberkapitals.

„**Freiwillige Gaben.**“ Man weiß, daß die „freiwilligen Gaben“ zu patriotischen Zwecken nicht immer ganz freiwillig gegeben, sondern zuweilen in einer Form erbeten werden, die eine Ablehnung nicht gut möglich machen. So ist schon in Staatsbetrieben durch Vorgelegte oftmals der Klingelbeutel für irgend einen hochpatriotischen Zweck gezeichnet worden. Diesmal liegt ein Fall der Ein-sorderung freiwilliger Gaben vor, der beweist, daß nicht nur Arbeitern und Subalternbeamten gegenüber diese kategorische Form des Heischens freiwilliger Spenden in Brauch steht. Sandte doch, wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Düsseldorf gemeldet wird, das Bezirkskommando an die ihm unterstellten Kavallerieoffiziere ein Schreiben, worin ein Betrag für ein in Berlin zu errichtendes **Volke-Denkmal** erbeten wurde, und zwar in Höhe ihres doppelten Offiziers-Tagegehalts. Als trotzdem einzelne der Adressierten nichts von sich hören ließen, wurde ihnen kurzerhand folgendes Decret-Schreiben zugestellt:

„Düsseldorf, 16. Nov. 1900.“

Gegen Rückgabe dem Igl. Lieutenant der 2.

Herrn . . . Hochwohlgeboren
Unter Bezugnahme auf die diesbezügliche Anfrage vom 8. d. M., betreffend Angabe, ob Sie für das in Berlin zu errichtende Volke-Denkmal einen Beitrag zahlen und wie hoch Sie denselben eventuell bemessen wollen, werden Sie hierdurch ersucht, dem Bezirkskommando umgehend hierunter diesbezügliche Angabe machen zu wollen, da diesseits zum 20. d. M. der Brigade Meldung zu erstatten ist.“

Unterjagst.
Zarter kann der Charakter der Freiwilligkeit nicht gewahrt werden. Die Hauptstadt der Intelligenz bekommt ein neues Soldatenstandbild, ein Artikel, an dem es ihr ja so sehr fehlt.

Kulturinteressen und Militarismus. In der Nähe der lothringischen Felsenfestung Wisch soll, so wird uns aus dem Reichs-land berichtet, demnächst mit der Anlage eines großen Truppen-übungsplatzes begonnen und der reichsländische Fiskus zu diesem Zweck ermächtigt werden, eine Fläche von 2500 Hektar Staatswäldungen um den Betrag von 5 1/2 Million Mark an den Militärfiskus zu veräußern. Die Wäldungen, deren Gebiet damit der völligen Unproduktivität überliefert wird, gehörten bisher zu den besten Beständen des deutschen Wasgen-walds und repräsentierten im Stadthauskalle des Reichs-lands große, angehängt der sich stetig steigenden Preise für Baum- und Kuchholz fortwährend steigende Vermögenswerte. Außer ihnen zieht der geplante Truppenübungsplatz aber auch noch ausgedehnte Kulturländereien der Dörfer in der Wischer Gegend in seinen Bereich und bedingt sogar die völlige Unter-drückung einer ganzen Gemeinde, des etwa eine Stunde nordöstlich von Wisch gelegenen Dorfs Gaspelscheid. Die kulturfeindlichen Tendenzen des Militarismus werden durch der-artige Maßregeln grell beleuchtet.

Vom Kohlenmarkt.

Die Ziffern, welche vom Kohlenmarkt bekannt werden, zeigen nenerdings eine fortgesetzte Steigerung des Abfließens deutscher Kohle ins Ausland. Ein Teil der Vorseapreise ist aber weit davon entfernt, auf Grund dessen die Nebenarten der Bechenblätter zu wiederholen, daß die Ausfuhr nur ein Beweis für die andauernde Festigkeit der Marktlage sei; sie sehen vielmehr in der steigenden Ausfuhr nur, daß durch die fortwährende Verdrängung der Industrie im Inlande immer wieder große Mengen Kohle frei werden, die die Kohlenbarone schleunigst zu billigen Preisen ins Ausland schaffen, damit nicht amwachsende Vorräte den gegenwärtigen Wucherpreis der Kohle herabdrücken. Auf dem ober-schlesischen Eisenmarkt laufen fortgesetzt Anweisungen seitens der Walz-werksindustrie ein, welche die Aufforderung von fällig gewordenen Kohlenlieferungen bezwecken. Deshalb die Zunahme des Exports nach Ausland und Oestreich, welche die frei werdenden Mengen abnehmen müssen. Nicht zu befriedigen ist gegenwärtig bloß die Nachfrage in Hausbrandkohlen. Dieselbe Beobachtung wird auf dem rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt gemacht. Auch von dort wird gemeldet, daß sich im Kohlegeschäft der Winderverbrauch der Eisenwerke allmähig fühlbar macht. Neue Kohlenarten, welcher die Eisenindustrie bei ihrer Produktion bedarf und von welcher es noch vor wenig Wochen hieß: „stänmisch begehrt“, werden in großen Mengen frei und schleunigst ins Aus-land befördert oder aber von der Eisenbahn abgenommen. Starke Nachfrage herrscht nur in den von der Schiffahrt benötigten Kohlen-sorten, die von den Kriegswirren profitiert, den Gasöfen, von denen während des Winters die Gasanstalten große Mengen ge-bräuchen und dem Hausbrandmaterial. Von der Coalsproduktion wird gemeldet, sie sei in einem so starken Steigen begriffen, daß an Stelle des bisherigen Coalsmangels in absehbarer Zeit ein Coals-überfluß treten müsse.

Wenn die Kohlenbarone durch künstliche Ableitung der vor-handenen Kohlenmengen nach dem Ausland die bisherigen Preise hochhalten wollen, so ist es um so erstaunlicher, daß ihnen der Staat dabei, wenn auch ungewollt, Hilfe leistet. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat nämlich die Herabsetzung der Kohlenpreise der staatlichen Saargruben abgelehnt. Dagegen hat er den In-dustriellen für die ins Ausland gelangenden Fabrikate eventuell eine Exportbonifikation in Aussicht gestellt. Das heißt also, daß auf die ins Ausland gelangenden Eisenfabrikate die hohen heimischen Kohlenpreise zum Teil rückvergütet werden sollen, um die Industrie im Ausland konkurrenzfähig zu erhalten. Eine solche Maß-nahme wirkt wie eine Bevorgung der Exportindustrie auf Kosten der Produzenten für den heimischen Markt und stellt sich den Liebes-gaben und Ausfuhrprämien wiehig an die Seite.

Daß jedoch der Kohlenpreis sich nicht mehr lange auf seiner heutigen Höhe behaupten wird und, nach Beendigung des Winters, auch die Kohlenindustrie von der wirtschaftlichen Krise mit erfahrt werden wird, tritt immer klarer in Erscheinung.

Zuchtandvortage in den Einzelstaaten. Wie der „Frankische Kurier“ meldet, wird dem alten burgischen Landtag gleich nach seiner Eröffnung ein Gesetzentwurf zur Einschränkung des Kontrakt-zucht der ländlichen Arbeiter zugehen.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 27. November. Die Deputiertenkammer setzte in ihrer heutigen Vormittags-sitzung die Beratung des Kolonial-Gesetzes fort. Im Laufe derselben wies Pelletan darauf hin, daß dem Parlament nicht die Möglichkeit gegeben sei, eine genügende Kontrolle über die Ausgaben für die Kolonien auszuüben.

Afrika.

Fünftausend neue Soldaten fordert Lord Roberts, um die an hundert Stellen zu gleicher Zeit neu aufstehende Boerenhebung unterdrücken zu können. Dafür sollen freilich die jetzt in Südafrika befindlichen Truppen den Kriegsschauplatz verlassen dürfen. Diese alten Truppen sind der Kriegsschauplatz auch herzlich müde und fordern gebieterisch ihre Ablösung. Die Abwendung einer neuen großen Armee nach Südafrika beweist, wie voreilig sich die leitenden Feldherren haben als Triumpatoren feiern lassen.

Ueber die Thätigkeit der Boeren liegen folgende Meldungen vor:

Der „Standard“ meldet: Die Mannschaften Voibus und Willjoms entwickeln eine immer mehr zunehmende Thätigkeit im Distrikt. Wie es heißt, haben sie einen neuen Plan erjounen oder vielmehr einen alten wieder aufge-nommen. Sie beabsichtigen, den Kriegsschauplatz mehr nach der Grenze der Kapkolonie zu verlegen, wo, wie sie glauben, viele mißvergnügte Kapländer mit geheimen Waffenvorräten bereit sind, auf die geringste Ermunterung hin die Feindseligkeiten zu erneuern. Die Boeren sind fast überall in Transvaal und der Orange-Kolonie äußerst thätig.

Eine Depesche des Feldmarschalls Roberts aus Johannesburg vom 26. November berichtet über unbedeutende Gefechte im Orange-Freistaat, sowie über den Vormarsch Clements gegen Nietfontein. Von ihm Delarey mit 800—1000 Mann Widerstand leistete. Die Boeren führten einen Zwölfpfünder und ein andres Geschütz mit sich. Sie wurden völlig auseinandergeprengt.

Wie dem „Neuterischen Bureau“ aus Orkburg vom 21. d. M. berichtet wird, verfügt Delarey in Nagalesberg über 1000 Mann. Deshals befinden sich verschiedene kleine Lager im westlichen Transvaal. Delarey lehnt es ab, Buren in sein Kommando aufzuneh-men, welche den Neutralitätsbeid geleistet haben, allein alle andren Kommandanten zwingen die widerstrebenden Buren zu Eintritt in Reich und Glieb. — General Clements ist an der Stelle, wo der Zusammenjag zurückgeschlagen wurde, eingetroffen und hat dieselb ein Lager auf-geschlagen. Blänfelnde Boeren bekräftigten seine Rache, wobei zwei Mann von der Heomanth in Gefangenschaft gerieten.

Ein Protest gegen die Annexion der Boeren-Republik soll von Ausland mit der Motivierung erhoben worden sein, daß es eine Annexion so lange nicht als völlerrechtlich betrachte, als die Boeren nicht die Waffen niedergelegt hätten.

Parlamentarisches.

Zur **Kohlennot** hat das Centrum folgende Interpellation eingebracht: Was gedenken die verbündeten Regierungen zu thun, um der bestehenden, weite Volksschrecke schmer bedrückenden Kohlenkenerung wirksam abzuhelfen und für die Zukunft die Wiederkehr solcher Mißstände zu verhüten?

Verstaatlichung der Kohlenwerke.

Im neuesten Heft der „Neuen Zeit“ tritt Weibel den auch von uns teilweise wiedergegebenen Ausführungen Kautskys entgegen, der sich bekanntlich gegen die sofortige Verstaatlichung der Kohlenwerke ausspricht. Kautsky hatte, wie erinnerlich, die Erfüllung gewisser Vorbedingungen für die Verstaatlichung für nötig erklärt und dann auf die Forderung von Maximallohn bei achtstündiger Arbeitszeit für die Bergarbeiter verwiesen.

Weibel verweist auf die bekannte Berliner Resolution, als deren Mitverfasser er sich bekennt und sagt:

„Indem wir den sofortigen Uebergang der Kohlenwerke in Reichsbefitz verlangen, ist damit nicht gesagt, daß wir unsere Zustimmung nicht von Bedingungen abhängig machen sollen, unter denen sie zu erfolgen hätte.“

So hätte die Fixierung der Grundrente nicht nach dem Stand der Liquidation der letzten fünf Prosperitätsjahre zu erfolgen, sondern auf Grund der Ergebnisse einer längeren Periode, sagen wir der letzten zwei Jahrzehnte. Das würde ein sehr viel günstigeres Resultat für das Reich ergeben. Zweitens besteht nicht das geringste Hindernis, daß die Kohlenwerke einer sehr genauen sachverständigen Inspektion in Bezug auf ihren technischen und hygienischen Stand unterworfen und die zu dieser Herstellung sich als notwendig herausstellenden Kosten von dem eingeschätzten Werte der Kohlenwerke in Abzug gebracht würden. Dieser ist sogar eine selbstverständliche Forderung, die zum Beispiel auch die Schweiz bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen durchgeführt hat und ohne welche die Kohlenwerksbesitzer wahrscheinlich die Werke im Stadium der Verhandlungen verfallen ließen.

Die Schweiz liefert auch ein Beispiel, daß der Staat Privatigentum nicht zu Buhergelassen übernehmen muß. Man erlaube sich einmal bei den Berliner Banken, welche die Hauptbesitzer der schweizerischen Eisenbahnspinnereien waren, welches Geschäft sie mit der Verstaatlichung machten, und man wird mit Heulen und Zähneklappern eine Antwort bekommen. Ich erinnere mich auch nicht, daß seiner Zeit selbst der preussische Staat die Privatbahnen durchschneidend für ihn ungünstigen Preisen erworben hat. Auch der Reichsfiskus wollte den Privatposten eine weit geringere Entschädigung zahlen, als selbst der Reichstag für billig fand.

Heute liegen die Verhältnisse für eine Verstaatlichung eben weit günstiger als vordem. Der Verstaatlichungsgedanke hat große Fortschritte gemacht. Das Interesse der Allgemeinheit ist in erster Linie dank untrübe jahrzehntelanger Agitation weit mehr gewachsen und damit eine Kontrolle vorhanden, die einen ungünstigen Kaufabschluß möglichst verhindert. Man stelle sich vor, welche lebhaftes Interesse Verhandlungen des Reichstags über eine Verstaatlichung der privaten Kohlenwerke bis in das letzte Dorf und das letzte Haus erwecken würden.

Allerdings ist der heutige Staat und auch das Reich in erster Linie der Kommiss für die Wahrung der Interessen der herrschenden Klassen; wenn man das noch nicht gewußt hätte, die 12.000-Mark-Affäre hätte es gezeigt. Es handelt sich auch hier nicht darum, ein sozialistisches oder auch nur staatssozialistisches Experiment durchzuführen, sondern um die Frage: auf welche Weise ein notorischer vorhandener öffentlicher Mißstand, den eine kleine Minderheit von großen Kapitalisten zum Schaden der sehr großen Mehrheit erzeugte, auf die momentan zweckmäßigste Weise beseitigt werden kann. Macht die Verstaatlichung, vernünftig durchgeführt, auch für den sozialistischen Gedanken Propaganda, um so besser. Auch handelt es sich bei der Expropriation der Kohlenwerke nicht um die Interessen der herrschenden Klassen, sondern um die Interessen einer kleinen Minderheit dieser herrschenden Klassen. Der weitaus größte Teil der herrschenden Klassen hat selbst ein Interesse, daß die Kohlen billig und leicht zu haben sind. So die gesamte Industrie, der Verkehr (Schiffe, Straßenbahnen, Eisenbahnen u. s.), ferner die Staats- und Gemeindeverwaltungen für ihren Kohlenverbrauch in den Bureaus, Gerichten, Gefängnissen, Kasernen, Schulen, Krankenhäusern u. s., endlich die gesamten Kohlenverbraucher, das heißt mit Ausnahme der direkten Interessenten an den Kohlenwerken, das gesamte Volk.

Es möchte also einer Regierung, welche die Verstaatlichung der Kohlenwerke durchzuführen hätte, selbst unter den heutigen Verhältnissen unmöglich werden, die Interessen der umgehenden Mehrheit den Interessen einer verschwindenden Minderheit zu opfern. Dazu denke man sich die fortgesetzten Erörterungen im Reichstag und die Kritik an den Maßnahmen der Staatsgewalt, ausgeübt von einer schon jetzt fast sechzigköpfigen sozialdemokratischen Fraktion.

Ich bestreite auch entschieden, daß finanziell die Arbeiter der Staatsbergwerke schlechter stehen, als diejenigen der Privatbergwerke. Dafür ist nicht der geringste Beweis erbracht. In Bezug auf das Koalitionsrecht stehen sie auch kaum ungünstiger, aber dafür zu sorgen, daß sie es voll erhalten, ist schon gegenwärtig Sache des Reichstags, der aber jetzt in die Verwaltung der Kohlenwerke nichts hineinzureden hat, aber nach dem Uebergang derselben in Reichsbefitz bei jeder Etatsberatung und auch sonst glücklich mit hineinreden könnte. . . . Unsere Opposition gegen das Tabakmonopol, das man zum Vergleich heranzog, entfloß nicht nur dem Willen, die Staatsgewalt nicht übermächtig werden zu lassen, sondern auch dem Umstand, daß durch die Einführung dieses Monopols mindestens die Hälfte aller Jäger und Tabakarbeiter brotlos geworden wäre und ein großer Teil selbständiger kleiner Unternehmer und Händler seine Stellung verlor, ohne daß diesen noch den brotlos gewordenen Arbeitern eine irgendwie nennenswerte Entschädigung in Aussicht stand. Eine Verminderung der Arbeiterschaft durch Verstaatlichung der Kohlenwerke ist aber ausgeschlossen und keine Kohlenwerks-Besitzer existieren nicht oder sie fallen nicht ins Gewicht.

Was dann die befristete größere Abhängigkeit der Arbeiter von dem Staate als Unternehmer anlangt, so hat bisher diese Befürchtung unsere Vertretung in den Landtagen nicht abgehalten, für die Eisenbahn-Etats zu stimmen und für jede Erweiterung der Eisenbahnen, der Werkstätten u. s. einzutreten, wie die Reichstags-Fraktion keinen Anstand genommen hat, für die Verstaatlichung der Privatposten mit ihren Beamten und Arbeitern einzutreten und für Erweiterung und Verbesserung des Post-, Telegraphen- und Telephonwesens zu wirken, was immer mehr Arbeiter erfordert.

War dieses kein Fehler, so ist es auch kein Fehler, den Kreis der Staatsbetriebe zu erweitern, wenn allein dadurch die Allgemeininteressen am besten gewahrt werden können.

Auch muß noch bewiesen werden, daß die Arbeiter in den großen Riesenbetrieben, wie die von Krupp, Stumm, Dortmunder Union u. s. freier sind als in den Staatsbetrieben; wir haben z. B. größere Erträge bei den Reichstagswahlen unter den Arbeitern der Kriegs- und Marinewerksstätten in Kiel, Wilhelmshaven und Spandau aufzuweisen, als unter denen von Stumm oder Krupp. Auch übersehe man nicht, daß je gewaltiger das Heer der im Staatsdienst stehenden Arbeiter answächst, der Staat um so weniger Macht behält, dieses Heer von Arbeitern in Bezug auf ihren politischen Willen zu beherrschen und gegebenen Falls zu mahregeln. Hier heißt es auch: schließlich schlägt die Quantität in die Qualität um.

Für die Lage dieser Arbeiter kann aber im Parlament mit besonderem Nachdruck gewirkt und eingetreten werden. In der jährlichen Beratung des Etats dieser Verwaltung liegt ein mächtiger Hebel der Einwirkung auf die Staatsgewalt, in dem Sinne, Brutalitäten und Ungeheuerlichkeiten zu unterlassen, und auf die Arbeiter in dem Sinne, sich gegen diese nach Kräften zu wehren und die Volksvertretung und Staatsgesetzgebung zu ihrem Schutze gegen die Staatsgewalt anzurufen.“

Partei-Nachrichten.

Gemeindefürer. Die sozialdemokratischen Kandidaten wurden ohne Ausnahme gewählt in Marikranstädt (Sachsen), in Lehmen bei Pirmas, in Dörritz bei Dresden und in Linz bei Oerz.

Totenliste der Partei. In Unterfranken im sächsischen Erzgebirge starb der Parteigenosse Anton Körner, seit vielen Jahren einer der tüchtigsten Agitatoren unserer Partei in jener Gegend. Die Partei erleidet durch seinen Tod einen schweren Ver-

lust, weil es dort nur wenige Leute giebt, die es wagen, öffentlich für die Partei zu wirken.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Eine ganz neue Anwendung des „Groben Unfugs“ ist den Gerichten in Görlitz geblüht. Der verantwortliche Redacteur der „Görlitzer Volkszeitung“, eines Kopfblatts der Breslauer „Volkswocht“, Genosse Klübs in Breslau, war kürzlich vom Schöffengericht in Görlitz zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte über einen Fabrikunfall berichtet und daran die Bemerkung geknüpft, daß die kapitalistische Presse kein Interesse daran habe, Strafsätze auf das Schlachtfeld der Arbeit zu unternehmen. In dieser Bemerkung und den sonstigen Angaben des Artikels sah das Schöffengericht die Absicht der Verhöhnung und verurteilte dies unter der Firma „Grober Unfug“.

Tagegen legte Klübs Verweisung ein, ebenso aber auch der Amtsanwalt, dem die Strafe noch nicht hoch genug war. Die Strafkammer verwarf beide Verurteilungen, obwohl entgegen der Voraussetzung des Schöffengerichts noch festgestellt wurde, daß die Schutzvorrichtung an der Maschine, an der der Unfall passierte war, ungenügend war.

In der Begründung des Urteils wurde betont, daß besonders die Worte vorder kapitalistischen Presse und vom Schlachtfeld der Arbeit auf die Absicht des Angeklagten schließen ließen, die Sensationslust zu befriedigen. Diese Sensationslust des Redacteur des Arbeiterblatts auf längere Zeit zu vergällen, sei eine so erhebliche Strafe am Platz. Die Einwendung des Angeklagten, daß eine tatsächliche Beunruhigung des Publikums oder nur eines Teils desselben nicht eingetreten oder mindestens nicht nachgewiesen sei, wurde mit einem Hinweis auf ein Reichsgerichtsurteil abgethan, wonach auch eine Verletzung des Publikums genügt, um groben Unfug festzustellen. Diese Verletzung sei dadurch gegeben, daß Arbeiter sich veranlaßt fühlen könnten, in einer Fabrik nicht mehr Arbeit anzunehmen, in der die Schutzvorrichtungen nicht in Ordnung sind. Es fehlt eine Auseinandersetzung darüber, ob die Arbeiter oder der Fabrikant belästigt worden sein sollen durch die wahrheitsgemäße Mitteilung, daß die Schutzvorrichtungen nicht in Ordnung waren.

Dieses Urteil scheint uns die merkwürdigste Anwendung des Groben Unfugsparagrafen zu sein, die bisher vorgekommen ist.

Der Streik der Schriftsetzer

in der „Leipziger Volkszeitung“

gibt der bürgerlichen Presse, wie nicht anders zu erwarten war, Anlaß zu häßlichen Bemerkungen, die darauf hinauslaufen, daß socialdemokratische Theorie und Praxis bei diesem Konflikt wieder einmal in scharfen Kontrast stehen. Wer die Angelegenheit objektiv beurteilt, kann zu einer solchen Schlussfolgerung nicht kommen, dazu ist die Ursache der Differenzen nicht bedeutungsam genug. Wir hätten nur im Interesse beider Teile gewünscht, daß der Konflikt überhaupt auf gültigen Wege beigelegt wäre. Allerdings wer da weiß, welches Verhältnis zwischen dem Buchdrucker-Verband und der „Leipziger Volkszeitung“ seit Jahren bestand, dem wird manches in diesem Streik erklärlich werden.

Wegen gleicher Anforderungen könnte in einem bürgerlichen Geschäft wohl kaum ein Streit entstehen, weil die Gehilfen solche Anforderungen dort nicht stellen würden; und wir möchten die Verleger der Blätter, die sich über den Verlag der „Leipziger Volkszeitung“ entrüsten, sehen, wenn ihnen vorgeschrieben würde, sie sollten bei überflüssigem Personal nur immer die „Jüngsten“ entlassen.

Trotz dieser Erwägungen bleibt die Frage offen, ob der Konflikt nicht auf andre Art zu lösen war. Die Entscheidung der Parteien, die in dem gewissen Sinne Interessenten an dem Unternehmen sind, dürfte nicht in letzter Instanz maßgebend sein. Die Arbeiterbewegung hat gewerbliche Institutionen geschaffen, die wir nicht übergehen dürfen. In der Frage konnte der Tarifauschuss um ein Urteil angegangen werden. Obwohl diese Körperschaft nur für Tarifstreitigkeiten zuständig ist, würde sie gewiß dennoch in der Frage, wenn sie um ein Urteil angegangen wäre, eine Entscheidung gefaßt haben. Es ist ferner das Gewerbegericht vorhanden, dem die Entscheidung als Einigungsamt anheimgegeben werden könnte. Wir sind doch zunächst dazu berufen, solche Institutionen zu benutzen, und ihrem Urteil hätte sich der Verlag der „Leipziger Volkszeitung“ fügen müssen. Wirklich zwingende Gründe, von der Anciennität bei der Entlassung überflüssiger Kräfte ihres Personals abzugehen, hat der Verlag der „Leipziger Volkszeitung“ nicht gebracht; sind solche Gründe vorhanden, was ja von Fall zu Fall zu prüfen ist, dann wären sie gewiß von den beiden Institutionen, die wir erwähnten, gemeldet worden und sicher bei der Entscheidung von Einfluß gewesen. Hätte aber das Gewerbegericht oder Tarifamt die Schriftsetzer mit ihren Anforderungen abgewiesen, dann wäre der Sache ein anderer Rückhalt gegeben, als wenn nur die Interessenten entscheiden.

So selbstverständlich wir es finden, wenn in unfern Parteigeschäften Leute gehalten werden, die in bürgerlichen Geschäften gemahregelt werden, vorausichtlich nirgends eine andre Beschäftigung erhalten würden, so befremdlich wäre es für uns, wenn, wie von den Ausständigen vielfach behauptet wird, in einem unfer Parteigeschäfte die politische Thätigkeit, eine geringe oder keine Leistung für die Partei entscheidend oder mitbestimmend für die Entlassung wäre.

Der Konflikt hat unter den Buchdruckern die heftigste Erregung hervorgerufen und zu welchen weit über das Ziel schießenden Angriffen und Beleidigungen schließlich die Erörterung ausartet, das bezeugt der nachfolgende Bericht des Leipziger Ortsvereins der Buchdrucker, den wir ohne Kommentar zum Abdruck bringen.

Der Konflikt in der „Leipziger Volkszeitung“

bildete das Thema einer am Montag nach dem Kristallpalast zu Leipzig einberufenen Mitglieberversammlung des Verbands der Buchdrucker. Der Vorsitzende des dortigen Vereins, Herr Engelbrecht, hatte hierzu das Referat übernommen. Den Grund des gegenwärtigen Zwistes führt Redner auf die Gründung der Buchdrucker-Gewerkschaft zurück. Redacteur Pölsinger soll in einer früheren Buchdruckerversammlung gesagt haben, daß das Verbandsmitglied Riedel nur das Snodenbrot in der „Leipziger Volkszeitung“ erhalte; schon aus diesem Grunde könne kein Mensch glauben, daß die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ von der jetzigen Kündigung keine Kenntnis gehabt hätte. Daß es so kommen mußte, habe man schon lange vorausgesehen. Die Verwirrung über die Kündigung von zwei Älteren, bereits 6 Jahre im Geschäft thätigen Arbeitern sei aber gesteigert worden durch die Kerkerung, die der Geschäftsführer Heinisch einem der Bekümmerten gegenüber gebraucht habe; ihm sei berichtet worden, daß der Betreffende nicht mehr für die Partei thätig sei. Die von den Arbeitern gewählte Kommission habe der Geschäftsleitung die Richtigkeit dieser Gründe vorgehalten, weil man den Arbeitgebern kein Recht einräumen könne, die Thätigkeit des Arbeiters außerhalb des Geschäfts zu beurteilen. Wenn der Arbeiter für die Partei thätig ist, so sei das sein freier Wille. Was würde man sagen, wenn die Arbeiter der „Leipziger Zeitung“ verpflichtet würden, für den konservativen Landtagskandidaten Flugblätter zu verteilen. Die Leitung der Buchdrucker habe sich anfangs sehr zurückhaltend gezeigt und um den Konflikt nicht mit Gewalt zum Austrag kommen zu lassen, sei man sogar persönlich in Berlin beim Verbands-, sowie beim Parteivorstand vorstellig geworden. Das Parteivorstandsmitglied Auer habe sich erst nicht geneigt gezeigt, hier einzugreifen und habe seine Leipziger Parteigenossen dahin gekennzeichnet, daß doch die Leipziger bekannt sind und sich nicht werden hineinreden lassen. Weibel habe die Sache richtig aufgefaßt; nach seiner Meinung war ein sofortiges Eingreifen Pflicht des Parteivorstands. Trotzdem sich nun der Parteivorstand verließ nach Leipzig wandte und obgleich noch von anderer Seite der Versuch einer gütlichen Regelung unternommen wurde, sei die Geschäftsleitung der „Leipziger Volkszeitung“ nicht von ihrem Standpunkt abgegangen. Das Blatt an den Anschlagtaulen habe zwar auch unter den Mit-

gliedern einige Entrüstung hervorgerufen, aber es sei keine Ursache mehr vorhanden gewesen, schontend vorzugehen. Die Verbänder müssen stets daran glauben, wenn Reghäuser oder ein anderer auf die Angriffe gewisser Schmierfinken etwas temperamentvoll antwortete. Die Bewegung wird für die „Leipziger Volkszeitung“ noch sehr üble Folgen haben. Wie weit es mit der Gewerkschaft gekommen sei, zeige sich darin, daß heute 21 zielbewusste Gewerkschaftler die Arbeit aufgenommen haben. (Rufe: Fluß!) Aus letzterem Grunde werden sich die Verbandsmitglieder die Frage vorlegen müssen, ob sie in andren Druckerien noch mit diesen Leuten zusammen arbeiten wollen. Ein Verbandsmitglied kann unter solchen Umständen nicht mehr Abmunt der „Leipziger Volkszeitung“ sein (Rufe: Bravo!), aber auch unter nahestehenden Fremden und Verwandten ist dahin zu wirken, daß die „Leipziger Volkszeitung“ eine ihm würdige Aufgabe erhält. (Lebhafter Beifall.)

Vogel, der am Konflikt beteiligt ist, berichtet, daß es ihm als alten Parteigenossen nicht leicht gefallen sei, die Arbeit mit einzustellen. Die Aktion sei nicht von den Buchdruckern, sondern von der Parteileitung vorbereitet gewesen. So habe ein Mitglied der Parteileitung ihm gegenüber geäußert: es sei Zeit, daß die Verbandsmitglieder herauskämen, weil sie sich an der Parteithätigkeit nicht beteiligen. Das Endziel sei: raus mit den Verbändlern und rein mit den Gewerkschaftlern. Die Redaktion habe sich bisher bis zur Erörterung der Frage herumgedrückt, ob der Grundlag, nach dem die Entlassungen vorgenommen sind, richtig ist. Schoenlant habe sich für diesen Grundlag ausgesprochen und die Vorschläge des Redners zu Falle gebracht.

Döring ist wohl mit dem Vorgehen im allgemeinen einverstanden, kann aber in verschiedener Hinsicht den Standpunkt der Leipziger Buchdrucker nicht teilen. Man möge abwesende Personen nicht angreifen. (Gelächter. Rufe: Schluß!) Die Kollegen haben ihre Schuldigkeit gethan.

Reghäuser, mit allgemeinem Wohl empfangen, bestritt gleichfalls, daß die Aktion seitens der Buchdrucker vorbereitet sei. Schoenlant wolle die Gewerkschaftsbewegung der Partei bedingungslos unterordnen, er trage die Schuld an der Behandlung, die den Buchdruckern durch die Arbeiterhaft zu teil wird. Seine Auffassung über den Konflikt will der Redner in der nächsten Nummer des „Korrespondent“ niederlegen. Die Buchdrucker würden von ihrer Macht derartig Zeugnis ablegen, daß denen, die die Veranlassung hierzu gegeben haben, für immer die Lust vergehen soll. Wenn die Frage der Anciennität, wie gesehen, als unbedeutend bezeichnet werde, so wird das Unternehmertum die Konsequenzen daraus ziehen. Mit schuldähnlicher Schuld habe sich die Leipziger Arbeiterschaft leiten lassen, aber die Vera Schoenlant-Pölsinger sei am Ende und jetzt gäbe es keine Rücksicht mehr.

Tanneberger will seine gegenteilige Meinung zum Ausdruck bringen. Obwohl Gegner der Gewerkschaft, so könne er doch das Vorgehen nicht guthießen. Nach seiner Meinung liege der eigentliche Grund des Konflikts in der Ausschließung guter Mitglieder aus dem Verbands, deshalb müsse die Frage nach der Taktik der Verbandsleitung beurteilt werden. Er wolle nicht beschuldigen, aber man sei hier gegen ein Geschäft vorgegangen, das den Tarif bezahlt und seinen Arbeitern eine Reihe Vergünstigungen gewährt. Durch das Vorgehen werde mit Existenzen ein freches Spiel getrieben, gegen andre Geschäfte und gegen Faktoren handle die Verbandsleitung vorfichtig.

Der Vorsitzende sucht das letztere zu widerlegen. Durchschnittlich könne die Arbeitszeit in der „Leipziger Zeitung“ günstiger bezeichnet werden als in der „Leipziger Volkszeitung“. Reghäuser müsse er trotz aller Angriffe als seinen Freund bezeichnen.

In ähnlichem Sinne äußerten sich noch Gähler und Vogelnitz.

Niedel bezeichnet es als den Ueberflus der Heuchelei, wenn man jetzt in den eignen Reihen die Buchdrucker beschuldigen will. Seit Jahren habe man schamlos gegen die Buchdrucker gewühlt, da könnten diese unmöglich Lust zur Parteithätigkeit empfinden. Man kann wohl Existenzen vernichten, aber nicht unsere Nacken beugen.

Gegen 7 Stimmen wird hierauf beschlossen, daß die Vertrauensleute beim Parteivorstand den Ausschluß der Mitglieder Heinisch, Schneider und Hüttig beantragen.

In einer von Reghäuser eingebrachten Resolution wird den Ausständigen vollste Chapatie ausgesprochen und die Zumutung der Leipziger Parteileitung, die Einstellung und Entlassung von Parteithätigen abhängig zu machen, entschieden zurückgewiesen, weil diese mit der Selbstständigkeit des Einzelnen unvereinbar ist. Durch die Unzugänglichkeit der Geschäftsleitung sei der Kampf zur Pflicht geworden, umso mehr, als das Organ der Leipziger Arbeiter von Streikbrechern hergestell werde. Vom Kampfe soll nicht eher Abstand genommen werden, als bis die Streikbrecher durch organisierte Arbeiter ersetzt sind.

Diese Resolution wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Ferner wird der Vorstand noch ermächtigt, den Ausständigen die weitgehendste Unterstützung zuzusichern.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Zustand der Arbeiter der Firma Gebr. Rothmann ist beendigt. Die Lohnabzüge sind zurückgenommen. Der Zustand in der Maschinenfabrik A. G. A. Lehmann in Borschau dauert unverändert fort. Seitens der Berliner Kinnemänner wird jetzt versucht, die Firma mit Arbeitswilligen zu versehen. Wir erwarten, daß alle Kollegen derartige Angebote energisch zurückweisen.

Die Hegererei vormalig Wolf u. Reimel in Halle a. S. ist für Formner und Sichererarbeiter gesperrt. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbands.

Deutsches Reich.

Tarifvereinigung Leipziger Cigarrenfabrikanten. In Leipzig hat sich eine Vereinigung von Cigarren-Kleinfabrikanten gebildet, die mit ihren Arbeitern einen Minimallohn von 9 M. pro 1000 Cigarren sowie Anerkennung der Organisation derselben vereinbart haben und nun bezwecken, das Publikum, besonders den Arbeiterkonsum dahin zu beeinflussen, daß sie nur Fabrikate von Mitgliedern dieser Vereinigung kaufen. Mitglied kann nach dem Statut nur derjenige sein, der seinen Arbeitern den Minimallohn zahlt, ihnen die Teilnahme an der Organisation nicht hindert und selbst Beiträge für den Tabakarbeiter-Verband und das Gewerkschaftsforum entrichtet. Der Beitrag beträgt pro Mitglied und Monat 3 M. An eine Anzahl von Konsumvereinen, die der Tabakarbeiter-Organisation zugehört hat, sich beim Anlauf von Cigarren nur an solche Firmen zu halten, welche die Minimalforderungen der Arbeiter bewilligen, hat die Vereinigung gemeinsame Musterkollektionen gesandt. An die Leipziger Geschäftsinhaber, welche mit Cigarren handeln, wurde ein Circular verandt mit dem Besuchen, ihren Bedarf nur bei den Mitgliedern der Organisation zu entnehmen. Diejenigen, welche diesem Ersuchen nachkommen, sollen ein Erkennungszeichen für ihr Geschäftslocal erhalten. Die Vereinigung hofft, daß, falls die organisierte Arbeiterschaft sie hierbei unterstützt, bald eine größere Anzahl von Kleinfabrikanten der Vereinigung beitreten und daß die unter den traurigsten Arbeitslöhnen hergestellten Cigarrenfabrikate wenigstens zum Teil vom hiesigen Markt verdrängt werden. Vorsitzender der Vereinigung ist Genosse Schulze, Leipzig-Schönefeld, Leipzigerstr. 34.

Neue Differenzen drohen im Leipziger Buchdrucker-Gewerbe. Die Prinzipale haben ein Mitglied der Gehilfen-Kommission, die nach den Tarifvereinbarungen gebildet wird, abgelehnt. Für ihren Standpunkt machen die Prinzipale geltend, daß das betreffende Mitglied der Gehilfenkommission in einem Schreiben an die Prinzipale sehr verlegende Bemerkungen gebraucht. Die Arbeiter haben in einer großen Versammlung beschlossen, den Vorschlägen der Prinzipale, einen andren Vertreter zu wählen, nicht stattzugeben.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Harburg siegen nach einem und zugehenden Telegramm unter den Arbeitnehmern

Alle sechs Kandidaten der Gewerkschaften. Außerdem gelang es zum erstenmal, auch einen Gewerkschafts-Beisitzer zu wählen.

Der Vorstand und Ausschuss des Vereins deutscher Schuhmacher haben im „Schuhmacher-Fachblatt“ folgendes bekannt gemacht:

„In der am 17. Oktober 1900 stattgefundenen Sitzung des Vorstandes, an welcher auch der Vorsitzende des Ausschusses, Kollege R. Weise, teilnahm, wurde beschloffen:

Nachdem es dem Kollegen J. Siebert, zweiten Vorsitzenden des Vereins, nach wiederholt unternommenen Versuchen nicht möglich ist, seine Tätigkeit im Verein wieder aufzunehmen, so beschließt der Vorstand nach eingehender Erörterung der ganzen Angelegenheit und dem wiederholt dahingehend geäußerten persönlichen Wunsch des Kollegen J. Siebert:

1. Der Kollege J. Siebert wird in Rücksicht auf seine geschädigte Gesundheit pensioniert.

2. Die vom Verein deutscher Schuhmacher an denselben im monatlichen Rate zu zahlende Pension wird — vorbehaltlich des Beschlusses der nächsten Generalversammlung, welche endgültig darüber beschließt — auf 1200 M. pro Jahr, ab 1. November 1900, festgesetzt.

Vorstehender Beschluß wurde einstimmig und im Einverständnis des Kollegen J. Siebert gefaßt; ebenso einstimmig ist der Ausschuss des Vereins demselben beigetreten.“

Ausland.

Die österreichischen Gewerkschaftsbeamten und Redactoren der Arbeiterpresse hielten vor einigen Wochen eine Konferenz ab, in der über die Gründung einer ähnlichen Organisation, wie es der deutsche Verein „Arbeiterpresse“ ist, Beratung gepflogen wurde.

Aus Dänemark. Im Jahre 1899 waren von den in Betracht kommenden 100 300 männlichen in Industrie und Handwerk beschäftigten Arbeitern 76 800 — 76,7 Proz. gewerkschaftlich organisiert. In einigen Gewerben, z. B. in den Bauhandwerken, ist der Prozentsatz noch bedeutend höher, bis zu 95 und 96 Prozent. Die Anzahl der in Betracht kommenden weiblichen Arbeiter betrug 83 300, von welchen 7243 gleich 21,7 Prozent organisiert waren.

Auch die See-Arbeiter haben zwei bedeutende Organisationen: den Verband der Heizer mit 1100 Mitgliedern und den Verband der Rattosen mit 1841 Mitgliedern.

Außerdem besteht eine Organisation der ungelerten Arbeiter, welche die Hafenarbeiter, die Hilfsarbeiter in Industrie und Handwerk und einen Teil der ländlichen Arbeiter umfaßt, mit 27 600 Mitgliedern.

In allen Städten und größeren Dörfern sind sowohl die gelehrten wie die ungelerten Arbeiter im Anschluß an die Gewerkschaftsverbände organisiert.

Der Lohn der männlichen Arbeiter ist von kaum 20 Oere im Jahre 1872 auf 85 1/2 Oere pro Stunde im Jahre 1899 gestiegen.

Veranstaltungen.

Ueber die soziale Bedeutung der Hypothekendarlehen sprach in der zweiten wissenschaftlichen Sitzung des Socialwissenschaftlichen Studentenvereins Herr Handelsredacteur Georg Bernhardt. Nach einer längeren Charakteristik des Wesens der Hypothekendarlehen ging der Redner auf ihre Geschichte ein und brachte eine Darlegung der bezüglichen Gesetzgebung. Alsdann folgte eine Kritik der bestehenden Gesetze und eine Schilderung der sozialen Einwirkung der Institute. Redner empfahl schließlich nach Düsseldorf zu reisen, die Uebernahme des Hypothekendarlehen-Geschäfts durch die Stadt. Die Stadt beschloß durch eine Anleihe, event. nach vorheriger Reorganisation des städtischen Anleihewesens, das Kapital für eine zu gründende städtische Hypothekendarlei, die nur amortisierbare Hypotheken ausgiebt zu einem Zinssatz, der nicht wesentlich höher ist, als bei Staatsanleihen üblich. Die Stadt ist mit ihrem Vermögen lastbar, die Zinsen werden zum Teil der Stadt, zum Teil dem Reservefonds ausgezahlt. Die Substitution eines Grundstücks verwandelt sich in einen Vorteil des kommunalen Körpers, indem die Bank es zum niedrigen Substitutionspreis übernimmt, womit es öffentliches Eigentum wird. Die Veranstaltung sollte den Ausführungen des Referenten lebhaften Beifall.

Die deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft (Verwaltungsstelle Berlin) hielt am 21. d. M. die Fortsetzung ihrer am 11. d. M. begonnenen außerordentlichen Generalversammlung ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Unre Agitation, referierte Danneberg. Nachdem eine rege Diskussion über diesen Punkt stattgefunden hatte, wurde nachstehende Resolution angenommen: „Die heutige außerordentliche Generalversammlung ist mit den Ausführungen im Punkt Agitation einverstanden. Sie unterstützt die Ansicht der Verwaltung, Monatsversammlungen sowie Besuche der Nevia abzuhalten, erklärt ferner, in Zukunft mehr sich der Agitation zur Verfügung zu stellen.“ Zum 2. Punkt wurde nachstehender Antrag, welcher nochmals eingehend diskutiert, mit einem Ja-Satz angenommen: „Alle an die Redaktion unserer Zeitung gerichteten Zuschriften, wie: Artikel, Situations- und Versammlungsberichte zum Zweck der Veröffentlichung müssen, soweit einzelne davon nach Meinung des derzeitigen Redacteurs nicht für aufnahmefähig gelten, von diesem an den Obmann der Prekominmission gesandt werden. Dieser hat das ihm überwiesene beanstandete Material in Gemeinschaft der Prekominmissionsmitglieder mit möglicher Hinzuziehung des Redacteurs und Einsehens der Redaktion zu prüfen, um die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Publication in der „Solidarität“ herbeizuführen. In der eventuell erforderlichen Abstimmung darüber sind nur die Prekominmissionsmitglieder zulässig.“ Ja-Satz: Der Redacteur hat den Artikel mit dem Grunde der Ablehnung an den Antragsteller zurückzugeben.“ — Alsdann wurden noch einige gewerkschaftliche Angelegenheiten erledigt.

Der Verein der Tischler Berlins und Umgegend (Vertrauensmänner-Centralisation) hielt am 18. November bei Thiel, Fruchtstraße, eine außerordentliche Generalversammlung ab. Nachdem über die Aufgaben und Obliegenheiten des Vertrauensmanns genügend diskutiert worden war, wurde Kollege Robert Madau, Siebiger, 11 wohnhaft, einstimmig mit diesem Posten betraut. Kollege Diederich erstattete seinen Bericht über die letzte Gewerkschaftskommissions-Sitzung. Hierauf schritt man zur Statutenänderung. Die von der Siebiger-Kommission vorgeschlagenen §§ 3, 8a und 7a wurden einstimmig angenommen. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, daß jeder arbeitslose Beitragsnehmer pro Jahr abend 50 Pf. Entschädigung erhält. Nachdem noch verschiedene Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung gefunden, folgte Schluß der Versammlung.

Eine Mitgliederversammlung des Verbands der Schneider (Zentrale Berlin) tagte am 20. November im Luisenstädtischen Konzerthaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Mitglieds Schacht in der üblichen Weise. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer Haack den Kassierenbericht vom 3. Quartal. Demnach wurden 4191,54 M. vereinnahmt. Die Ausgaben betragen 4150,22 M., so daß für das 4. Quartal ein Bestand von 41,32 M. verbleibt. Die Lokal-Kasse hatte inkl. eines Bestands von 5188,96 M. vom 3. Quartal eine Einnahme von 7881,12 M. zu verzeichnen; die Ausgaben betragen 7841,98 M., bleibt ein Bestand von 5669,14 M. Für die Ortsverwaltung gab der Bevollmächtigte Ritter den Jahresbericht. Es haben stattgefunden 12 Verbandsversammlungen, 4 Bezirks- und Gewerkschafts-Delegiertenversammlungen, sowie 6 größere Sitzungen der Zahlstellen-Bezirks- und Bezirks-Kassierer. Die Ortsverwaltung selbst hielt 107 Sitzungen ab, wovon die meisten infolge der stattgefundenen Lohnbewegung in das I. und II. Quartal dieses Jahres fielen. Redner beklagt in seinen weiteren Ausführungen die große Fluktuation im Mitgliederbestand. Durch den Tod verlor die Zentrale neun Mitglieder. Die Mitgliederzahl hat sich um nahezu 100 Proz. erhöht und ist zu erwarten, daß der jetzige Bestand erhalten bleibt. Bei der hierauf er-

folgten Neuwahl der Ortsverwaltung wurden Käsch als 1., Ritter als 2. und Kottsch als 3. Bevollmächtigter gewählt. Als Revisoren bestimmte die Versammlung Hrl. Grünberg, Meister und Schreckling. Als 3. Punkt stand die Wahl je einer Kommission für die Herrenkonfektion und die Militärbranche auf der Tagesordnung; in erstere wurden gewählt Panzeram, Trippl, Langner und Fischer, in letztere Danzig, Teglass, Post, Werner und Langer. Hierauf erfolgte nach Mittelung einiger untergeordneter Sachen Schluß der Versammlung.

Die Filiale des Verbands der Graveure und Eisenreue hielt am 20. d. Mts. eine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Wie in beiden vorangegangenen Versammlungen, so wurden auch diesmal das Ueberstunden-System und die arge Nöthstände der Hausarbeit kritisiert. Sämtliche Redner waren darin einig, daß diese Uebel nur durch eine stramme Organisation auszurotten sind und wurde folgender Antrag des Kollegen Leidner mit großer Majorität angenommen:

„In Erwägung, daß die Ueberstunden- und Heimarbeit in unserem Beruf die Erreichung besserer Arbeitsbedingungen, insbesondere eine Verkürzung der Arbeitszeit erschwert oder illusorisch macht, beschließt die Versammlung der Filiale Berlin: 1. Die Veseitigung der Heimarbeit und die Verminderung der Ueberzeitarbeit in den Werkstätten auf das geringste Maß ist, neben der neunständigen Arbeitszeit, vor allen andren Forderungen anzustreben. 2. Jedes Verbandsmitglied, das der Heimarbeit und Ueberstunden-Arbeit freiwillig Vorschub leistet, ist aus dem Verbands auszuschließen. 3. Die Untersuchung ihrer bekannt werdender Fälle hat die örtliche Verwaltung zu führen und der Mitgliederversammlung dementsprechend Anträge zu unterbreiten.“

Selbiger Antrag wurde dem Centralvorstand zur Begutachtung überwiesen. Neu hinzugekommen sind 10 Kollegen.

Der Unterfütterungsverein der Kupferschmiede Deutschlands (Zentrale Berlin) hielt am 17. November im Gewerkschaftshaus seine Monatsversammlung ab. Außer den Vorstehern zur gesamten Vorstandswahl stand die Fortsetzung der Beratung über die zur Generalversammlung in Magdeburg zu stellenden Anträge auf der Tagesordnung. Angenommen wurden folgende Anträge: 1. Die Reise- und Ortsunterstützung gleich zu stellen, desgleichen die Karenzzeiten. Ausnahmen sollen gemacht werden bei den Ausgerufenen, die bei Reise-Unterstützung keine Karenz durchzumachen haben, wenn sie innerhalb vier Wochen dem Verein beitreten. 2. Die Sätze für Arbeitslosen-Unterstützung stufenweise einzuführen und zwar 6 M. bei einjähriger, 7,50 M. bei dreijähriger und 9 M. bei fünfjähriger Mitgliedschaft. 3. Die Streik-Unterstützung auch über die zehnte Woche zu gewähren. 4. Die Gehälter des Centralvorstands zeitgemäß zu erhöhen. 5. Der Ausschuss darf sich nicht am Sitz des Centralvorstands befinden. 6. Bildung von Provinzialverbänden zur Agitation für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. 7. Die Entschädigung der Filialen für Agitation, Mäherewaltung usw. von 10 auf 20 Proz. der Einnahme zu erhöhen.

Der Allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnenverein Berlins und Umgegend hielt am Dienstag, den 20. d. M., seine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher die Kassierer Keller die Abrechnung vom 3. Quartal gab. Die Einnahme betrug während dieser Zeit 108,40 M., die Ausgabe 91,25 M. Mit dem Bestand vom zweiten Quartal verbleibt am 1. Oktober ein Kassierenbestand von 820 M. Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde die Frage erörtert, wie stellen sich die Kollegen zur Einführung des Streikfonds? An der Diskussion beteiligten sich Weise, Post und Keller. Nach längerer Debatte wurde der Betrag zum Streikfonds für jedes Mitglied auf 20 Pf. pro Monat festgesetzt. Alsdann wurden noch einige kleinere Vereinsangelegenheiten verhandelt.

Schöneberg. Eine von dem Vorstand des Mietvereins am 23. d. M. im Klubhaus einberufene Versammlung sollte dazu dienen, die Schöneberger Arbeiter als Mitglieder für diesen seit wenigen Tagen bestehenden Verein zu gewinnen. In längerer Ausführungen vertrat der Vordenkreditor, Herr Dr. Maurenbrecher, den Nachweis zu führen, daß durch den Zusammenfluß aller Mieter, hauptsächlich der kleineren Mieter, man eine Macht bilde, mit der die Hausbesitzer bei den Kommunalwahlen zu rechnen hätten. Die Vermehrung der Stadtverordneten von 48 auf 60 hänge davon ab, ob die Hälfte aller Mandate zu erlangen, so wäre die Macht der Hausbesitzer gebrochen. Wegen den Versuch, die organisierte Schöneberger Arbeiterchaft zum Beitritt in diesen Verein zu gewinnen, wandte sich Schaubert. Das Flugblatt, welches die Unterschriften des Pfarrers Raumann als Nationalsozialer, eines Vordenkreditors, Konservativen, ja eines Socialdemokraten trage (letztere ohne die Genehmigung des Vereinfassenden), enthalte so etwas wie ein Programm; neben der Erreichung eines Wohnungsnahe weises will man eine Aenderung des Kontrats herbeiführen; hauptsächlich werde aber die Beteiligung an den Kommunalwahlen beabsichtigt. Die Arbeiterchaft könne jedoch nicht mit Leuten zusammengehen, die bei jeder Gelegenheit beweisen, daß sie arbeiterfeindlich sind. Die Socialdemokratie ist die einzige Partei, die ernstlich gewillt ist, die Interessen der Arbeiterchaft zu vertreten. In ähnlichem Sinne sprachen noch Franzel und ein bürgerlicher Schriftsteller, während Herr Stadtbaurath Lohusen sich dagegen wandte. Recht offenerzig waren die Schlussworte des Referenten. Er selbst unterschreibe die Forderungen Schauberts ohne weiteres; er sei jedoch vom Vorstand beauftragt, im Rahmen des soeben Gehörten zu sprechen und das habe er gethan. Im übrigen könne ja jeder Einzelne seine Sondernähe verfolgen, wie es ihm seine politische Ueberzeugung vorschreibe. Auf die Mitarbeiterschaft der Arbeiter könne man nicht verzichten und er hoffe, daß es doch noch gelingen dürfte, eine Einigung zu erzielen.

Friedrichsfelde. Am Dienstag, den 20. d. M., tagte eine Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins für Friedrichsfelde im Lokal des Herrn Dube an Stelle der uns von der Polizei acht Tage vorher bereiteten Versammlung. Etwa 150 Personen lauschten den Ausführungen des Referenten Schumann über die Organisation der Land- und Fabrikarbeiter. An der Diskussion beteiligten sich Sad, Glawe und Sapin. Das Amt des Vertrauensmanns wurde dem Vorsitzenden des Vereins, Finckler, übertragen, um so ein einheitliches, besseres Arbeiten zu ermöglichen. In die Lokalkommission wurden gewählt: Gronwald, Schönfelder und Riebe. Es fanden eine große Anzahl von Neuaufnahmen statt.

China.

Rudelnanderjagd

hat, darüber kann nun kein Zweifel mehr sein. Amerikas und Australands Haltung das angeblich im Zusammenspiel so treffliche Konzert der Mächte, Deutschlands Dirigententab bringt in die schreiende Disharmonie keine Einheitsmacht mehr. Der amerikanische Gesandte Conger hat von seiner Regierung die Mittelstellung erhalten, daß dieselbe von dem Köpfe der Führer des Aufstands nichts wissen wolle, sie halte vielmehr eine mäßige Entschädigung für eine ausreichende Sühne. Sollten die Mächte wirklich gewillt sein, auf ihren drastischen Maßnahmen gegen China zu bestehen, so könne die Washingtoner Regierung das nur als einen Irrweg ansehen, der die Lage noch mehr verwickeln könnte.

Entschädigungsfrage

sind die Differenzen zwischen Rußland einerseits und Deutschland und England andererseits noch keineswegs beseitigt. Es wurde zwischen den Gesandten nur eine formale Verständigung erzielt, die den Kern der Sache unberührt läßt.

Das Doppelspiel Rußlands.

Nach einer Meldung des „Daily Express“ aus Shanghai wäre die Mehrheit der Mandchu-Beamten auf ihre Posten in Kirin und Mukden zurückgekehrt und dort unter russischem Schutze amlicke thätig.

Die russischen Befehlshaber erteilten ihnen die Versicherung, was immer auch andre Mächte thun sollten, die Partei der Kaiserin werde stets die Hilfe und Unterstützung der Russen genießen. Auch werde systematisch von russischer Seite die Behauptung verbreitet, die Greuelthaten und die Gemehel am Anur und am Sungari seien auf den Befehl des Grafen Waldersee und gegen den Willen der russischen Offiziere ausgeführt worden.

Erkrankung der Kaiserin und Li-Hung-Tschang.

Die „Daily News“ melden aus Shanghai: Lord Li, der sich zur Zeit hier aufhält, erhielt ein Telegramm von Li-Hung-Tschang, in welchem dieser ihm von der Krankheit der Kaiserin Mitteilung macht, ohne jedoch Einzelheiten darüber anzugeben. Der Gouverneur von Scheist hat die Behörden von Kiangsu und Tschelung von neuem aufgefordert, Lebensmittel für den Hof nach Singanfu zu schaffen.

Die „Morning Post“ meldet ebenfalls aus Shanghai: Li-Hung-Tschang ist ernstlich krank, er telegraphierte an seinen Adoptivsohn Li-Ching-Fang, der am Sonnabend nach Tientsin abgereist ist.

Eine Rauferei

ist wieder einmal zwischen den Akasikenten zweier „vereinigter“ Nationen ausgebrochen.

Nach einer Depesche Londoner Abendblätter aus Shanghai kam es dort gestern abend zu einem Zusammenstoß zwischen etwa 80 französischen Soldaten und einer Anzahl englischer Polizisten, bei dem einige Personen verwundet wurden.

Lezte Meldungen.

Köln a. Rh., 27. November. Die „Köln. Ztg.“ erhält ein Telegramm aus Kalan, wonach die Kolonne des Grafen Porz vorfeloßt nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten auf dem Marsche glücklich angekommen und der Gesundheitszustand der Truppen ausgezeichnet ist. Die Voger sowie die kaiserlichen Truppen seien westwärts abgezogen. Damit sei die Jurisdiktion der Chinesen, die westlich von Peking in bedrohlicher Nähe gestanden, also die Sicherung des Gebiets zwischen Peking und der äußeren großen Mauer im Westen gelunzen.

Wien, 27. November. Die „Politische Korrespondenz“ meldet aus London:

Der Verlauf des Gedankenankampfes der Mächte über die Verhältnisse des Pekingter Diplomatencorps läßt eine allgemeine Verständigung voraussehen. Als Basis gelte in diplomatischen Kreisen, daß die Forderung der Todesstrafe für die Mordtäter, bei grundsätzlichem Begehren dieser Strafe als der verschuldeten, nicht in die decision irrevocabile eingereicht werde, ferner daß bezüglich der Entschädigungsfrage den Bedenken wegen der Leistungsfähigkeit Chinas zunächst im Prinzip Rechnung getragen werde, da vorläufig die Grundlagen für die ziffermäßigen Feststellungen fehlen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Krieger in Paris.

Paris, 27. November. (B. S.) Ein Zwischenfall, der ernste Folgen hätte haben können, trug sich heute nachmittags zu. In dem Augenblick, wo die Studenten, etwa 1500 an der Zahl, zum Hotel Scribe zogen und Hochschule auf Krieger ausbrachten, wurden aus einem Fenster des Grand Hotel Kupfermünzen auf die Straße geworfen. Einige Polizisten und Studenten wurden von Geldstücken getroffen. Es entstand ein fürchterlicher Tumult, die Polizei ließ sofort die Fenster des Grand Hotel schließen und verbündete die Kundgeber, in das Hotel einzudringen, während ein Polizeikommissar mit mehreren Polizisten in das Hotel ging, um an Ort und Stelle den Thatbestand festzustellen. Die Spitze des Juges war, wie der Zwischenfall sich zutrug, bereits am Hotel Scribe angelangt, und nur dem sofortigen Empfang der Delegation durch den Präsidenten Krieger war es zu verdanken, daß kein größerer Tumult vor dem Grand Hotel entstand. Die Studenten begnügten sich, bei ihrem Rückzuge vor dem Grand Hotel zu pfeifen und nach der bekannten Melodie das Lied anzuschlagen: „Chamberlain gehört ins Irrenhaus!“ Die Pariser Bevölkerung ist selbstverständlich über diese zweite englische Kundgebung empört. Die Angelegenheit dürfte ein gerichtliches Nachspiel haben.

Ein schöner Trost!

Paris, 27. November. (B. S. W.) Ueber den Empfang des Präsidenten Krieger im Elisee berichtet der „Temps“ folgende Einzelheiten: Präsident Krieger bedachte seinen Dank für die warmen Sympathien aus, die er in Frankreich gefunden hat, sprach von dem ungerechten Kriege, den eine einstmalige liberale Nation gegen ein kleines Volk unternommen, das seine Freiheit gehalten wollte, und schilderte die Greuel des Kriegs, in welchem Gebote der Menschlichkeit nur in den Reihen der Voeren beobachtet worden sein. Als der Dolmetscher diese Stelle der Ansprache überlegte, unterbrach ihn Präsident Loubet mit den Worten, der Krieg sei leider immer brutal. Präsident Krieger erklärte weiterhin, er sei sich der Schwierigkeit seiner Mission vollaus bewußt und hege keine große Hoffnung auf die Hilfe der Menschen, er sei aber davon überzeugt, daß Gott die gerechte Sache nicht verlassen könne. Präsident Loubet, welcher auf das Tiefste bewegt war, versicherte, daß ihn das Unglück des Voerenvolks tief rühre. Der Feldemut, den die Voeren zeigten, sei ein hohes Beispiel und die Voeren könnten in der Bewunderung und dem Mitleid der ganzen civilisierten Welt einen schönen Trost finden.

Frankfurt a. M., 27. November. (B. S. W.) Die die „Zff. Ztg.“ meldet, beschloffen heute in Köln sämtliche beteiligten Stahlwerke vom Niederrhein, von Westfalen, der Saar, der Mosel und von Luxemburg, einen sofort in Kraft tretende auf 3 Jahre abgeschlossenen Verband für den gemeinsamen Verkauf von Trägern und Holzzeug zu gründen.

Wien, 27. November. (B. S. W.) Die Landtage werden innerhalb der Zeit vom 10. Dezember bis zum 17. Dezember zusammentreten.

Wien, 27. November. (B. S.) In Böhmen und Stuppach wurde gestern abend 7 Uhr 30 Min. ein 3 Sekunden dauerndes Erdbeben in der Richtung von Süden nach Norden verspürt.

Konstantinopel, 27. November. (B. S.) Die türkisch-amerikanischen Beziehungen haben sich verschärft. Der amerikanische Gesandte führte auf der Borse eine sehr scharfe Sprache und drohte mit einer Flottendemonstration, wenn nicht sofort die Zahlung der Entschädigung an die amerikanischen Unterthanen erfolgt und die Erteilung der Exequatur an den neu ernannten amerikanischen Konsul in Charput ausgeprochen wird.

Belgrad, 27. November. (B. S. W.) Der ehemalige Minister des Innern in dem Kabinett Giorgiewitsch, Gentschitsch, der am Sonntag eingetroffen war, ist wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch eine seiner Zeit in einem ausländischen Blatte veröffentlichte, den König beleidigende Aeußerung sowie wegen direkter Beleidigung durch zwei den König beleidigende Briefe verhaftet worden. Gentschitsch dürfte auch wegen Veruntreuung von Staatsgeldern verhaftet werden.

London, 27. November. „Evening Standard“ giebt unter Vorbehalt ein Gerücht wieder, wonach eine Verschwörung zur Ermordung Lord Roberts entdeckt worden sei. Etwa 20 Ausländer seien dabei beteiligt gewesen. Die Verschwörer hätten eine Mine gelegt, welche am letzten Sonntag, während Lord Roberts in Johannesburg in der Straße war, aufzulegen sollte. Die Verschwörung sei durch die Wachsamkeit der Polizei und der Schutzwache des Feldmarschalls entdeckt worden. Es heißt, etwa 10 Personen, meistens Italiener, seien verhaftet.

Reichstag.

9. Sitzung. Dienstag, 27. November 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratssitzung: Graf Pofadowsky, Frhr. v. Tschielmann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung der Denkschrift über die Ausführung der seit 1875 erlassenen Anleihegesetz.

Abg. Büsing (natl.) beantragt Absetzung dieses Gegenstands von der Tagesordnung, da sich über die in Amerika aufgenommene 80 Millionen-Anleihe große Debatten entspinnten würden.

Abg. Singer (Soz.) schließt sich im Interesse der Erledigung der Seemanns-Ordnung dem Antrag Büsing an. Der Gegenstand wird abgesetzt.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen wird die erste Beratung der Seemanns-Ordnung fortgesetzt.

Abg. Dr. Lenzmann (fr. Sp.):

Die Vorlage der Regierung ist im ganzen ein durchaus wohlgeordnetes Werk; sie beruht auf den Ergebnissen einer umfangreichen Enquete, die sich durchaus nicht nur an die Reeder gewandt hat. Die Vorlage hätte im wesentlichen drei Aufgaben zu lösen, erstens Sicherung des Schiffs mit seinem toten und lebenden Inhalt, zweitens Förderung der Seeschifffahrt, und drittens Schutz der Schiffsteute. Um diese Zwecke zu erreichen, muß zunächst die Disziplin an Bord unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben, weiter muß die Seeschifffahrt befreit bleiben von jeder kleinlichen polizeilichen Einmischung, und endlich müssen die Grenzen scharf gezogen werden für die Nachbesugnisse der Vorgesetzten. Die wenigen Mängel wird hoffentlich die Kommission beseitigen. So z. B. paßt sich für die Offiziere die Bezahlung der Ueberstunden nicht, darunter leidet nur die Autorität der Offiziere. Es ist angeregt worden, an Bord einen Schiffsrat einzuführen, zu dem auch Arbeitnehmer zugezogen werden. Im allgemeinen kann ich mich dafür erklären, aber dieser Schiffsrat darf nicht gewissermaßen ein Generalstab an Bord werden, der bei jedem kleinen Beschluß gefragt werden muß. — Vor allem müssen wir uns hüten, dem Bundesrat irgend welche Befugnisse zu geben, daß ein Mitglied dieses Bundesrats sich von einer Interessengruppe mit 12 000 M. hat besetzen lassen, müssen wir sehr vorsichtig sein. (Sehr richtig! links.) Ueber das Koalitionsrecht wird sich in der Kommission ein großer Streit entspinnen. Daß auf dem Schiff Volksversammlungen abgehalten werden, verlangen auch die Sozialdemokraten nicht. Es muß aber in den heimischen Häfen den Seeleuten das Koalitionsrecht unbedingt gewahrt bleiben. Daher muß die Bestimmung beseitigt werden, daß es den Leuten, während das Schiff im Hafen liegt, befohlen werden kann, an Bord zu bleiben. Dieser Befehl darf nur ergehen, wenn der Dienst ein solches Verbleiben an Bord unbedingt nötig macht.

Bundesbevollmächtigter für Bremen Dr. Pauli wendet sich gegen die Bemerkung des Vorredners, daß Mitglieder des Bundesrats sich durch Interessengruppen besetzen lassen.

Abg. Schwarz (Soz.):

Die Kommission für die Seemanns-Ordnung wollte eigentlich ihre Arbeit nicht wieder aufnehmen, da sie der Meinung war, das Gesetz würde doch nicht zu Stande kommen. Da wurde vom Reichsamt des Innern der Kommission die Versicherung gegeben, der Staatssekretär lege Gewicht darauf, daß die Kommission weiter arbeite und es könnten die Beschlüsse derselben möglicherweise noch in der neu einzubringenden Vorlage berücksichtigt werden. Erst daraufhin hat die Kommission ihre Arbeiten wieder aufgenommen, und es wäre doch nicht mehr als recht und billig, wenn in dieser neuen Vorlage wenigstens dieser oder jener Beschluß der Kommission enthalten wäre. Das ist nicht geschehen; das ist nur darauf zurückzuführen, daß im Laufe dieses Sommers aus dem Großkreuzerfreien schwere Bedenken bei der Regierung geltend gemacht worden waren. Wenn aber die Regierung auf die Großkreuzerfreie Rücksicht nehmen will, dann halten wir es für das Beste, wenn wir die alte Seemanns-Ordnung behalten. Denn die wenigen Verbesserungen, die in der neuen enthalten sind, werden voll auf aufgewogen durch die vielen Verschlechterungen. Herr Dr. Semler hat gemeint, es müsse geprüft werden, ob die Forderungen der sozialen Fürsorge sich vereinigen lassen mit den realen Verhältnissen. Ja, ist denn die Seemanns-Ordnung eine soziale Fürsorge? Sehen Sie sich doch das Ding an! Es herrschen darin zum großen Teil wahrhaft mittelalterliche Zustände in Bezug auf die Strafbestimmungen usw. Sehen Sie sich die Paragrafen über die Disziplinarstrafe an und die sogenannten Meuterei-Paragrafen. Da fehlen nur noch Galgen, Galgen und Rad und wir haben die Zustände wieder, wie sie vor der Seemanns-Ordnung waren.

Es ist viel von der Sonntagsruhe gesprochen worden. Ich behaupte, daß der übergroße Teil aller Seeleute über-

haupt keine Sonntagsruhe kennt. In den Ostseehäfen zum Beispiel, wo die Louredampfer verkehren, verläßt jeden Sonntag am Nachmittag das Schiff den Hafen, ist also immer am Sonntag in See. So lange die Hochsaison dauert, giebt es für die Seeleute keinen Sonntag. Erst im Herbst, wo der liebe Herrgott den Reedern einen Strich durch die Rechnung macht, da wird den Seeleuten notgedrungen Sonntagsruhe gegeben. In England herrscht strikte Sonntagsruhe, wenigstens war das früher so, und trotzdem sind die englischen Reedereien immer reicher geworden. Wenn die Notwendigkeit sich ergibt, daß das Schiff unter allen Umständen den Hafen verlassen muß, dann wird sich kein Seemann wehren, am Sonntage zu arbeiten. Ebenso verhält es sich mit der Ueberstundenarbeit. Es wäre übrigens gar nicht nötig, daß die Schiffsteute Ueberstunden machen, es sind ja genug Leute am Lande, die gern arbeiten würden. Die Schiffsteute verlangen die Ueberstunden bezahlt und damit zeigen sie, daß sie gar nicht abgeneigt sind, welche zu machen. Auch den Offizieren insbesondere den Steuerleuten müssen die Ueberstunden bezahlt werden, weil sie sonst gar nicht auskommen können. In der kleineren und mittleren Dampf-Schiffahrt müssen die Offiziere von morgens bis abends arbeiten. Nun ist behauptet worden, daß, wenn dies allgemein gemacht werden soll, daß hierin der Grund zu suchen sei, weswegen die kleinen Reedereien nicht bestehen könnten. Das trifft aber nicht zu! Die kleine Reederei geht vielmehr aus ganz anderen Gründen zurück. Ich will dabei auf die Lübeckischen Reedereien zurückgreifen. Lübeck hatte früher einen großen Stapel- und auch einen großen Passagierverkehr. Die Passagierfahrt wurde Lübeck genommen, seitdem Berlin anfang, Weltstadt zu werden. Denn namentlich die reichen Russen, die früher, wenn sie nach Paris reisten, ihren Weg stets über Lübeck nahmen, sie reisen jetzt alle erst nach Berlin. Nachdem nun noch im Anfang der siebziger Jahre der neue Schiffverkehr aufgenommen war, wonach nur Schiffe von 1500 bis 2000 Tons verwendet werden durften, die kleineren Lübeckischen Schiffe also vom Seeverkehr ausgeschlossen wurden, da war es natürlich, daß diese größeren Schiffe gleich den ganzen Handel von Anshand nach Antwerpen usw. vermitteln konnten. Dadurch verlor Lübeck auch seinen Stapelverkehr. Den letzten Rest gab dann Lübeck noch der neue Zollverkehr! So kam es, daß die Lübeckischen Reeder, während sie noch anfangs der 70er Jahre bis in die 80er Proq. hinein Dividende für die einzelnen Schiffe zahlen konnten, jetzt entweder gar nicht oder höchstens nur 4 bis 5 Proq. zu zahlen in der Lage sind. So liegt es auch in den anderen Ostseehäfen mit Ausnahme von Stettin und Danzig. Deshalb also gehen die kleinen Reedereien zurück. (Sehr richtig! links.)

Nun ist weiter gesagt worden, daß die Unternehmung eines Schiffs auf die Seetüchtigkeit durch die See-Vereinsgenossenschaft ausgeführt werden soll! Ja, meine Herren, da sitzen aber gerade die Reeder selbst, also sie würden sich ja selbst beaufsichtigen! (Sehr wahr! links.) Viel ist weiter von der Koalitionsfreiheit gesprochen worden. Man hat gemeint, die Autorität des Kapitäns würde unter der Koalitionsfreiheit der Seeleute leiden. Nun ist es ganz selbstverständlich, daß auch die Koalitionsfreiheit an Bord des Schiffs verlangt. Wir sind auch durchaus davon überzeugt, daß an Bord Disziplin herrschen muß, und schon im Jahre 1898 habe ich im Reichstag gesagt: Der Seemann ist ganz genau davon unterrichtet, daß auf einem Schiffe Ordnung sein muß, und damit, daß man ohne Disziplinargewalt mit einem Schiffe nicht über See kommen kann. Sobald das Schiff den Hafen verlassen hat und sich auf hoher See befindet, ist es von der ganzen übrigen menschlichen Gesellschaft abgeschlossen und bildet ein Ganzes für sich; und da muß Ordnung herrschen. Sie sehen, so denke ich, der ich selbst 30 Jahre Seemann gewesen bin, so denken alle Seeleute; es ist also nötig, wenn hier davon geredet wird, daß die Seeleute die Koalitionsfreiheit nur haben wollen, um die Disziplin an Bord des Schiffs zu lockern. Ich kann es nicht verstehen, wenn Herr Frese hier im Frühjahr einen Paß anführte, wo auf einem Schiff die Seeleute die Arbeit niedergelegt haben sollen, so daß der Kapitän selbst ans Steuer gehen mußte. Das glauben Sie doch wohl selbst nicht, Herr Frese, daß so etwas möglich ist. Wissen Sie denn nicht, daß, wenn man das Steuer verläßt, das Schiff der größten Gefahr ausgesetzt ist? (Abg. Frese: Sehr richtig!) Ja, glauben Sie denn, daß die Leute mit Gewalt ertrinken wollen? Wenn so etwas auf einem Schiffe vorkommt, dann ist das schon Meuterei. Hier uns handelt es sich also vor allem darum, die Koalitionsfreiheit im Hafen zu gewähren; es darf den Leuten nicht verboten werden, am Lande mit ihregleichen zusammen zu kommen und über ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beraten. Nun steht es aber heute im Belieben eines jeden Schiffsführers, den Leuten zu verbieten, an Land zu gehen, ob irgend welche Arbeit vorliegt oder nicht.

Die Vereitigung dieses unhaltbaren Zustands verlangen die Seeleute, weiter nichts! Es müssen Seemannsämter vorhanden sein, in denen Offiziere in Gemeinschaft mit gewöhnlichen Seemannern über vorgekommene Streitigkeiten aburteilen. Auch auf dem Schiff muß ein Schiffsrat vorhanden sein. Herr Lenzmann zeigte seine völlige Unkenntnis der Verhältnisse, indem er erklärte, der Schiffsrat könne nicht, wenn Not an Mann sei, befragt werden.

Es ist von der Tieflabelinie gesprochen worden. Das Schiff soll nicht überladen werden. Soll eine Marke angebracht werden, die angiebt, wie tief das Schiff beladen werden darf, so muß eine besondere Behörde geschaffen werden, die überwacht, daß diese Marke ordnungsmäßig angebracht wird, den See-Vereinsgenossenschaften darf man das nicht überlassen.

Es ist auch wieder dem Jüchtigungsrecht der Vorgesetzten gegenüber den Schiffsjungen das Wort geredet worden. Ich bin der Meinung, daß mit fester Schrift in der Seemanns-Ordnung stehen muß, daß Prügel verboten ist. Man muß bedenken, daß die Schiffsjungen nicht immer 14 Jahre alte Jungen sind, sondern daß sich sehr viel ältere und sogar verheiratete Leute darunter befinden. Unter drakonischen Gesetzen steht der Schiffsmann, aber zeigen Sie mir, was für Strafen gegen die Offiziere festgesetzt sind. Der Kapitän kann gerichtlich bestraft werden, aber man weiß ja, was bei solchen Verhandlungen herauskommt. Der Kapitän geht frei aus, der Seemann wird immer bestraft. In der Seemanns-Ordnung zeigte sich immer der Gedanke: die Schiffsmannschaft ist die Bestie, die muß gebändigt werden. Eine solche Seemanns-Ordnung sollte doch für das 20. Jahrhundert nicht mehr angewendet werden. Ich hoffe, daß sich die Kommission fähig erweisen wird, in der Seemanns-Ordnung diejenigen Bestimmungen zu treffen, die notwendig sind. Thut sie das nicht, so wird unsere Schifffahrt und unser Handel auf das schwerste geschädigt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Raab (Ant.):

Ich will nur auf einige wenige Punkte eingehen. Vor allem ist es widersinnig, daß in einzelnen Fällen eine „freie Vereinbarung“ zugelassen werden soll. Denn ist das Gesetz eben einfach keine Seemanns-Ordnung mehr. Man meint die soziale Stellung der Offiziere verbiete es, daß ihnen die Ueberstunden bezahlt werden. Dieser Ansicht sind aber die Offiziere selber nicht. Herr Dr. Semler hat sich gestern als Freund des Koalitionsrechts bekant. Möge er seinen großen Einfluß auf die Hamburger Reeder geltend machen, die einen wachhaften russischen Ullas erlassen und ihren Offizieren die Zugehörigkeit zu dem durchaus nationalen und nicht sozialdemokratischen Verein der See-Offiziere untersagt haben. Es sind folgende Reedereien: die Hamburg-Südamerikanische Dampfer-Gesellschaft, die Slomanlinie, die Deutsch-Australische Linie, die Linie A. G. de Freya, die Firmen F. Raab und Benl u. Söhne und die Wörmann-Linie. Heben diese Reeder, deren rigorosem Vorgehen sich die Hamburg-Amerika übrigens nicht angeschlossen hat, diesen Ullas nicht auf, dann verlieren sie den letzten Rest Achtung, den sie noch in der Welt haben. Herr Dr. Semler warnt vor einer Schädigung der Reederrei. Nun, jüngst ist ein Großkreuzer in Hamburg gestorben und hat 45 Millionen Mark hinterlassen. Auch dem kleinen Reeder geht es gar nicht so schlecht. — Das Verbot der Sonntagsarbeit würde beweisen, daß uns die religiösen Interessen noch höher stehen als die materiellen. Reeder polemisiert gegen den Abg. Frese, der ähnliche Ausführungen, wie der Abg. Dr. Semler gemacht hat, und betont wiederholt, daß die Tieflabelinie von allen Sachverständigen gefordert werde. Die Furcht vor der Konkurrenz der norwegischen und schwedischen Schiffe, die keine Tieflabelinie haben, ist unbegründet. Sollte diese Konkurrenz wirklich zu merken sein, so können wir es so machen wie die Engländer und einfach die zu tief beladenen Schiffe nicht in unsere Häfen lassen. (Beifall.)

Staatssekretär Graf Pofadowsky:

Es ist getadelt worden, daß die Regierungsvorlage die Kommissionsbeschlüsse unberücksichtigt gelassen hat. Diese Beschlüsse waren aber nur vorläufige. Wenn man sie nicht berücksichtigt hat, so liegt darin nicht daß die Regierung allen diesen Beschlüssen ablehnend gegenübersteht. (Hört! links.) Hätte man sie berücksichtigt, so wäre dadurch die sofortige Einbringung der Vorlage bei Beginn der Session nicht möglich gewesen.

Es sind gegen die See-Vereinsgenossenschaft viele Vorwürfe erhoben worden. Demgegenüber muß ich diese Genossenschaft doch in Schutz nehmen. Sie hat bei der Ueberwachung der Schiffe durchaus ihre Pflicht getan. Auch in Bezug auf die Tieflabelinie hat die See-Vereinsgenossenschaft beschlossene eine Ueberwachung des Tiefgangs der Kauffahrtschiffe einzuhalten zu lassen. Auch in Bezug auf die Besatzungsfrage ist ein Beschluß der See-Vereinsgenossenschaft gefaßt worden; ihre Vorschriften deren sich aber die Besatzungszahl fast vollständig mit der bestehenden englischen.

Hamburger Bundesbevollmächtigter Dr. Durhard:

Herr Lenzmann hat davor gewarnt, dem Bundesrat den Erlaß von Ausführungsbestimmungen in einzelnen zu überlassen. Gewiß ist dieses Haus voll berechtigt, z. B. anzuzweifeln, daß eine Vorlage, die der Bundesrat bringt, opportun ist und ähnliches, aber ich meine, die Integrität des Bundesrats — ich spreche nur vom Bundesrat als solchem — muß selbstverständlich über jeden Zweifel erhaben sein.

Herr Raab sagt in seinem Buch: Inwiefern dabei die Reeder beteiligt sind, weiß ich nicht; ich denke mir aber mein Teil. (Weiterkeit.) Die Hamburger Polizeibehörde aber sagt amtlich, daß kein

besondere Genugthuung darüber aus. Grundsätzlich Neues über den nun mehr als fünf Jahre von uns geschiedenen Engels sagen die folgenden Briefe freilich nicht. Aber sie zeigen ihn uns in seiner ganzen Bedeutung und lassen uns erkennen, wie viel wir an ihm verloren — nein, wie viel wir an ihm befehen haben und noch befehen.

Hier noch einige Sätze aus der französischen Vorrede:

Wie man sehen wird, ist der erste der Briefe, die mir Engels mit Bezug auf die Streitigkeiten der französischen Sozialisten schrieb, eine Antwort auf eine von mir gestellte Frage. Es war im Oktober 1881, als ich von Benoist Malon, der damals aus Anlaß des Churer sozialistischen (Welt-) Kongresses in Zürich weilte, die ersten genaueren Mitteilungen über die Verhältnisse in der kurz vorher erst gegründeten sozialistischen Partei Frankreichs erhielt. Malon war in höchster Erregung, und alle meine Bemühungen, ihn ruhiger zu stimmen, schlugen fehl. Seinen Anschuldigungen wider Marx und Engels und deren Freunde in Frankreich konnte ich ja auch nur eine mildernde Auslegung der Thatsachen entgegenhalten, auf die er sie gründete, da ich die Thatsachen selbst oder, was er für solche hielt, nicht wiederlegen konnte. Ich entschloß mich daher, an Engels selbst zu schreiben. Ich erhielt eine sehr eingehende Antwort und von Zeit zu Zeit noch weitere Briefe über die französischen Vorgänge. . . .

Wenn ich die Namen unterdrückt und durch Zeichen ersetzt habe, so ist das mehr eine Sache der Form als von faktischer Bedeutung. Nichts liegt mir ferner als vorzugehen, daß sie deshalb unbekant bleiben würden. Ich weiß sehr wohl, daß wer nur ein wenig über die betreffenden Vorgänge unterrichtet ist, auch schon wissen wird, wer in jedem Falle gemeint ist. Aber ich will alles vermeiden, was dieser Veröffentlichung einen persönlichen Charakter geben könnte. . . .

Und nun endlich zu den Briefen selbst.

1. London, 25. Oktober 1881.

. . . Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, daß Sie an mich in der Angelegenheit der „Egalité“ geschrieben haben. Abgesehen von dem Punkt, um den es sich handelt, giebt dies mir Gelegenheit, Ihnen auseinanderzusetzen, was Marx und damit in zweiter Linie

Aus Briefen von Friedrich Engels.

Zum 28. November.

Vorbemerkung. Angeregt durch verschiedene Vorkommnisse auf dem Pariser Internationalen Sozialistenkongress und dem im Anschluß an ihn abgehaltenen Nationalkongress der französischen Sozialisten, habe ich im „Mouvement Socialiste“ einige Auszüge aus Briefen veröffentlicht, die Friedrich Engels mir in den Jahren 1881 bis 1883 zulummen ließ. Wenn die Veröffentlichung in erster Reihe die Meinungsverschiedenheiten unter den Sozialisten Frankreichs im Auge hatte, so haben die Briefe selbstverständlich auch für die Sozialdemokratie anderer Länder, und insbesondere Deutschlands, ihr großes Interesse. Sie sind indes hier nur erst teilweise bekant geworden und dies in Rücksicht auf die Originalität der Briefe, während sie selbstverständlich im Original deutsch geschrieben sind. Es ist aber unvermeidlich, daß wenn Schriftstücke eine doppelte Uebersetzung hinter sich haben, manches etwas anders herauskommt als es ursprünglich lautete. So scheint es mir kein unwürdiger Tribut an das Andenken dieses großen Denkers, an dem Tage, wo er seinen achtzigsten Geburtstag gefeiert hätte, die in französisch bekant gegebenen Bruchstücke nun auch in seiner eignen Sprache zu publizieren.

Warum es nur Bruchstücke sind, ist ebenfalls im weiter unten Folgenden dargelegt. Hier nur noch eine Bemerkung. Es ist mir von einem französischen Freunde, der der Arbeiterpartei Guedistischer Richtung angehört, brieflich ein Vorwurf aus dieser fragmentarischen Veröffentlichung gemacht worden. Sicher enthielten, meinte er, die betreffenden Briefe auch Stellen, welche für diese Partei sprächen, die veröffentlichten Stellen aber richteten offenbar ihre Spitze gegen die Partei, deren Hauptführer Jules Guesde ist. Die einen ohne die andern zu geben, sei daher unfair gegen diese Partei.

Ich habe darauf zu erwidern, daß die betreffenden Briefe nicht nur „auch“ Stellen enthalten, die für Guesde und seine Freunde sprechen, sondern daß sie sogar, wie dies auch einige der von mir citierten Stellen deutlich erkennen lassen, vorzugsweise zur Rechtfertigung geschrieben wurden. Aber die Punkte, um welche es sich bei der Rechtfertigung handelte, sind teils heute endgültig erledigt und betreffen andererseits Personenfragen, die aufzuklären mir aus den verschiedensten Gründen unangezeigt erschienen. Der Gedanke, daß ich irgend einer Sektion der französischen Sozialdemokratie zu nahe treten könnte, hat mich beim Entscheid der Frage, ob ich den Brief im Auszug oder gar nicht veröffentlichen sollte, zwar

auch beschäftigt, aber nicht lange gequält. Viel eruster war für mich die Frage, ob es Engels gegenüber recht behandelt sei, wenn ich seine Briefe so nach eigenem Gutdünken bruchstückweise herausgebe. Bei Stellen, wo mir dies zweifelhaft erschien, habe ich denn auch thatsächlich die Veröffentlichung unterlassen. Dagegen glaube ich die Verantwortung der Bekantgabe der hier folgenden Stücke mit gutem Gewissen übernehmen zu können. Bei der Gestalt, die der Streit zwischen den französischen Sozialisten anzunehmen drohte, erschien es mir von Wichtigkeit, zu zeigen, welches, abgesehen von Personenfragen, die Stellung von Engels und damit auch Marx zu dem Vorgänger dieses Streits war. Es handelt sich nicht um eine Klarlegung ihrer Auffassung vom allgemeinen Charakter der sozialistischen Bewegung — da würden die Briefstücke allerdings ein einseitiges und darum auch falsches Bild geben —, sondern um ihre Stellung zu ganz bestimmten Spezialfragen. Für mehr als Aeußerungen über solche gebe ich die Briefstücke nicht, soweit aber sind sie auch, was die prinzipielle Seite der Fragen betrifft, durchaus in sich abgeschlossen. Der entscheidende Gedankengang tritt überall in voller Klarheit und Bestimmtheit hervor.

Was Engels' Urteile über die prinzipiellen Seiten tallischer Fragen anbetrifft, so kann sich keine Sektion der Arbeiterpartei über deren Veröffentlichung beschwert fühlen. Es steht jedem frei, so viel oder so wenig davon anzunehmen, als ihm nach seiner Ueberzeugung angezeigt erscheint. Nur wird er gegebenenfalls sich nicht auf die Altmeister zu berufen, sondern eben seine eigenen Gründe darzulegen haben, und das wird keinem, der von der Tristigkeit seiner Gründe überzeugt ist, schwer fallen.

Damit genug hierüber. An zwei Stellen gebe ich den Text in Deutsch etwas ausführlicher als im Französischen. Es betrifft dies den Brief vom 22. Februar 1882, der keine Parteihandlung, sondern die Frage der Vallanflaven und die Stellung der Sozialdemokratie zu deren nationalen Bestrebungen betrifft. Ganz kann ich den Brief freilich auch hier nicht geben, da er verschiedene, auch Tagesvorgänge zc., Stellen enthält, die ohne Kommentar dem meisten Lesern des „Vorwärts“ unverständlich bleiben würden. Denehin war es nicht möglich, die Briefe ganz ohne erklärende Zusätze in die Welt zu schicken. Ich gebe die Erklärungen, die mir unbedingt geboten scheinen, teils in Fußnoten, teils in Zwischenfäße im Text.

Es hat mir immer als eins der unangenehmsten Mittel erschienen, das Gedächtnis eines bedeutenden Mannes zu begeben, ihn in seinen eignen Worten zu uns sprechen zu lassen — womöglich in solchen, die vordem entweder unbekant oder ungewürdigt waren. Als ich dies einmal mit Bezug auf Marx that, drückte mir Engels brieflich seine

Flucht Luppas

annehme, drückt der Zeuge die Vermutung aus, daß Luppas wohl geflohen sein mag, weil er mit den Maßnahmen in Bezug auf die „Post“-Artikel in Verbindung gebracht wurde. — Weiter wird der Zeuge von den Verteidigern befragt, ob er Herrn Sternberg als engberzig in Geldsachen kennen gelernt habe. Der Zeuge verneint diese Frage. Er kenne den Angeklagten in finanzieller Hinsicht als sehr liberalen Mann, der vielfach ausgebeutet werde. Ein großer Teil der Geschäftsgleiten gegen Sternberg rühren wohl daher, daß wenn Herr Sternberg diese Ausbeutungsmittel merkte, er sehr abweisend war. Der Almosen-Etat des Herrn Sternberg betrage nach Mitteilung der Ehefrau desselben jährlich 30—40000 M. Er habe Herrn Sternberg stets als einen Mann von außerordentlich fähigen Ueberlegung kennen gelernt.

Sternberg als Socialreformer.

Auf weiteres Befragen der Verteidigung bekennt der Zeuge, daß Herr Sternberg öfter mit ihm über die Anlage seines Vermögens gesprochen und dieser ihm große sociale Pläne entwickelt habe, die sich beispielsweise auf eine ausführliche Fürsorge für Arbeitslose erstreckten. — Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Werthauer wird der Zeuge darüber befragt, ob er auf Grund seiner Thätigkeit in dieser Sache Herrn Sternberg für schuldig oder unschuldig gehalten habe. Der Zeuge erklärt, daß er ihn für unschuldig gehalten habe. Zunächst sei ihm ganz unglauwbüdig erschienen, daß der Angeklagte dem betreffenden Mädchen 10 Pf. als Belohnung gegeben haben sollte. Einem Manne von der eminenten Klugheit des Herrn Sternberg habe er ein solches Verbrechen und eine solche verbrecherische Dummheit fernerhin nicht zugestanden und schließlich habe Herr Sternberg, als die Journalisten-Sache schwelte, ihm versichert, daß absolut nichts weiter gegen ihn vorliege. Herr Sternberg habe auch keinerlei Anhaltspunkte zur Flucht getroffen, sondern sich stark in die Geschäfte gestürzt. Der Zeuge bekennt unter Zuhilfenahme seines Notizbuchs noch mancherlei. Einem Tage habe ihm Frau Sternberg erzählt, es sei ein Mann bei ihr erschienen, der einen falschen Bart getragen habe, und habe ihr angeboten, daß er ihren Mann gegen 20000 M. befreien könnte. Der Mann sei dann noch einmal wiedergekommen und habe einen angeblich von Sternberg herüberbrachten Kaffeebecher mitgebracht, auf welchem die Worte standen: „Errette mich, errette mich, sonst bin ich verloren. Dein Gott.“ Da die Worte wortwörtlich geschrieben waren, habe er sofort gesehen, daß es sich um einen Menschen handelte, der Geld zu pressen wollte. Frau Sternberg habe sich ferner darüber beklagt, daß sie von allen möglichen Verleumdungen überlaufen werde, die immer behaupteten, sie wüßten etwas. Sie habe sich auch über die Nachforschungen gegen ihren Mann in der Presse beklagt und behauptet, diese gingen von einem bestimmten Journalisten aus. Auf Verlangen des Vorsitzenden nennt der Zeuge nach längerem Sträuben den Namen des Journalisten *Porces*, mit dem er sich in Verbindung gesetzt habe, um ihn zu erfinden, doch diese agitativen Artikel zu unterlassen. Hier greift Staatsanwalt *Brant* ein und wünscht zu wissen, ob der Zeuge, welcher Schriftsteller sei und mit verschiedenen auswärtigen

Zeitungen in Verbindung stehe.

günstige Artikel für Sternberg in die Zeitungen lanciert habe. Der Vorsitzende fordert den Zeugen auf, dem Gerichtshof die Zeitungen zu nennen, mit denen er in Verbindung stehe und die von ihm Mitteilungen über die Sternberg-Affäre ausgenommen haben. Der Zeuge bittet, ihm die Verantwortung dieser Fragen zu erlassen, da es doch in keiner Beziehung zu dieser Strafsache stehe, wenn er die Frage beantwortet, für welche Zeitungen er arbeite. Der Staatsanwalt und der Vorsitzende sehen keinen gesetzlichen Grund, aus welchem der Zeuge diese Fragen unbeantwortet lassen könnte, die Rechtsanwältin *Fuchs*, Dr. *Werthauer* und Dr. *Mendel* führen dagegen an, daß der Zeuge doch wirklich nicht in die Lage gebracht zu werden brauchte, hier seine ganzen Geschäftsgeheimnisse aufzudecken. — Der Vorsitzende hält den Zeugen für verpflichtet, diese Fragen zu beantworten, event. wüßte ja für diesen Teil die Öffentlichkeit ganz ungeschloffen werden. — Rechtsanwalt Dr. *Mendel* regt an, die Öffentlichkeit überhaupt auszuschließen. — Staatsanwalt *Brant* hält den Zeugen zur Verantwortung der Frage für verpflichtet, denn es komme doch darauf an, festzustellen, inwieweit der Zeuge in dieser Sache thätig gewesen ist. Was den Ausschluss der Öffentlichkeit betreffe, so widerspreche er diesem Antrag. Nachdem der Gerichtshof den wohlüberlegten Beschluß gefaßt, die Öffentlichkeit in einem beschränkten Umfang zuzulassen, liegt nicht der geringste Grund vor, hiervon abzugehen. — Der Gerichtshof beschließt nach kurzer Beratung, trotz des fehlenden Rechts des Zeugen zur Ablehnung der Frage, ihm dieselbe vorläufig nicht vorzulegen und sich auf folgende Fragen zu beschränken: Hat der Zeuge in hiesigen oder anderen deutschen oder ausländischen Zeitungen, weil er von der Unschuld Sternbergs überzeugt ist, Artikel veröffentlicht, die die Unschuld Sternbergs hervorheben sollten? — Zeuge: Nein. Er habe nur zwei oder dreimal hervorstechende Momente aus der vorigen Verhandlung in Artikeln berührt. — Vors.: Hat der Zeuge

Gelder an hiesige oder auswärtige Zeitungen

gegeben, damit diese die Affäre Sternberg in einem für diesen günstigen Lichte erscheinen lassen? — Zeuge: Nein, niemals. — Der Zeuge erwähnt noch auf weiteres Befragen, daß er, als in der vorigen Verhandlung das Urteil gesprochen war, an Herrn Stern-

interessieren; sie bleiben unsere direkten Feinde, eben so sehr, wie ihr Bundesgenosse und Schutzherr, der Zar.

Wir haben an der Befreiung des westeuropäischen Proletariats mitzuwirken und diesen Ziel alles andre unterzuordnen. Und wären die Balkanstaaten u. Co. noch so interessant, sobald ihr Befreiungsdrang mit dem Interesse des Proletariats kollidiert, so können sie mir gestohlen werden. . . . Der Sieg des Proletariats befreit sie wirklich und mit Notwendigkeit, nicht scheinbar und temporär, wie der Zar. Darum sollen sie, die für Europa und seine Entwicklung bisher nur nichts geleistet, sondern ein Hemmschuh an ihr sind, mindestens so viel Geduld haben, wie unsere Proletarier. Um der paar Herzoginnen willen einen Weltkrieg entzünden, der tausendmal mehr Menschen kostet als in der ganzen Herzoginowa wohnen — das ist nicht meine Ansicht von der Politik des Proletariats. . . .

Ein Großserbien ist noch zwei bis vier Generationen und nach allgemeinen europäischen Umwälzungen sicher möglich, heute — bei dem Bildungszustand seiner Elemente — ebenso sicher nicht.

1. Teilen sich die Serben in drei Religionen (die Zahlen sind aus *Sarkis*, *Slovansky Narodopis* und gelten für 1849). Griechisch 2 800 000, katholisch inkl. der sog. Kroaten, die aber serbisch sprechen 2 664 000, ohne Kroaten 1 884 000, Muhammedaner 650 000. Bei diesen Leuten geht aber Religion noch vor Nationalität, und jede Konfession will herrschen. So lange hier kein Bildungsfortschritt, der wenigstens Toleranz möglich macht, heißt Großserbien nur Bürgerkrieg.

2. Hat das Land 3 politische Centren: Belgrad, Montenegro, Kragin. Weder Kroaten noch Montenegriner wollen sich der Hoheit von Belgrad unterwerfen. Im Gegenteil, Montenegriner und ihre Freunde, die Naturvölker in *Arivooce* und *Herzegovina*, werden gegen Belgrad und jede andre Centralregierung, serbisch oder nicht, ihre „Unabhängigkeit“ ebenso verteidigen, wie gegen Türken und Oesterreicher. Diese Unabhängigkeit besteht darin, daß sie, um ihren Haß gegen die Unterdrücker zu beweisen, ihren eignen „unterdrückten“ serbischen Landesleuten das Vieh und andre bewegliche Wertgegenstände abstehlen, wie sie das seit 1000 Jahren gethan, und wer dies Recht des Raubens angreift, greift ihre Unabhängigkeit an. Ich bin autoritär genug, die Existenz solcher Naturvölker

berg herangetreten sei, um ihn einigermassen zu trösten. Dabei habe ihm Herr Sternberg die ernsteste Versicherung gegeben, daß er mit der Frieda Wonda nichts zu thun gehabt habe. Schließlich bekennt der Zeuge noch, daß sich eines Tags eine unverschämte Starosta bei Frau Sternberg gemeldet und behauptet habe, daß sie auch Verleber mit Herrn Sternberg gehabt habe. Er (Zeuge) habe nach dieser Richtung hin Ermittlungen angestellt und *Frl. Starosta* habe, als sie Herrn Sternberg gesehen, erklärt, daß dies nicht der Mann sei, der sich ihr gegenüber für August Sternberg aus *Charlottenburg* ausgesprochen habe. — Der Gerichtshof beschließt, den Zeugen un-
vereidigt zu lassen, da er der Begünstigung verdächtig erscheine.

Der Vorsitzende bricht hier die Beweisnahme ab und vertagt die Verhandlung auf Donnerstag 9 1/2 Uhr. Mittwoch findet keine Sitzung statt.

Der Prozeß gegen die Harmlosen.

7. Tag.

Landgerichts-Direktor *Oppermann* eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr.

Lieutenant v. *A.* hat sowohl die Spielabende bei *Secht* wie im *Central- und Minerva-Hotel* besucht. Er hat vom Angekl. v. *Kahler* einmal umbar 2000 M. gewonnen, die Schuld ist den verabredeten Termimen gemäß pünktlich beglichen worden. Der Zeuge hat auch den Angekl. *Wolff* an einigen Spielabenden gesehen, ist aber nicht mit ihm in Verbindung gekommen. Andre Zeugen äußern sich in ähnlicher Weise über den Angeklagten v. *Kahler*. Alle haben sie als Gesamtresultat ihrer Spielerthätigkeit mehr oder weniger große Summen verloren. Der Kaufmann *Licht* hat dem Angeklagten v. *Kahler* einmal beim Spiel 3000 M. geliehen, das Darlehn aber pünktlich am folgenden Tage zurückerhalten. Der Zeuge bekennt, daß v. *Kahler* sich durch hohe Einsätze auszeichnete. *Konnen* Differenzen beim Spiel vor, so wurde in der Regel v. *Kahler* als Schiedsrichter angerufen, da er als ruhiger, überlegter und erfahrener Spieler galt. Der Zeuge hat während eines Jahres die Gesellschaft besucht und dabei gegen 50 000 M. verloren. Dann hat er sich jedes weiteren Spiels enthalten.

Der folgende Zeuge, *Referendar Graf R.*, war schon zu einem früheren Tage geladen worden, hatte jedoch dem Gerichtshof ein Schreiben eingeliefert, daß er sich in Oberitalien aufhalte und erst in 14 Tagen zurückkehren werde. Der Zeuge giebt zu, daß er seine Vorladung noch vor seiner Abreise von Berlin erhalten habe. Der Präsident bemerkt dazu: „Es wird Ihnen bekannt sein, daß die Zeugenpflicht der Vergewaltigung vorgeht, Sie hätten sich danach einrichten müssen. Das Gericht hat Sie deshalb wegen Ihres Ausbleibens in eine Geldstrafe von 100 M. verurteilt.“ — Der Zeuge wehrt nur zu behaupten, daß er durch Herrn v. *Kröcher* bei *Abrecht* eingeführt wurde und dort mit ihm und *Wolff* wiederholt gespielt hat. Schon am ersten Abend hat er 4000 M. verloren. Sein Gesamtverlust betrug gegen 10 000 M.

Der Angeklagte v. *Kahler* verzichtet auf eine Reihe seiner Entlastungs- und Vernehmungszeugen. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt *Leonhard Friedmann*, stellt dagegen den Antrag auf Verlesung der bei den Akten befindlichen Einladungen und

Hofausagen.

um zu beweisen, daß v. *Kahler* in den höchsten Kreisen ein gern gesehener Gast und Gesellschafter war. Oberstaatsanwalt: Wenn dieser Antrag aufrecht erhalten wird, muß ihm natürlich stattgegeben werden. Ich habe schon in der vorigen Verhandlung darauf hingewiesen, wie — milde ausgedrückt — es anständig wirken muß, wenn Herr v. *Kahler* aus einer Zeit, als von einem Spielerprozeß noch keine Rede war und er wie zugegeben werden soll, als junger, angelegener, talentvoller Mann zu den höchsten Kreisen Zutritt hatte, jetzt Kapital schlagen will. Ob Herr v. *Kahler* noch den Mut hat, auf diesem Antrag zu beharren, muß ich ihm überlassen. — Rechtsanwalt *Leonh. Friedmann*: Die Einladungen reichen bis in den Februar hinein. Den Mut, den Antrag zu stellen, hat nicht nur der Angeklagte gehabt, sondern auch ich. Und ich habe auch den Mut, den Antrag zurückzugeben, nachdem der Herr Oberstaatsanwalt zugegeben hat, daß Herr v. *Kahler* noch in den höchsten Kreisen konnte, nachdem die Artikel längst erschienen waren. — Oberstaatsanwalt *Dr. Jienbierl*: Demgegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß in den Artikeln von Herrn v. *Kahler* gar keine Rede war, wie dieser selbst hervorgehoben hat. — Rechtsanwalt *L. Friedmann*: Ich ziehe also meinen Antrag zurück.

Die Beweisaufnahme nähert sich ihrem Ende. Heute Mittwoch, fällt die Sitzung aus. Am Donnerstag, vormittags 9 1/2 Uhr, sollen noch einige Zeugen vernommen werden, dann die Plaidoyers beginnen und die Verhandlung soll, wenn angängig, an demselben Tage zu Ende geführt werden.

Tifflerartiges.

Von *Gotha* bis *Widder*. Auf die Erklärung des Genossen *Meiring* erwidere ich ihm, daß ich ihm keineswegs zugemutet habe, die Parteigeschichte mit gefinnungstüchtigen Redensarten zu schreiben, ich habe ganz im Gegenteil gemeint, daß man das nicht thun sollte.

Wenn *Meiring* weiter meint, daß meine Bemerkungen zu der Streitfrage passen wie die Faust aufs Auge, so liegt das wohl nur daran, daß ihm im Eifer der Sinn des ganzen Satzes entgangen ist, dessen Schluß ihn nur aufregt. Der Satz heißt erstens aus, daß es nicht ganz zweifellos sei, was *Meiring* unter „Klassen“ versteht; das ist aber für die Würdigung seines historischen

mittlen in Europa für einen Anachronismus zu halten. Und wenn die Leuten so hoch ständen, wie die von *Walter Scott* gefeierten Hochtöchter, die ja auch die ärgsten Viehblöde waren, so können wir doch höchstens die Art und Weise derurteilen, mit der die heutige Gesellschaft sie behandelt. Wären wir am Auser, auch wir würden dem altererbten *Rinaldo-Rinaldini* und *Schinderhannestum* dieser Vurschen ein Ende machen müssen. Und so möchte es die großserbische Regierung auch. Also auch hier heißt Großserbien Erneuerung des Kampfs, den die Herzoginnen jetzt führen, also Bürgerkrieg mit allen Hochländern von *Montenegro*, *Cattaro*, *Herzegovina*.

Was den Krieg angeht, so scheinen Sie mir doch le coeur un peu trop leger zu haben. Kommt es zum Krieg, so bringt *Bismarck* es mit Leichtigkeit dahin, daß Rußland als der Angreifer erscheint: er kann warten, die russischen Panflavisten nicht. Ist aber Deutschland und Oestreich einmal im Osten engagiert, so muß man die Franzosen und besonders die Pariser schlecht leunen, um nicht vorauszu sehen, daß sofort ein chauvinistisches Revanchegeschrei entsteht, vor dem die sicher friedliche Majorität des Volks verstummen muß und das es dahin bringt, daß auch hier Frankreich als Angreifer dastekt; und daß der dann herrschende Chauvinismus sehr bald das linke Rheinufer fordern wird. Daß dabei Deutschland in einen Kampf um die Ehrlizen gerät und damit auch dort der patriotische Chauvinismus wieder vollständig Oberwasser bekommt, scheint mir evident. So weit also alle Aussichten gegen uns. Ist der Krieg aber einmal im Gang, so wird der Ausgang eines solchen europäischen Kampfes, des ersten seit 1815—15, ganz unberechenbar, und ich möchte ihn um keinen Preis herbeiwünschen. Kommt er, dann ist's eben nicht zu ändern. . . .

bleibt Friede, dann sind die russischen Panflavisten geprellt und müssen bald abtreten. Dann kann der Kaiser höchstens noch einen letzten Versuch machen mit den konträren Bureaucraten und Generalen, die bereits Schiffbruch gelitten. Das kann höchstens ein paar Monate dauern, und dann bleibt kein Ausweg als die Liberalen zu berufen — d. h. eine Nationalversammlung irgend welcher Art, und das, wie ich Rußland kenne, ist Revolution à la 1789. Und da soll ich Krieg wünschen? Sicher nicht, und wenn 200 edle Räuberböller dabei kaputt gingen.“ *Fr. E.*

Urteils darüber, wer die Situation gerettet hat, sehr wesentlich. Dann spricht er eine Vermutung darüber aus, was *Meiring* dabei vorgehabt haben dürfte. Die Möglichkeit, daß er dies gemeint haben könnte, suche ich zu erklären durch die Konstatierung der Thatfache, daß *Meiring* niemals in die Massen hinabzutreten Gelegenheit hatte“. Er scheint *Meiring* dies als „armütige Tirade“, so bezeichne ich, daß mir an dieser Form gar nichts liegt und daß ich gern bereit bin ganz nichtern zu sagen, daß *Meiring* die eigentlichen Massen nicht kennt und nicht weiß, wie ihre rettenden Thaten zu Stande kommen. Das muß aber unterschieden werden, ehe man gefinnungstüchtig oder nicht, das historische Urteil abgibt: Die Massen und nicht die Führer haben die Situation gerettet. h. w.

Sociales.

Ueber Krankenfürsorge bei Versicherten enthält der eben erschienene Bericht der Landesversicherungsanstalt Hannover bemerkenswerte Mitteilungen. Während beim Inkrafttreten des Invaliditäts- und Alters-Versicherungsgesetzes im Jahr 1891 die Versicherungsanstalten ihre Hauptaufgabe in der Bewilligung der Renten erblickten, hat sich von Jahr zu Jahr mehr die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß eine ebenso große, wenn nicht größere Aufgabe der Versicherungsanstalten darin besteht, eine durchgreifende und früh einsetzende Krankenfürsorge zu üben. Auch das Reichs-Versicherungsamt hat wiederholt Gelegenheit genommen, die Versicherungsanstalten aufzufordern, der Krankenfürsorge erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Wenn die Ausgaben infolgedessen bei den meisten Versicherungsanstalten erheblich gewachsen sind, so dürften dieselben durch Ersparung bei den Ausgaben für bewilligte Invalidenrenten wieder ausgeglichen werden. Die Landesversicherungsanstalt Hannover hat bisher 5000 ihrer Versicherten in Krankenfürsorge genommen und für jeden im Durchschnitt 200 M. aufgewendet. Die Frage, ob die aufgewendeten Kosten sich bezahlt machen, wird fortwährend geprüft und zwar in der Weise, daß die als geheilt oder gebessert entlassenen Versicherten fünf Jahre lang einer Kontrolle ihres Gesundheitszustands und ihrer Erwerbsfähigkeit unterworfen werden. Bisher sind die Nachforschungen bezüglich der in den Jahren 1892 und 1893 in Krankenfürsorge genommenen Versicherten zum Abschluß gelangt, und es hat sich erfreulichweise ergeben, daß die in den Jahren 1892 und 1893 aufgewendeten Krankenfürsorge-Kosten durch die erzielten Ersparungen an Renten reichlich gedeckt sind.

Danach läßt sich also selbst vom reinen Geschäftspunkt nichts gegen dieses Verfahren einwenden, das aber für die Versicherten entschieden vorteilhafter ist, wie die nachträgliche Bewährung einer unzulänglichen Rente an den invalide Gewordenen.

Mittelstandsrettung in Mecklenburg. Im mecklenburgischen Ständeparlament, dessen Mitgliedschaft jedermann für nicht allzu viel Geld erkaufen kann, gab es jüngst eine komische Auseinandersetzung. Der Herr v. *Leuenfeld*, der auch zugleich Reichstags-Abgeordneter ist, beantragte im Landtage zu *Waldin* die Einführung einer Warenhaussteuer. Zur Begründung schilderte er gar beweglich den Niedergang der kleinen Geschäftsleute, die der verderblichen Konkurrenz der Großhändler nicht gewachsen wären und verwies auf die schlimmen politischen Folgen der Vernichtung des Mittelstands. Die Unzufriedenheit wachse, die treuesten Stützen von Thron und Altar würden der Socialdemokratie in die Arme getrieben usw.

Ihm und den Mitantragstellern erwiderte ein Hofrat *Dahse* aus *Güstrow*. Die Herren würden dem bedrängten Mittelstande viel mehr nützen, wenn sie ihre „gnädigen Frauen“ veranlaßten, statt bei *Gerst* oder *Herzog* in Berlin, ihre Einkäufe bei den kleinen Geschäftsleuten der heimischen Obitritenstädte zu machen. Gerade in den Kreisen der Rittergutsbesitzer fänden sich zahlreiche Kunden der Großhändler.

Die „Mitterschaft“ antwortete nur mit großem Lärm. Der *Güstrower Hofrat* wird wohl nun von ihnen zu den heimlichen Umstürzern gezählt werden.

Kinderhuhn. Die Polizeiverwaltung in *Kottbus* hat verordnet, daß Kinder unter 10 Jahren zu gewerblicher Beschäftigung irgend welcher Art nicht verwendet werden dürfen.

Zum Austragen von Erzeugnissen des Handwerks, Waren oder Zeitungen auf vorherige Bestellung dürfen schulpflichtige Kinder im Alter von über zehn Jahren beschäftigt werden: im Sommerhalbjahre von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, im Winterhalbjahre von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Zum Heilbieten von Haus zu Haus von Gegenständen des Wochenmarktes zc., sowie von Lebens- und Genussmitteln aller Art dürfen Mädchen unter 16 Jahren überhaupt nicht, schulpflichtige Knaben über 10 Jahren nur in der Zeit von 1—8 Uhr nachmittags verwendet werden. Die gewerbsmäßige Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern in Gast- und Schankwirtschaften — außer in dem Betriebe der Eltern — ist verboten. Uebertrötungen werden an Eltern, Gewerbetreibenden zc. und an strafmündigen Kindern mit Geldstrafe bis zu 30 M. ev. Haft bebroht.

Vermischtes.

Hermann Hirschel †. Am Montag ist der *Wäthener Schriftsteller Hermann Hirschel* im Alter von 62 Jahren entschlafen. Der Verfasser, ein erfolgreicher Vertreter des Professions als der ersten Phase ist der Verfasser einer erheblichen Anzahl von Schwanke, Dichtungen und Operetten und als solcher dem größeren Publikum nicht unbekant. Seiner Feder entstammen „Die Herren Eltern“, „Hamburger Restiken“, „Geiger zu Gmünd“, „Dompaff“ u. a. Von dramatischen Werken erster Natur erlang einen Erfolg sein Schauspiel „Der verlorene Sohn“. *Hirschel* ist am 20. März 1848 zu *Hamburg* geboren.

Eine Nachricht von dem amerikanischen Nordpolfahrer *Peary* ist in *London* eingetroffen. *Peary* teilt mit, daß er vorzüglich überwintert habe, reichliche Vorräte besitze und den *Pol* im nächsten Frühjahr zu erreichen hoffe. Die Meldung *Pearys* ist vom 31. März datiert.

Fritz Friedmann Chefredacteur in *Brüssel*. *Fritz Friedmann* sei von einer *Hamburger Finanzgröße* als Leiter eines bedeutenden Unternehmens für *Berlin* engagiert. Trotz der *Kellame* scheint nichts daraus geworden zu sein. Wie ein hiesiges Blatt im „*Interatenteile*“ bekannt giebt, wird der Genannte vom 1. Dezember d. J. ab in *Brüssel* eine internationale *Wochen-Schrift* für Handel, Gewerbe, Finanzen, Nationalökonomie und Rechtspflege unter dem Titel „*Der richtige Kurs*“ herausgeben. *Fritz Friedmann* bezeichnet sich selbst in der *Kellame* als „*Chefredacteur*“. Die Zeitschrift wird neben fortgeschritten, ausländischer Beschreibung aller aktuellen Handels- und Finanzfragen, kritischer Beleuchtung der Geschäftslage staatlicher, finanzieller und industrieller Unternehmungen und Anlageverwert, hat in finanziellen und juristischen Fragen im *Brüssel* bringen.

Noble Passionen. Ueber eine grauenhafte Bestialität wird der „*N. N. Zg.*“ aus *New York* berichtet. In *Patterson* haben mehrere reiche Fabrikanten ein junges *Fräulein* zu einer Epizootie eingeladen, ihr Schlafmittel verabreicht und sie nach schändlichen Prozeduren tot im *Walde* liegen lassen. Dieser eine Fall hat zu weiteren Nachforschungen Anlaß gegeben. Man hat bald fünf weitere Opfer entdeckt, welche wieder getötet waren und sich geheilt hatten, gegen die reichen, allmächtigen Brotheren Lage zu führen. Bald stellte sich heraus, daß die Hausmutter eines Heims für unglückliche Mädchen eine ganze Menge Opfer der ungelieblichen Regierung jener Jünglinge zu überbringen hot, ja, daß deren Zahl ca. 150 beträgt. Ein schauerhaftes Bild der Verkommenheit unter *Pattersons* „*Jeunesse dorée*“ hat sich aufgerollt. Die ehrenhaften jungen Herren sitzen derzeit hinter *Schloß* und *Riegel*, und die allgemeine Entrüstung ist so gewaltig, daß auch die Geldbeutel der Herren Väter eine Milderung der Strafe nicht bewirken werden. Der Prozeß hat noch nicht stattgefunden.

Centralverband der Maurer etc.

Zahlstelle Berlin II.

Donnerstag, den 29. November, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Die neueste Politik der Reichsregierung und die Arbeiter. Referent: Reichstags-Abgeordneter Abrecht. 190/16.
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Regener Besuch erwartet.

Die Verbandsleitung.

Arbeiter-Radfahrer!

Donnerstag, den 29. d. M., abends 8 Uhr. **Öffentliche Versammlung.**
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15: Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Vertrauensmann.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Berlin I.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege **Richard Brusig**

am 26. d. M. infolge eines Unfalls verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstagnachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Kaiserhofes-Straßenhofs in Weihenau ab statt. Um rege Beteiligung eruchtet.
Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die große Teilnahme bei der Beerdigung unfres Sohnes **Max Pagel**

sagen allen Freunden, insbesondere den Kollegen der A. G. W., unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Eltern und Geschwister Pagel.

Für die herbeiführende Teilnahme bei der Beerdigung unfres Sohnes **Wilhelm Richter** sagen allen unseren herzlichsten Dank.

Familie Riant und Tochter.

Orts-Arbeitsrat der Stellmacher.

Generalversammlung
Mittwoch, den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr.
im Lokale des Herrn Rümmer, Brunnenstr. 188.
Tagesordnung:
Neuwahl der statutenmäßig auscheidenden Mitglieder (zwei Arbeitnehmer). Nur Arbeitnehmer haben an dieser Versammlung Zutritt. (1300b) J. A. S. S. J. S. J. S.

Herren-Vortrag

Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10, über: Sogenannte unheilbare Männerleiden. Mittwoch, 28. Novbr., abends 8 1/2 Uhr, in der Pragerstr. An der schlesischen Brücke. Kurzer Eintritt frei! Keine Teilerhebung. (1301b)

Große Berliner Central-Nähe.

Aus technischen Gründen war die Große Berliner Central-Nähe während einiger Monate geschlossen. Die Wiedereröffnung findet am Montag, den 3. Dezember, statt. Nachdem es mir gelungen ist, Herrn **Baldwin Franke**, bekannt aus seinen Unternehmungen ähnlicher Art in der Großen Frankfurterstraße 73, Rosenfelderstraße 60 und Neue Grünstraße 39, als Leiter des Betriebes zu gewinnen, ist der Berliner Arbeitermarkt wieder in vorzüglicher Qualität und zu billigen Preisen in den Händen. Zudem ist die Herren-Fabrikbesitzer und Unternehmer ersucht, etwaige Wünsche betreffend Aufhebung von Sperrungen vor dem 1. Dezember an mich gelangen zu lassen, bitte ich die Arbeiterbevölkerung **Berlins und der Umgegend**, mein Unternehmen wie bisher gütigst unterstützen zu wollen, da es mir nur durch **Massenabnahme** möglich ist, gute Ware bei billigen Preisen zu liefern. Alles Nähere bringen Zeitungen und Flugblätter Anfang Dezember.
Berlin No. 1, Grefenwallstraße 71. L. Höhnke, Unternehmer für Massenverfertigung, Besitzer der Großen Berliner Central-Nähe.
Fernsprecher: Amt VII, 1334.

III. Wahlkreis. Socialdemokratischer Wahlverein.
Heute abend in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Versammlung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin).
Heute, Mittwoch, den 28. Nov., abends 8 1/2 Uhr:

Ausserordentliche General-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Urabstimmung.
2. Abrechnung von der Urania-Vorstellung und vom Herbst-bergnügen.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Charlottenburg

Donnerstag, den 29. November, abends 8 Uhr,
in der **Gambrius-Brauerei**, Wallstraße 94:

Große öffentliche Versammlung

sämtlicher Gewerkschaften.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Dr. Arons** über: Konsumvereine und ihr Verhältnis zur Gewerkschaftsbewegung. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
Um recht zahlreichen Besuch bittet **Die Gewerkschafts-Kommission.**

Zähne 2 Mark.

10 Jahre Garantie. Teilzahlung Woche 1 Mk. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 Mk., Plomben 1 Mk. **J. Blumberg**, Glatzerstr. 33, a. Oranienb. Thor. Spr. 8-7, Entg. 9-1

Paletot

38 Mark mit abheppendem Kragen nach Maß liefert gegen bar Kasse **Temporovski**, Reanderstr. 16, 6830L. II. Etage.
Anzüge allerbilligste Preise, eignes Stofflager. Bei teureren Garbieren Teilzahlung monatlich 10 Mk. gekautet.

Möbel

in der Fabrik **H. Roggensack**, Inh. **P. Kraatz**, BERLIN N. 7, Ruppiner-Strasse 5.

Hans Kayser

Nieholzhofstr. 2, Wörterstr. 2, Billigste Bezugsquelle für **Press- u. Steinkohlen.**

Edel-Kanarien,

vorzählig, ges. in Doh, Ringel, Amarr, Schedel u. leiter Preise, a St. 6, 7, 8, 9 u. 10 Mk., Wdd. a 1,50 Mk. Garantie für heilige Sänger u. für gesunde Entziffer. Gew. nicht Ge- fallenes zahle Betrag zurück oder Umtausch. 7845
Frau **Bertha Gorges**, Thale (Gars).

Apollo-Saal,

Sebastianstr. 39.
Der 3. Weihnachtst-Feiertag ist noch an Vereine zu vergeben. 1300b

Werkstatt-Bekleidung
auch für Lehrlinge aller Branchen. Plane Arbeits-Anzüge für Metzger, Monteure, Elektrotechniker, Mechaniker-Rittel, Hülsen für Buchbinder, Maler, Bildhauer, Konditoren, Köche, Schlichter, Priester etc. 1512
Adolf Wecker, Berlin C., Mühlendamm 3 (früher Molkenmarkt).

Steppdecken

Kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik **B. Strohmundel**, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72, wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 30*

Keinen Bruch mehr!

2000 Mark Belohnung demjenigen, der beim Gebrauch meines Bruchbands ohne Feder nicht von seinem Bruchleiden vollständig geheilt wird. Man hätte sich vor unbedeutenden Rückschlägen. Auf Anfrage Broschüre gratis und franco durch das **Pharmaceutische Bureau**, Ballenburger (L.)-Golfand, Nr. 270. Da Ausland - Doppelporto. 54388*

Patzenhofer Marine-Bräu, ist ein vollmundiges Bier, aus feinstem Hopfen und edelstem Malz, von ausgezeichnetster Bekömmlichkeit. (5393L)
Preis frei Haus:
30 Fl. M. 3.-
1/2 To. M. 3.25
1/3 To. M. 2.65
Patzenhofer Brauerei
NO., Landsberger Allee 24/27, NW., Strom-Strasse 11/16.

van Houtens Cacao
1/2 Kilo genügt für 100 Tassen
Ein Versuch überzeugt, dass Van Houtens Cacao für den täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist. Er ist nahrhaft, nervenstärkend, wohlschmeckend, leicht verdaulich und stets schnell bereitet. Van Houtens Cacao wird nur in den bekannten Schokoladen, niemals los verkauft, da bei lose ausgewogenem Cacao nichts für die gute Qualität bürgt.
In Berlin wird van Houtens Cacao tassenweise ausgeschenkt in van Houtens Cacao-Stube Werderstr. 7, Pferdebahnhaltestelle.
Künstl. Zähne von 3 M. an, vorzüglich. Plombieren (Amalgam), Zähne reinigen, Schmerzloses Zahnziehen, Zahnstern, schmerzlos befestigt, Reparaturen sofort. **Goldstein**, Dramenstr. 123.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Jedes **5 Pfennig.** Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.
Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II. **Gardinen-Specialgeschäft**, Blumenstraße 8. Anerkannt vorzügliche Einkaufsquelle für Gardinen, Stores, Rouleaux, Lätzchen und Schürchen. 3172*
Winterpaletots. Hemontouruhren, Regulatoren, spottbillig Verkaufshaus Reanderstraße 6.
Kanarienhähne, Parzer, große Auswahl, separat. Dohli, Ringelroller von 5 Mark an. Stieglitz 150, Zeilige, Finken, Notischen Vogelhandlung Oranienstraße 87. *
Kanarienhähne, keine Sänger, verkauft Arech, Köpferstraße 154a.
Kanarienhähne, Dohli, Ringelroller separat, 5 Mark an. Stieglitz, Reife, Dampfsack, Kuttchen, Reifen, Stare, Buchfinken. Vogelhandlung Oranienstraße 87. (1080b)*
Kanarienhähne, junge, sind zu verkaufen. Richter, Beuelstraße 32, Cigarrengeschäft. 782*
Kanarienhähne, feinste Sänger, Schöneberg, Bahnstraße 35, Restauration. 7105*
Waldbögel, Kanarienvogel, Vogelbauer, Frettchen, große Auswahl billigst. Schnelle, Große Frankfurterstraße 13. 3912*

Betten, Steppdecken, spottbillig Reihhaus Reanderstraße 6. 44,9*
Teppiche, Gardinen, spottbillig Reihhaus Reanderstraße 6.
Teppiche mit Farbenseblern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 12515*
Zingermaschinen, Ringschiffen, Rundschiffen und Schneidemaschinen spottbillig, sechsjährige Garantie, wegen Geschäftsaufgabe. Kommandantenstraße 46, I. Treppe. (1224b)*
Zinger-Nähmaschinen, Ringschiff, Bobbin, Adler-Schneidnäher, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, sofortige Lieferung, Postkarte. Schmidt, Gartenstraße 41 II. 4098*
Nähmaschinen, beste Ringschiff, Bobbin, Adler, Schneidnäher, vor- und rückwärts nähend, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, 5jährige Garantie, Postkarte. Freise, Neue Königsstraße 82, Laden. 3608*
Nähmaschinen ohne Anzahlung, mit sämtlichen Apparaten, Woche 1 Mark, fünfjährige Garantie. Unter-richt gratis. Bobbin, Ringschiffen, Adler, Schneidnäher, vor- und rückwärts nähend. Nähmaschinen-geschäft Wille, Rixdorf, Berliner-straße 84, nahe Herrmannplatz. 12296
Waschmaschinen: Sparsysteme 7.-, 10.-, Refektor 14.-, Waschober! Zweifelschloß 6.-, Schneid-Blagel-apparate, Waschküchen 22.-, Waschlauer, Wollwäscherstraße 33. *
Eiserne Ofen aller Systeme, Kronen, Pyren, Doppelarme, sowie sämtliche Belüftungsgegenstände. Karl Kaufmann, Mühlenthorstraße 19, am Urban. 38,0*

Ringschiff, Bobbin, Adler- maschinen, Schneidnäher, vor- und rückwärtsnähend. Ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark. Lieferung sofort. Postkarte. Louis Landberger, Land-bergerstraße 35. Kein Laden. (7131)*
Steppdecken aus billigen Fabri- Großen Frankfurterstraße 9, parterre.
Nähmaschinen aller Systeme, feine Anzahlung, Woche 1 Mark, Lieferung sofort. Bekleidung Postkarte, Brennemann, Müllerstraße 169. (7131)*
Schankgeschäft transtheißhalber zu verkaufen Diefenbacherstr. 38. 1310b
Vermischte Anzeigen.
Teilhaber (auch Nichtfachmann) zur Vergrößerung eines partei- genösslichen Verlages (mindestens fünf Wille Einlage) gesucht. Sichere Existenz. Offerten unter N. 1 an die Expedition.
Rechtsbureau Andreadstraße 63, (neben Concordia), gewöhnlicher Rechtsbeistand. 1296b
Rechtsbureau Thierstraße 61, Sechszehnjährige Praxis. Große Er- folge. 12035*
Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Steglitzer- straße 66. 990b*
Jahresloster C. Gedde, Star- gardsstraße 3, Ede Schönhauser-Allee.
Badeanstalt Köpenickerstraße 60, Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 4012*
Weyerlegions, Brochhaus, Bremen, Geschäftsstelle und alle anderen Bäder belebt und kauft Antiquariat Koch- straße 66, Amt 4 6944. 4068*
Buchbinder-Arbeit jeder Ar- fertigt Ferdinand Kleinert, W. Köpen- ickerstraße 66, 2. Hof parterre. 2387b

Blindsektion! Wer sich über diese ruckelose Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flug- blätter des Reichsverbandes gegen Blind- sektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Reichsverbande Berlin, Köpenickerstraße 108. Um gütigen Rückruf wird gebeten. Arbeitervereine, welche in ihren Versammlungen Vor- träge wünschen über Blindsektion, wollen sich um Referenten an die- selbe Adresse wenden. (925b)
Kunststofferei von Frau Kolodov, Steinwegstraße 48.
Hebräischer, verflohen, werden von 3 Mark an aufgeführt in Rotmills- Färberei, Andreadstraße 78 parterre, Eisenbahnstraße 18. 8645*
Der Stoff hat? Fertige Winter- paletots und Herrenanzüge mit Futter- löcher für 15; wer keinen Stoff für 30 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 69 III. Bitte Namen beachten. 1306b
Möbel, gebraucht, kauft Römer, Sebastianstraße 81. 8645*
Eisen- und Metallbruch kauft Broderick, Doppelstraße 16. (10765)*
Vereinsszimmer frei, Vadewig, Kommandantenstraße 65. 2838*
Vereinsszimmer empfiehlt Herr Alte Tafelstraße 119. (288K)*
Zahl und Vereinsszimmer empfiehlt Jannasch, Inelstraße 10. (2068)*
Vereinsszimmer Simeonstraße 23, 345K*
Vereinsszimmer für 50 Personen noch einige Tage frei bei Müller, Waldemarstraße 18. 12485*
Vereinsszimmer auf einige Tage mit Piano zu vergeben. Bertha, Schulstraße 25. 753
Gesangsverein sucht erste Tenor. Uebungstunden freitags von 9 bis 11 Uhr. Gräberstr. 14 bei Hügge. (1314b)

Vermietungen.
Schlafstellen.
Freundlich möblierte Schlafstelle (zwei Herren) bei Engelmann, SO., Rungelstraße 16. 13025
Arbeitsmarkt.
Stollengesuche.
Blinder Stubbschreier bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurück- geliefert. Häbler, Wulackstraße 27.
Suche Waschstelle. Friedrichs- gradt 16, Frau Wölke. 570b
Stellenangebote.
Kordmacher, grübt auf Spahn- sachen, verlangt Amobt, Schleifsch- reiberstr. 32. (419K)
Steinsegele verlangt H. Kollrepp, Steinsegele, Rieder- Schöndorfen. 13035
Tüchtige Beschleifer werden ver- langt. Reumann, Hennig u. Co., Feigehofstraße 21. 1308b
Farbmacher verlangt Oranien- straße 183. 13076
Kartonarbeiterin, schnell und sauber arbeitende, verlangt bei gutem Lohn Anders Nachfolger, Wobbers- straße 7. 12465*

Wir suchen einen Werkführer, welcher praktische Kenntnisse in Kautl, Bau und Möbel-Reisen besitzt. Antritt sofort oder später. Den Offerten sind Zeugnisabschrift und Gehalts- ansprüche beizufügen.
Holzindustrie Hermann Schütt Aktien-Gesellschaft, Garsel (Westpr.).
Achtung! Stuccateure!
Gespart sind folgende Firmen: Drechsler, Bau Charlottenburg, Kurfürstendamm, Ede Kneledstraße, Charlottenburg, Vertimerstr. 66.
Wolz, Bau Greifswalderstraße, Ede Gildenerstraße, Charlottenburg, Köpenickerstr. 16/17.
Hoffmann, Gampel und Vogt.
Achtung! Achtung! Bautschler! Rixdorf!
In der Tischlerei von **Prof. Jahn**, Stiehlstr. 27, haben die Kollegen wegen Differenzen die Arbeit nieder- gelegt. Zugang ist streng fernzuhalten. 108/10 Die Ortsverwaltung.
Achtung! Achtung! Parkettbodenleger!
Folgende Firma ist gesperrt: Görtlich - Claffen. Parterre - Fabrik. Die Kommission.
Achtung, Anschläger!
Bei der Firma **Franke** haben die Kollegen auf dem Bau Andread- und Frankfurterstraßen-Gede wegen Lohnänderungen die Arbeit niedergelegt. Die Firma ist demnach für die Kollegen bis auf weiteres gesperrt. Die Lohnkommission.
Berufsstellungs-Redacteur: **Dr. Georg Gradnauer** in Groß-Dichterstraße. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Ed. Glöde** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Kommunales.

Im Etat der städtischen Park- und Gartenverwaltung sind die Einnahmen für 1901 mit 17 070 M. angesetzt, die ordentlichen Ausgaben stellen sich im Voranschlag auf 710 755 M., die außerordentlichen auf 233 210 M. Die Fischerei und Fismung im Treptower Park bringt der Stadt 2000 M. Pacht ein, die dortige Erfrischungshalle 1500 M.; aus der Lieferung von Pflanzen des Humboldtbaus an Privatgärten bezieht die Stadt 1000 M., aus dem Verkauf von Holzern 1400 M. Unter den Ausgaben sind die Posten Arbeitslöhne, Bewässerung, Ankauf von Sand und Kies sowie die Anschube von Düng zusammengefasst, hierfür sind 608 070 M. angesetzt, ferner sind angesetzt als Betrag für den Tiergarten 30 000 M., zur Anschaffung von Sämereien und Gerätschaften 38 600 M. Der Park- und Garten-Deputation sind unterstellt 7 öffentliche Parks, 6 Baumkulturen, die Baumpflanzungen auf 305 Aekern, Straßen und öffentlichen Plätzen, die Anlagen an 11 Gymnasien, 9 Realgymnasien, 6 höheren Mädchenschulen, 12 Realschulen, 4 Turnhallen, 5 Fachschulen, 216 Gemeindefschulen, 4 Krankenhäusern, 5 Hospitälern, 3 Stiftungen, 1 Waisenhaus, 2 Badeanstalten und die Anlagen am Uhl für Obdchloffe.

Die Deputation schlägt dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung eine Regelung der Gehälter für die Angestellten ihres Bereichs vor. Danach soll das Gehalt des Direktors für den Anfang auf 8000 M. festgesetzt werden (auschließlich 900 M. Mietentschädigung) und sich innerhalb 12 Jahren in dreijährigen Zwischenräumen auf schließlich 8000 M. steigern, ebenso das Gehalt der Inspektoren von 3600 M. auf 4200. Das Gehalt der Obergärtner soll innerhalb 18 Jahren von 2800 M. auf 3600 M. steigen, das der Gärtner innerhalb 24 Jahren von 1750 M. auf 2800 M. Die Mietentschädigung beträgt für Inspektoren 800 M., für Obergärtner 540 M. Nach 15jähriger einwandfreier Dienstzeit sollen die Gärtner nach den Vorschlägen der Deputation pensionsberechtigt werden; bisher waren sie auf die Gnade der städtischen Behörden angewiesen.

Ueber die gestrige Ausschussung zur Stadtschulratswahl, die unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsiehers Dr. Langerhans tagte, wird uns mitgeteilt: Es wurde zuerst erwöhnt, daß man sich mit der Wahl zweier Stadtschulräte zu befähigten haben werde, da auch Herr Stadtschulrat Dr. Färstenau, welcher gegenwärtig die Geschäfte seines ausgeschiedenen Kollegen Dr. Vertram führt, spätestens am 1. April aus dem städtischen Dienste zu scheiden gedenkt. Bisher hatte Herr Dr. Färstenau das Decernat für Gymnasien und Realgymnasien, Herr Dr. Vertram ein solches für Realschulen, Fortbildungs- und Gemeindefschulen inne. Es wurde anerkannt, daß die Geschäfte, die Herr Dr. Vertram übernommen, weit über die Kraft eines Mannes hinausgegangen seien, aber es hätten sich doch Klagen über Mißstände, namentlich in Gemeindefschulen eingestellt. In einer Generaldebatte beschloß man sich mit der Frage, ob mit dem Ausscheiden der erwähnten beiden Herren eine Aenderung in der Organisation der Leitung des städtischen Schulwesens herbeizuführen sei. Es wurde in dieser Generaldebatte u. a. der Vorschlag gemacht, ein Decernat für das Fach- und Fortbildungsschulwesen zu schaffen und zum Decernenten einen Stadtschulinspektor zu ernennen, der selbstständig zu arbeiten habe. Ein weiterer Vorschlag ging dahin, drei Stadtschulräte zu wählen und diesen zwei unbesoldete Magistratsräte an die Seite zu stellen. Ein dritter Vorschlag will für das gesamte städtische Schulwesen ein Oberhaupt, d. h. nur einen Stadtschulrat mit drei Generaldirektoren ernannt wissen. Zu einer Einigung kam es in der erwähnten Sitzung infolge, als man beschloß, in der nächsten Stadtverordneten-Sitzung einen Antrag zu stellen, wonach die Stadtverordneten den Magistrat ersuchen, sich zu der Frage einer Aenderung der Organisation der Leitung des städtischen Schulwesens zu äußern. Prinzipiell abgelehnt wurde ein Antrag, zunächst das Gehalt für die neu zu besetzende Vertram'sche Stelle festzusetzen und einen neuen Schulrat zu wählen.

Auf der Tagesordnung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstagnachmittag 5 Uhr stehen u. a. folgende Gegenstände: Berichterstattung über die Vorlage betr. die Weiterführung der Kaiser-Wilhelmstraße bis zur Lothringergasse, — die Errichtung eines städtischen Amtes zur Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln sowie Gebrauchsgegenständen, — die Annahme des der Stadt Berlin von dem verstorbenen Rentier Richard Koch zur Begründung einer Stiftung zugesagten Betrags von ca. 51 000 M., — die Erhöhung des Tagelohns der bei der städtischen Straßenreinigung ausfindig gemachten Arbeiter, — die Erwerbung eines Grundstücks an der Samariterstraße zum Bau einer Gemeinde-Doppelschule, die für Erwerbungen und Beschränkungen von Straßenland auf Grund von Entschädigungsbeschlüssen oder richterlichen Entscheidungen in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1900 gezahlten Beträge und die Wahl von 30 Mitgliedern und 18 Mitglieder-Stellvertretern für die Einkommensteuer-Verurteilungskommission. Berichterstattung über die Vorlage betr. die Verlegung des Friedrich-Werderschen Gymnasiums nach Moabit, sowie über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Errichtung einer höheren Lehranstalt (Vollgymnasium) in den Bezirken vor dem Hakenischen Thor bezw. die Verlegung eines schwach besuchten Gymnasiums aus einem andern Stadtteil in die genannten Bezirke. Vorlagen betreffend die Erwerbung eines Grundstücks in der Greifenhagenstraße für eine Gemeindepflichtschule, Abstinenznahme von den bisher mit Militärärzten getroffenen Vereinbarungen bezüglich der Pensionierung. Außerdem findet am Beginn dieser Sitzung die Einführung und Verpflichtung der neu gewählten Stadtverordneten Friedberg und Giese statt.

Der Antrag der Stadtverordneten Kalisch u. gegen den Brotwucher wird von Schweinburg offiziell mit dem Einwand begehrt, daß nach der Städteordnung der Stadt Berlin angeblich kein Recht zusteht, einen solchen Antrag zu beraten. Der Einwand des Schweinburg ist gegenstandslos, da nach früheren Erfahrungen die Stadtverordneten-Versammlung nicht auf den Grundtag beschränkt sein kann, nur dann sich mit „politischen“ Gegenständen zu befassen, wenn es oben genehmigt ist.

Lokales.

Dritter Wahlkreis. Heute Mittwochsabend spricht Dr. Steiner in der bei Möhring, Admiralsstr. 19c, stattfindenden Wahlvereins-Versammlung über Hädels Belträtsel.

Ein „nobler“ Unternehmer.

Eine arge Enttäuschung hat das kaufmännische Personal der bekannten Konfektionsfirma Bacher u. Leon erfahren. Den betreffenden Angestellten sind nämlich seitens des Herrn Leon die ihnen vom 1. Oktober an vertraglich zustehenden Gehaltserhöhungen rundweg verweigert worden. Zum besseren Verständnis dieses Vorgangs sei folgendes mitgeteilt: Im August dieses Jahres kündigte das gesamte kaufmännische Personal der Firma zum 1. Oktober. Dies geschah auf den Rat des Herrn Leon, welcher den Angestellten erzählte, sein Societätsverhältnis mit Herrn Bacher laufe demnächst ab, er, Herr Leon, führe das Geschäft allein weiter und er werde das Personal dann für sein Geschäft aufs neue engagieren. Herr Bacher dagegen erklärte den Angestellten, nach dem zwischen ihm und seinem Societäts bestehenden Verträge könne von einer Trennung der beiden Firmeninhaber vor dem 1. November 1901 keine Rede sein, das Geschäft werde demnach ununterbrochen fortgeführt. Herr Bacher schloß auch, um die Angestellten

wegen ihrer Existenz nicht in Ungewißheit zu lassen und um sie der Firma zu erhalten, neue Engagementsverträge bis zum 1. November 1901 mit angemessenen Gehaltserhöhungen mit dem Personal ab. Beide Firmeninhaber führten nun einen Rechtsstreit gegeneinander bezüglich ihres Societätsverhältnisses. Das Ende vom Liede war, daß Herr Bacher aus der Firma austrat und dem Herrn Leon das Feld überließ. In dem notariellen Vertrage, der hierüber zwischen den beiden Societäts abgehandelt ist, erklärt Herr Leon ausdrücklich, daß er die Verpflichtungen übernehme, welche aus den Engagements erwachsen. Als nun am 1. November die Gehälter für den Monat Oktober zur Auszahlung kamen, erhielten die Angestellten, mit wenigen Ausnahmen, die ihnen zustehenden Gehaltserhöhungen nicht. Herr Leon setzte sich nicht nur leichten Herzens über die vertraglichen Verpflichtungen, die er übernommen hatte, hinweg, sondern er erklärte den Angestellten sogar, es sei unmoralisch, wenn sie auf Auszahlung der Gehaltserhöhungen, die er in einer Zwangslage übernommen habe, bestehen würden, und wenn sie etwa ihr Recht geltend machen wollten, dann würden sie es während der Dauer des Engagements schlecht bei ihm haben.

Was blieb den arg Enttäuschten unter diesen Umständen anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen? Wie die Verhältnisse im Handelsgewerbe liegen, kann ja der Chef dem Angestellten durch endlose Pladerien das Leben so schwer machen, daß eine Gehaltserhöhung unter der sicheren Vorbedingung, man werde es schlecht haben, für den Angestellten ein sehr zweifelhafter Vorteil ist. Daß aber die Enttäuschten über das Vorgehen des Herrn Leon im stillen recht erbittert sind, kann man sich denken.

Während nun Herr Leon, indem er eingegangene Verpflichtungen grollig verlegt, die Gehälter seiner Angestellten herabdrückt und deren Lebenslage verschlechtert, ist er gleichzeitig eifrig bemüht, als patriotischer Wohltäter zu glänzen. Gerade jetzt finden wir in der „Vossischen Zeitung“ einen Aufruf zum Besuch eines Konzerts „zum Besten unserer Krieger in Ostasien“. Dem Komitee dieser Veranstaltung gehört neben der Gräfin Bülow, der Prinzessin Elisabeth u. Hohenzollern-Eschlingensfürst, der Gräfin und dem Grafen Hochberg, dem sächsischen Gesandten Grafen v. Hohenthal, dem bairischen Gesandten Grafen Lerchenfeld, der Oberhofmeisterin Frau v. Ribbach, der Gräfin v. Potadowski und andern hochadeligen Damen und Herren auch der Herr Leon an. Mit dem Gelde, welches Herr Leon durch die unberechtigten Gehaltserhöhungen seines Personals in einem Monat „erpar“, kann er schon eine Anzahl Eintrittskarten a 30 M. erwerben und also als patriotischer Wohltäter bei dem Konzert glänzen, welches „mit allerhöchster Genehmigung“ am 10. Dezember bei Kroll stattfindet. Das erhebende Gefühl, welches den Geldaristokraten beschleicht, wenn er bei Gelegenheit solcher „wohlthätigen“ und zugleich „patriotischen“ Veranstaltungen mit hervorragenden Vertretern der Geburtsaristokratie in Verbindung kommt, wird die Scham, die Herr Leon über sein Verhalten gegenüber den Angestellten seines Geschäft empfunden möchte, wohl nicht aufkommen lassen. Mehr als durch derartige „Wohltätigkeitsbestrebungen“ würde Herr Leon seinem Ansehen — hoffentlich auch bei den aristokratischen Komiteemitgliedern — dienen, wenn er seinen Angestellten die ihnen zustehenden Gehälter nicht widerrechtlich kürzen würde.

Wie gegründet wird. Bürgerliche Blätter meiden: Im Frühjahr dieses Jahres erregte, wie die Zeitungslieser sich wohl noch erinnern, die plötzliche „Abreise“ des spiritus rector der Berliner „Finanz- und Handelszeitung“ (H. Bräuer), des nicht ganz unbekannt „Finanzmanns“ Hugo Löwy, nicht geringes Aufsehen. Damals handelte es sich um eine Angelegenheit, die sich in Wiesbaden abspielte. Es lag gegen Hugo Löwy der Verdacht vor, wieder Geschäfte gemacht zu haben, die ihn früher einmal in recht empfindliche Verwicklung mit dem Strafrichter brachten. Die Ermittlungen ergaben nun zwar, daß in diesem Fall eine strafbare Handlung nicht vorlag, wenn auch das Geschäftsgedebaren vom moralischen Standpunkt öffentlich den schärfsten Tadel fand. Um so auffällender mußte es erscheinen, daß Hugo Löwy einer Einladung des Untersuchungsrichters nicht folgte, sondern es vorzog, plötzlich in das Ausland abzureisen. Wie jetzt aus London berichtet wird, ist Hugo Löwy dort, wenn auch nicht ernstlich, so doch thatächlich der Leiter der Filiale der „Berliner Finanz- und Handelszeitung“. Diese Thatsache wird an und für sich schon in Deutschland interessieren; sie verdient aber jetzt um so mehr Aufmerksamkeit, als die „Berliner Finanz- und Handelszeitung“ augenblicklich mit dem Plane umgeht, eine neue internationale Bank mit dem Sitz in London zu gründen, zumal da man sich bei der Werbung um Gründer und Kundchaft nicht etwa auf London bezw. England beschränkt, sondern sogar die Dreifsigkeit hat, sich auch an deutsche Persönlichkeiten mit hoch klingenden Namen zu wenden.

Bei der gestrigen Stadtverordneten-Stichwahl im vierten Kommunalwahlbezirk II. Abteilung, erhielten Dr. Kuhlmann (Gruppe Wommsen-Jacobi) 247 und Ingenieur Kampffmeyer (Neue Fraktion der Linken) 198 Stimmen.

Mühsig ist Kuhlmann gewählt. Eine recht hitzige Agitation ist in diesem Fall von dem ob seiner Demagogikentfaltung bekannten „Reichsboten“ entfaltet worden. Das stromte Blatt schrieb gefiern:

Bei der Stadtverordneten-Wahl am 6. d. Mts. im Westen von Berlin wurden nicht weniger als drei freisinnige (?) Kandidaten präsentiert. Da angenommen wurde, daß die zahlreichen konservativen Wähler in diesem Bezirk irgend einem freisinnigen Kandidaten ihre Stimme nicht geben konnten, wurde als konservativer Kandidat der Ober-Postassistent Stodman präsentiert. Trotz alledem haben 42 frühere Minister, hochgestellte Beamte, Generale z. D. und viele Aelike in Gemeinschaft mit Juden und Judengenossen offen dem freisinnigen (?) Postheiler Kuhlmann ihre Stimme gegeben. Wir werden avortieren, ob sich das widerliche Schauspiel bei der Stichwahl wiederholen wird, und dann die vollen Adressen — es ist ja offene Wahl — der weiteren Öffentlichkeit übergeben.

Dieser Artikel ist, der „Nat.-Ztg.“ zufolge, den betreffenden 42 früheren Ministern, hochgestellten Beamten“ re. zugesandt worden, in der offenkundigen Absicht, einen Druck auf sie auszuüben. Wir müssen gestehen, daß wir ein solches Schandenspiel kaum darüber unterdrücken können, daß auch frühere Minister, Generale und hochgestellte Beamte einmal die Reize der öffentlichen Stimmorgane zu spüren bekommen, die nach konservativ-schwarz-macherischer Cophsitt ja allein des freien Deutschen würdig sein soll.

Mit elektrischer Lichtanlage soll versuchsweise ein Stadtbahnhof ausgerüstet werden, und falls sich die Beleuchtungsart bewährt, dann zur allgemeinen Einführung gelangen. Möglicherweise für diese Aenderung dürfte vermutlich die Katastrophe bei Offenbach gewesen sein.

Die bekannte Eisenwarenfirma Jacob Ravensöhne u. Co. hat gestern ihr 125jähriges Jubiläum begangen.

Moderne Einbrecher. Bei dem Schlichtermesser Henkel in der Stallweiberstraße klagte es vor einigen Tagen abends am Fernsprecher, die Frau ging an den Apparat und es entspann sich ein kurzes Gespräch: „Hier Henkel, wer dort?“ — „Hier Kriminalkommissar Richter: Herr Henkel, kommen Sie doch mal sofort herum zum Revierbureau; Ihnen ist ein Pferrde-

gestohlen und wir haben die Spighuben ergriffen. — Was sind denn das für Spighuben? — Na, Spighuben! ganz gemeine Spighuben! Kommen Sie nur mal her! Herr Henkel eilte zum Bureau, obwohl ihm seines Wissens kein Geschirr gestohlen war, und erfuhr, daß dort ein Kriminalkommissar Richter nicht war. Ueberzeugt, daß er irreführt worden sei, ging der Meister wieder nach Hause. Dort waren unterdessen die Spighuben, die ihn weg-gelockt hatten, in den Keller eingedrungen und hatten wirklich ein wertvolles Geschirr gestohlen.

Eisenbahnunfall auf der Stadtbahn. Dienstagvormittag 10 1/2 Uhr ist auf einem am Stadtbahnhof „Tiergarten“ haltenden Stadtbahnzug ein von Bellevue abgelassener zweiter Zug aufgefahren. Hierbei wurden einige Personen mehr oder minder leicht verletzt. Die Lokomotive des zweiten Zugs ist leicht beschädigt. Der Unfall ist auf eine Störung des elektrischen Modapparats zurückzuführen. Der am schwersten Verunglückte ist der Hausdiener Stein, der Mohrenstraße 21 in Stellung ist und einen Bruch des Oberlefers erlitt. Man brachte ihn nach der Rettungswache, wo auch der in demselben Hause wohnhafte Professor Sonnenburg sich zur etwa benötigten Hilfeleistung einfand. Die Heilung wird schwierig sein und voraussichtlich längere Zeit in Anspruch nehmen. Nachdem ihm die notwendigen Verbände angelegt waren, wurde er auf seinen Wunsch mittels Droschke nach seiner in Charlottenburg gelegenen Wohnung befördert. Die übrigen Passagiere sind mit leichten Verletzungen davongekommen; zwei wurden durch Glassplitter leicht verletzt. Selbstverständlich herrschte eine große Aufregung unter den Passagieren.

Gefälschte Pfandscheine des Königl. Leihamts sind gestern auf dem Zweigamt in der Jägerstraße angehalten worden. Dortselbst erschien ein Handelsmann, um einen Pfandschein auf eine goldene Auleruhr, die laut Tage mit 265 Mark bewertet war und einen solchen über einen Ring mit Brillanten im Wert von 165 Mark einzulösen. Da die erwähnten beiden Gegenstände sich trotz allen Suchens nicht vorfinden, so wurden die Nummern mit den Wägern des Königl. Leihamts verglichen und es stellte sich nun nach der Wägung heraus, daß weder ein Ring mit Brillanten, noch eine goldene Auleruhr auf diese Pfandscheine verlegt gewesen waren, sondern zwei billige silberne Remontoiruhren, welche mit 5 resp. 7 M. beliehen waren. Die Pfandscheine wurden unter der Lupe geprüft und festgestellt, daß die ursprünglichen, auf dem Königl. Pfandleihamt ausgefertigten Aufschriften auf chemischem Wege entfernt und dafür die oben erwähnten Titel und höheren Zahlen täuschend ähnlich von dem Fälscher nachgeschrieben worden waren. Der betreffende Händler hat, wie er angab, die beiden Scheine auf einer vom Auktionskommissarius Hähnel veranstalteten freiwilligen Versteigerung erstanden. Dem letztgenannten Herrn sind die beiden Uebanden von einem Pfandleiher Hoffmann übergeben worden, welcher sie dort nebst andren Pfandscheinen der Königl. Leihämter und verfallenen Pfandgegenständen meistbietend versteigern ließ.

Bei der Obduktion eines Hundelabbers hat sich der Tierarzt Sonnenburg aus Dresden eine Verletzung zugezogen. Da nun nachträglich bei dem gesunkenen Tiere die Tollwuth festgestellt wurde, so ist der Tierarzt nach Berlin gekommen, um die Schutzmittel der hiesigen Station in Anwendung zu bringen.

In einem Anfall von Geistesgebrüchtheit haben sich zwei Personen das Leben genommen. Der 46 Jahre alte Arbeiter Karl Sprenger, der seit acht Tagen für sich allein in der Stephanstraße 41 wohnte, war nervenkrank, seitdem er vor Jahresfrist seine Frau durch den Tod verloren hatte. Als eine 19 Jahre alte Tochter, die in der Turnstraße wohnt, ihn gestern abend besuchen wollte, fand sie ihren Vater als Leiche an der Thürkante hängen. — Die 42 Jahre alte Frau des Kohlenhändlers Griese aus der Großen Frankfurterstr. 72 litt schon längere Zeit an nervösen Kopfschmerzen. Gestern nachmittag brachte sie um 4 Uhr ihrem Manne Kaffee nach dem Geschäft in der Frankfurterstr. 67, ging dann auf den Boden dieses Hauses hinauf und erhängte sich an einer Stange, die zum Aufhängen von Wäsche dient.

Ein 68jähriger Greis hat sich in der Algenstr. 25 das Leben genommen. Der frühere Maurer Karl Köhler wohnte, seitdem ihm vor 3 Jahren die Frau gestorben war, für sich ganz allein. An einer Hautkrankheit leidend, konnte er schon seit 5 Jahren nicht mehr arbeiten und lebte zum größten Teil von einer Armenunterstützung. Seine einzige Thätigkeit bestand noch darin, die Stube in Ordnung zu halten. Hier hielt er auf peinlichste Sauberkeit. In der letzten Zeit klagte der alte Mann wiederholt, daß ihn sein Leiden noch zur Verzweiflung bringen werde. Seit Sonnabend sah man ihn nicht mehr. Da die Zeitung vor der Thür liegen blieb, so holte man gestern nachmittag die Revierpolizei, die die Stube öffnen ließ. Nun fand man den Greis tot auf einer Fußbank liegen. Er hatte sich auf diese gesetzt, vor sich auf einem Stuhl einen kleinen Spiegel aufgestellt und sich dann durch einen Revolverkugeln in den Mund getötet. Vorher aber hatte er noch die ganze Stube und alles, was darin war, blitzblank geputzt.

Feuerbericht. Im Laufe des gestrigen Tags erfolgten Oranienstraße 58, Frankfurter-Allee 136, Reithstr. 22 und Wienerstr. 49 kleine Zimmerbrände. Ausgebrochenes Gas verurteilte Prenzlauer-Allee 223 eine kleine Explosion, die aber glücklicherweise weder Personen verletzte, noch wesentlichen Schaden herbeiführte. Betrodnete Kuthölzer gingen Große Frankfurterstr. 86 in einem Trockenraum in Flammen auf. Invalidenstr. 101 war ein Kellerbrand abzudämpfen. Gleichzeitg hatten sich Urbanstr. 65 Lampen entzündet, doch machte die Ablösung keine Schwierigkeiten.

Aus den Nachbarorten.

Rummelsburg. Heute abend findet im Café Bellevue eine Parteiverammlung statt. Genosse Göhre spricht über Weltmachtpolitik, abdann folgen Wahlen.

Die Nizdorfer Stadtverordneten-Versammlung wird sich in ihrer nächsten Sitzung am Donnerstag mit der Wohnungsnot beschäftigen. Der Stadtverordnete Wach hat im Auftrage der socialdemokratischen Fraktion folgende Anfrage an den Magistrat gerichtet:

Was hat der Magistrat zur Linderung der gegenwärtigen Wohnungsnot gethan? — Was gedenkt der Magistrat zu thun, um für die Zukunft solcher Not vorzubeugen?

Der Magistrat hat sich bereit erklärt, die Interpellation am nächsten Donnerstag zu beantworten. Zugleich wird er Mitteilung machen über die Wohnungsverhältnisse und die Belegungsziffern des städtischen Armenhauses.

Die Verhandlungen über die Verlegung Nizdorfs mit elektrischer Kraft sind infolge eines weiteren Angebots in neues Stadium getreten. Die mit der Angelegenheit betraute Kommission wird der Stadtverordneten-Versammlung in der nächsten Sitzung Bericht erstatten.

Die Untersuchung wider den des verurtheilten Gistworts beschuldigten Bautechniker Graf aus Berlin, der in Karlsdorf die Gasmotoren Pusch zu vergiften gesucht haben soll, dürfte einem Verdicterfasser zufolge wohl im Laufe verlaufen, da angeblich feststeht, daß Graf, obwohl er erst 23 Jahre alt ist, zuweilen an Delirium tremens leidet. Der letzte Ausbruch dieser Krankheit liegt etwas über Jahresfrist zurück. Graf besitzt in Eggersdorf beim Bahnhof Straußberg ein kleines Grundstück und hielt sich viel in dieser Ortschaft auf. Eines Tags besond er sich im Restaurant Tübbede, als das Delirium bei ihm ausbrach. Vier starke Männer vermochten nur mit schwerer Mühe den Tobstüchtigen zu bewältigen.

Er wurde gebunden und Mutter und Schwester wurden aus Berlin telegraphisch herbeigerufen. Diese brachten ihn mittels Krankenwagen in eine Berliner Heilanstalt, aus welcher er später als geheilt entlassen wurde. Der damalige Redacteur des "Nieder-Barnimer Anzeigers" hat damals berichtet, daß Graf in der Trunkenheit einen Streik begonnen habe und gehörig verbauscht worden sei. Deshalb ist er von Graf wegen Beleidigung verklagt und zu hoher Geldstrafe verurteilt worden. Dem Vernehmen nach will Graf sich bei seiner Verteidigung darauf stützen, daß er auch die letzte Straftat unter dem Namen des Alkohols begangen habe.

Konservatives Bier. Mit einer merkwürdigen Angelegenheit hatte sich jüngst der Arbeiterausschuß der Igl. Gewerhfabrik in Spandau zu beschäftigen. Der Inhaber einer Brauerei am Ort hatte sich bei der Fabrikdirektion darüber beschwert, daß in den Fabrikantinnen nicht sein Bier zum Ausschank gelangte; er sei ein Mann von konservativer Gesinnung und bitte um Berücksichtigung seines Geschäfts. Die Direktion legte die Eingabe dem Arbeiterausschuß zur Begutachtung vor, der durch Umfrage bei den Arbeitern feststellen konnte, daß ihnen das konservative Bier nicht schmecke; sie wünschten vielmehr die Beibehaltung des bisherigen Bräus, das eine große auswärtige Brauerei liefert. Auf Grund dieser Unpolitisches, aber jedenfalls zutreffenden Erklärung des Arbeiterausschusses tritt eine Änderung in der Bierlieferung für die Fabrikantinnen nicht ein. Vielleicht wendet sich, so meint die "Volks-Zeitung", der wir diese Mitteilung entnehmen, der Spandauer Brauer wegen des Abfanges seines Produkts an die Vorstände konservativer Wahlvereine.

Wundern muß man sich nur, daß die Direktion der königlichen Gewerhfabrik es überhaupt für angebracht gehalten hat, den Arbeiter-Ausschuß mit dem Ausfragen des konservativen Bierbrauers zu befehlen.

Ueber die geplante Kanalisation Schönebergs, Wilmersdorfs und Friedenau's wurde gestern in einer Konferenz beraten, wozu Vertreter genannter Gemeinden, der beteiligten Ministerien, der Städte Berlin und Charlottenburg und der Regierung zu Potsdam, der Landrat des Kreises Feltow v. Stubenrauch, Polizeipräsident v. Windheim, Polizeidirektor Hammacher und die Ministerial-Militär-Baukommission nach dem Rathaus zu Schöneberg geladen waren. Mit den Grundlagen des unter Leitung der gemeinsamen Baukommission der drei Gemeinden vom Stadtbaurat Brig (Wiesbaden) gefertigten Kanalisationsprojekts erklärte man sich allgemein einverstanden. Einzelne technische Fragen wurden einer Kommission überwiesen, die am 20. d. M. im Ministerium der öffentlichen Arbeiten zusammentreten wird. Die bei Rogow und Deutsch-Wulstbauern erworbenen Riefelländereien sollen am 30. November besichtigt werden. Mit den Vorarbeiten wird bald begonnen werden.

Landmannschaft der Schledwin-Golsteiner. Mittwochsabend 8 1/2 Uhr in G. Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstr. 75: Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. med. J. Sternberg über: Verdauungsstörungen.

Händler und Händlerinnen. Protektionvermittlung am Freitag, den 30. November, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c. Tagesordnung: Der Kampf der lebhaften Geschäftsteile und Hausbesitzer gegen den Straßenhandel. Referent Genosse Schumann.

Marktpreise von Berlin am 26. November 1900

nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidenten.

Weizen, gut D-Gir	14,40	14,60	Kartoffeln, neue, D-Gir	6,-	4,-
" mittel	14,30	14,50	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	1,20
" gering	14,20	14,40	do. Bauh	1,30	1,-
Roggen, gut	13,60	13,70	Schweinefleisch	1,80	1,20
" mittel	13,50	13,60	Raltfleisch	1,80	1,-
" gering	13,40	13,50	Dammfleisch	1,60	1,-
Gerste, gut	15,40	15,50	Butter	2,80	2,-
" mittel	15,30	15,40	Eier 60 Stück	4,80	3,-
" gering	15,20	15,30	Karpfen 1 kg	2,20	1,-
Hafer, gut	16,-	16,10	Kale	2,50	1,40
" mittel	15,-	15,10	Hasen	2,00	1,20
" gering	14,-	14,10	Schafe	1,80	1,-
Rüböl	14,-	14,10	Porc	1,60	0,80
Getreide	40,-	25,-	Schweine	3,-	1,20
Erbsen	45,-	20,-	Wolfe	1,40	0,80
Weizen	70,-	30,-	Äpfel	12,-	2,50

frei Bogen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 27. November. Die Stimmung auf dem Getreidemarkt war heute ziemlich fest auf reichlichere Zufuhren und auf besseren Warenbedarf, wodurch der Einfluss der niedrigen amerikanischen und englischen Notierungen paralisirt wurde. Die Viehverpreise für Roggen stellten sich etwas höher. Weizen blieb behauptet. Niedrigere von den österreich-ungarischen Märkten gemeldete Notierungen bewirkten für Weizen schließlich eine mäßige Abschwächung. Hafer war gut behauptet. Rüböl zog auf lokale Deckungen um 30 Pf. an.

Spiritus. Der Vorkursus war zu 45,60 M. unverändert.

Witterungsübersicht vom 27. November 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.
Schwinnende	758	SSO	2 Dunst	4	Haparanda	758	W	2 wolklos	-13
Hamburg	756	SSO	2 Nebel	5	Vetersburg	758	W	2 wolklos	-
Berlin	758	SSO	2 bedeckt	4	York	747	SSO	8 wolklos	9
Frankf./M.	758	SSO	4 bedeckt	7	Arbecken	744	W	5 bedeckt	5
München	760	W	4 heiter	3	Paris	-	-	-	-
Wien	760	WSW	2 heiter	6					

Wetterprognose für Mittwoch, den 28. November 1900.
Ein wenig kühler, vorwiegend neblig oder wolfig bei schwachen süd-östlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Genosse D. Gemäß dem zwischen den einzelnen Organisationen Telegramm gefaßt werden, dagegen verfährt unsere Redaktion keineswegs. Gewas andres ist es aber, ob wir kritisch das Auftreten des Herrn Dr. Max Birch bei Besprechung des Streiks der Straßenbahn-Angestellten im Abgeordnetenhaus übergehen sollen. Hier müssen wir den Lesern zeigen, wie Arbeiterinteressen von sogenannten Arbeitervertretern wahrgenommen werden.

W. R. 25. Gewünscht werden Sie aus der Annonce in der Beilage des "Vormärts" vom 27. November d. J.

R. G. Grollis. Das können wir doch nicht wissen.

G. F. 21. Nein!

London 58. Bitte, Frage deutlich zu wiederholen.

H. Albrecht. Es wäre aus lieb, wenn Sie vormittags zwischen 10 und 12 Uhr gelegentlich auf unserer Redaktion vorbeisprechen wollten.

Kuffhäuser 63. 1. Es braucht keine Auseinandersetzung stattzufinden. 2. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 3. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 4. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 5. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 6. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 7. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 8. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 9. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 10. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 11. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 12. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 13. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 14. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 15. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 16. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 17. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 18. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 19. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 20. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 21. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 22. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 23. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 24. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 25. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 26. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 27. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 28. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 29. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 30. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 31. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 32. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 33. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 34. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 35. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 36. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 37. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 38. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 39. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 40. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 41. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 42. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 43. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 44. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 45. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 46. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 47. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 48. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 49. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 50. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 51. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 52. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 53. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 54. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 55. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 56. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 57. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 58. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 59. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 60. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 61. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 62. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 63. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 64. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 65. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 66. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 67. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 68. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 69. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 70. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 71. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 72. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 73. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 74. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 75. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 76. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 77. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 78. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 79. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 80. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 81. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 82. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 83. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 84. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 85. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 86. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 87. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 88. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 89. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 90. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 91. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 92. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 93. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 94. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 95. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 96. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 97. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 98. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 99. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses. 100. Wenn keine Kinder, aber Eltern und andre Angehörige von den Eltern oder Großeltern da sind, so erhält die Frau die Hälfte des Nachlasses.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 28. November. **Opernhaus.** Der Ring des Nibelungen. Die Walküre. Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus. Der wilde Reutlingen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Opern-Theater (Kroll). Geflohen.

Deutsches Hoftheater. Anfang 7 1/2 Uhr.

Lessing. Johannisfeuer. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Ueber unsre Kräfte. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Die Liebesprobe. Anfang 7 1/2 Uhr.

Welten. Hoffmanns Erzählungen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen. 2 Uhr: Drestie des Keschlud.

Central. Der Brautvater. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen. Die Bildschneider. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss. Der rechte Schlüssel. Anfang 8 Uhr.

Belle Alliance. Die Zwiderwur'n. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.

Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Fräulein Loreley. Anfang 8 Uhr.

Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die Regimentsnummer. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Passage-Panoptikum. Spezialitäten: D-Vorstellung. Anfang mittags 12 Uhr.

Hrania. Tanbenstr. 48/49. (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: Samoa, Deutschlands neueste Kolonie, von Herrn v. Hesse-Wartegg. Im Hörsaal: Das Leben auf deutschen Burgen im 12. u. 13. Jahrhundert v. Dr. Werminghoff.

Im Hörsaal: Das Leben auf deutschen Burgen im 12. u. 13. Jahrhundert v. Dr. Werminghoff.

Carl Weiss-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Zum erstenmal: Der rechte Schlüssel. Schauspiel in 4 Akten v. Francis Stahl. In Szene gesetzt von Jos. Dill. Anfang 8 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sonnabend, nachmittags: Kinder-Vorstellung: Schneewittchen.

Central-Theater
Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Brautvater.
Gesangspöste in 3 Akten von Adolf Kosef. Musik von G. Haydn. Mitwirkende: Damen: Albes, Gräblich, Walde. Herren: Albes, Ander, Kunhardt, Korman, Schulz, Sondermann. Morgen und folgende Tage: **Der Brautvater.** Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu halben Preisen: **Der Vogelwandler.** („Brüderlein“: Mia Decker.)

Thalia-Theater
Dresdenerstr. 72.
Der Liebes Schlüssel.
Große Ausstattungspöste in 3 Akten. Donnerstag: **Der Liebes Schlüssel.** Freitag: Zum erstenmal: **Amor von heute.** Ausstattungspöste mit Gesang u. Tanz. Die zum 26. gelösten Billets werden gegen 3/4 des Billets umgetauscht.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Nur noch wenige Tage!
Niesen: November-Programm.
Kolossaler Lacherfolg!
Neu: 8 1/2 Uhr: Neu: **Die Regimentsnummer**
Pöste mit Gesang von M. Reichard: Schlabeck, Schächtermeister; Direktor Richard Winkler. Lona Cass, die jüngste deutsche Soubrette. — Gisella-Quartett, Cancan à la parisienne. — Clown Levator, einzig in seiner Art. — The Bretons, großartige Reckturner. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Apollo-Theater.
Um 9 1/2 Uhr:
Fräulein Loreley
Die vorzügl. November-Spezialitäten.
Chavita. * Carola.
Miss Madge Ellis.
Pannonia. Sullivan u. Aranka.
Riccardo u. Benedetto.
Anfang 8 Uhr.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum erstenmal:
Der rechte Schlüssel.
Schauspiel in 4 Akten v. Francis Stahl. In Szene gesetzt von Jos. Dill. Anfang 8 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sonnabend, nachmittags: Kinder-Vorstellung: Schneewittchen.

Cirkus Jansly.
Schöneberg, Hauptstrasse, vis-a-vis dem Rathaus.
Mittwoch, 28. November, abends 8 Uhr:
Novitäten-Abend.
Größt. Auftreten in Deutschland: **The two Circos.**
Die Kunst vom Galgen. Unerklärlich! Werthwürdig! Der Cirkoc wird an einen Galgen mit eisernen Gittern, Hand-schellen, Fuß- und Halsketten mit Ketten und 17 Vorlegeschloßern der verschiedensten Art geschlossen und befreit sich von denselben innerhalb 1 1/2-2 Minuten.
Kleine Preise. Kleine Preise. (Mithers die Tageszetteln.)

GRANIA * *
Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr: **„Samoa, Deutschlands neueste Kolonie“** von Herrn v. Hesse-Wartegg. Im Hörsaal: **„Das Leben auf deutschen Burgen im 12. u. 13. Jahrhundert“** v. Dr. Werminghoff.

Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Theater
Unter den Linden 22.
D-Vorstellung.
Letzte Woche
des sensationellen
November-Programms
Eintr. inkl. Panoptikum 50 Pf.

Passage-Panoptikum.
Neu: **Krao**, das Bindeglied zwischen Mensch u. Affe (lebend). **Liza**, das 12jährige Niesentind (335 Pfund schwer). **China in Berlin.** Großes theatralisch-ethnographisch. Schauspiel in 11 Bildern. Entree einschließlich Theater 50 Pf. Kinder die Hälfte.

CASTANS
PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Neu! **Dahomey-Dorf.** Neu! 38 wilde Weiber von der Leibgarde des Königs Behanzin. Kriegs- u. Gefechts-Szenen, Exercitien, Nationaltänze. Vorstellung: 12 Uhr mittags, nachm. von 3-10 Uhr stündl. „Allerseelen“, neue Illusion! Russ. Damenkapelle Zarina. Entree 50 Pf. Militär u. Kinder 25 Pf.

W. Noacks Theater.
Frammentstraße 16.
Die Blinde von Paris.
Schauspiel in 5 Akten v. F. Verriemann. Donnerstag: **Aryia-Veria.**

Wo amüsiert man sich grossartig?
Hasenheide 21 und Jahnstr. 8 in Schlegelsbergs Festsaal, Anh.: Max Schindler. — Telefon: Amt IV Nr. 1132. — **Sent: Grosser Ball.** als Spezialität: **Cigarren- und edlen Weichspitzen-Regen** verbunden mit Schlangen- u. Bomben-Rogen u. diversen Überraschungen. Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei. Um 7 Uhr den geachteten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken etc. meine Zelte, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne) zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. (574119)

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erhaltliche. Direction: **Specialitäten. J. H. Hütt.** Sonntags 5 Uhr. **Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.**

Cirkus Busch
Mittwoch, 28. Novbr., abds. 7 1/2 Uhr:
Gr. Wohlthätigkeits-Vorstellung
für das XII. Kommissariat des Nationalbank für Veteranen. Beginn der Pantomime 10 Uhr.
Berliner Landpartien
Mit über 100. Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Besonders hervorzuheben: Die höheren Töchter in der Schwimm-Anstalt.

Hypnotismus? Suggestion?
oder **Epiritismus???**
des berühmten Hofkünstlers **Direktor M. Roesner.**
Great-Equestrian-Act ausgeführt von: The Little Toney, Mlle. Andalusia, Sign. Bodini und Mr. Charles Clarke. Herr Bernhard-Footitt als Schutzeiter. **Europäische Kavallerien** auf 16 Säulen. **Direkt. Busch** mit seinen großartigen Reiterdreskuren. Vorzügliche Programmnummern! **Abds! Sonntag, 2. Debr., nachmittags 4 Uhr: Berliner Landpartien.**

Reichshallen.
Täglich: **Stettiner Sänger.** Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.

Gänsefedern,
Schlafesfedern 1,50 M., Pfäde 2,50 M., gerissen 3,25 M., verfertigt gegen Nachnahme 1316b

Julius Loth,
Genshmar (Oderbruch).

Theater Grand-Hotel
Alexander-Platz.
Pimmels Roman
oder: **Berliner Leben.**
Gr. Berliner Gesangspöste in 5 Bildern.

Damen-Konfektion
zur **Reste** und Kinder-Garderobe.
Fertige Mäntel.
C. Pelz, Kottbuser-Strasse Nr. 4.
Chronische Kranke,
bes. Lungen-, Herz-, Magen-, Leber-, Darm-, Nieren-, Blasen-, Geschlechts-, Nerven-, Frauenleiden, Blntarmut, Bleichsucht, Gicht u. Rheumatismus werden mit best. Erfolge behandelt in **Remeles Naturheilstalt** 12L „Grachenkopf“, Eberswalde. Pension inkl. vollständiger Behandlung von 25 M. pro Woche an während der Herbst- und Wintermonate. Arztl. Leitung. Alles Weitere sagt der Prospekt, welcher frei versendet wird.

Cirkus Schumann.
Deute, Mittwoch, den 28. November, abends präcise 7 1/2 Uhr: **Extra-Vorstellung.** Ganz exquisit Programm. **Reu! Reu! Reu!** Zum erstenmal in Europa. **Die beiden Amerikaner**
Rawson u. June
mit ihrem sensationellen Akt. Die springenden Hirsche. Die einzig dastehenden musikalischen Hengste u. Originaldreskuren des **Direktor Alb. Schumann.**
Töwen-Baron-Töwen
Ferner Auftreten sämtlicher neu engagierten Spezialitäten. Zum Schluss zum 66. Mal: **Allabendlich stürmischer Beifall:** Das von ca. 600 Personen dargestellte größte Mangel- und Wasser-schauspiel der Gegenwart.
CHINA.
Der Krieg in Ost-Asien. Sämtliche Einlagen. **Neu! Unübertreffliches Draoparrsch.** Erkundung der 20 Fuß hohen glatten chinesischen Mauer. — **Hißung der deutschen Flagge.**

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Der Zauberer am Nil
Vorher: das vollständig neue November-Special-Programm.
Alice Berley.
Bonhair, Brüder Pantzer.
Beginn der Vorstellung 8 Uhr, der Operette 9 Uhr 15 Min. **Kauschen überall gefaltet.** Sonnabend, den 1. Dezember: **Eine tolle Nacht.** **Henry Bender** als Dabüt.

Theater Grand-Hotel
Alexander-Platz.
Pimmels Roman
oder: **Berliner Leben.**
Gr. Berliner Gesangspöste in 5 Bildern.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Der Zauberer am Nil
Vorher: das vollständig neue November-Special-Programm.
Alice Berley.
Bonhair, Brüder Pantzer.
Beginn der Vorstellung 8 Uhr, der Operette 9 Uhr 15 Min. **Kauschen überall gefaltet.** Sonnabend, den 1. Dezember: **Eine tolle Nacht.** **Henry Bender** als Dabüt.

Theater Grand-Hotel
Alexander-Platz.
Pimmels Roman
oder: **Berliner Leben.**
Gr. Berliner Gesangspöste in 5 Bildern.

Damen-Konfektion
zur **Reste** und Kinder-Garderobe.
Fertige Mäntel.
C. Pelz, Kottbuser-Strasse Nr. 4.
Chronische Kranke,
bes. Lungen-, Herz-, Magen-, Leber-, Darm-, Nieren-, Blasen-, Geschlechts-, Nerven-, Frauenleiden, Blntarmut, Bleichsucht, Gicht u. Rheumatismus werden mit best. Erfolge behandelt in **Remeles Naturheilstalt** 12L „Grachenkopf“, Eberswalde. Pension inkl. vollständiger Behandlung von 25 M. pro Woche an während der Herbst- und Wintermonate. Arztl. Leitung. Alles Weitere sagt der Prospekt, welcher frei versendet wird.

Sanssouci
Kottbuserstrasse.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: **Hoffmanns Nordd. Sänger.** Anfang Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. Bon 5-7: **Unterhaltungsmusik.** Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf. **Rach jeder Soiree: Tanzkränzchen.** Wochentags Tanz froh. Vereins- und Burgungsbillets wochentags gültig. Söle zu Festlich. u. Versammlungen.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische Kapellen
Gr. Theater-Vorstellung.

Weihnachts-Ausverkauf!
Puppenwagen außer Kinderwagen ordentlich billig!
Max Brinner, Jerusalemstr. 42. Filiale: **Brunnstr. 6.** (2012)
Süßl. Zähne 2 Mark vorzügl. Plombieren. Schmerzloses Zahnziehen. Reparaturen in 2 Stund. **Spredz 8-3.** **H. Lange,** Ecke Markuststraße.

Robert Hecht,
Berlin S., Cranienstr. 142. liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung. **Sautier-Druck-Verfahren** zum Zusammenlegen einzelner Wörter (wie-ganze Sätze von 1,50 M. an

Stempel
in bester Ausführung.

Stempel
in bester Ausführung.